

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

41–42/2010 · 11. Oktober 2010



Revolutionen in Lateinamerika

Josef Oehrlein

Die Vermessung der Unabhängigkeit

Romeo Rey

Die Linke in Lateinamerika

Cristian Balteo Yazbeck · Melina Fernández Temes

Venezuela: Lektüre eines geteilten Landes

Juliana Ströbele-Gregor

Demokratische Revolution in Bolivien?

Michael Zeuske

Traditionen, Gegenwart und Zukunft
der kubanischen Revolution

Nikolaus Werz

Revolutionsmythen zu Lateinamerika

Stephan Lahrem

Faszination Che

Editorial

In diesem Jahr wird auf dem Subkontinent das *Bicentenario* gefeiert: der Anfang vom Ende der europäischen Kolonialherrschaft über die heutigen süd- und mittelamerikanischen Staaten. Meist dominiert Revolutionsromantik die Erinnerungskultur. Die Freiheitskämpfe des 19. Jahrhunderts werden als „Revolutionen“ erinnert – ein dehnbarer Begriff, der für Volkserhebungen und für Militärputsche zugleich benutzt wird. Wohlstand und Freiheit sind in den Gesellschaften Lateinamerikas indes nach wie vor höchst ungleich verteilt.

Der Mythos vom gerechten Kampf der Armen, der indigenen Völker und der Sklaven gegen ihre Unterdrücker und das US-„Imperium“ erlebte in Westeuropa manche Konjunktur. Der Ruf vom einigen Volk, das niemals besiegt werden würde, ertönte bei „Soli-Demos“, und Nicaragua-Kaffee war aus westdeutschen Wohngemeinschaften nicht wegzudenken. Die brüderliche Hilfe der DDR für ins Exil gezwungene Anhänger Salvador Allendes nach dem Putsch vom 11. September 1973 wirkte nach; die Honeckers fanden ihre letzte Zuflucht in Chile. Heute üben Venezuela, Bolivien und wie stets der „tropische Sozialismus“ auf Kuba besondere Faszination für nicht wenige Linke in den Zentren des Nordens aus. Die Ikone Che Guevara strahlt stärker denn je, auch wenn der heutige Che-Boom politisch folgenlos bleibt.

Die Helden der Revolutionen sind lange tot oder in die Jahre gekommen. Ihre Epigonen legen großen Wert auf demokratische Legitimität. Vielerorts sind in freien Wahlen linke oder Mitte-links-Regierungen ins Amt gelangt. In Bolivien preist Evo Morales seine „demokratische Revolution“, und Venezuelas Präsident Hugo Chávez propagiert unter Anrufung des historischen Befreiers Simón Bolívar in populistischem Ton gar den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“.

Hans-Georg Golz

Josef Oehrlein

Die Vermessung der Unabhängigkeit

Essay

*Hay menos tiempo que lugar/no obstante
hay lugares que duran un minuto
y para cierto tiempo no ha lugar.*

Mario Benedetti¹

Die Länder Lateinamerikas arbeiten sich seit zweihundert Jahren an einem Vorgang ab, der sich zeitlich und räumlich schein-

Josef Oehrlein

Dr. phil., geb. 1949; Lateinamerika-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Buenos Aires/Argentinien.
j.oehrlein@faz.de

bar präzise eingrenzen lässt. Tatsächlich ist es jedoch ein Prozess, der weder zu einem festen Zeitpunkt begonnen hat noch abgeschlossen ist, sich jedoch mancherorts und zu gewissen Zeiten auf engstem Raum verdichtet hat, um zugleich wieder in der Zeitlosigkeit zu zerfallen. Auch wenn derzeit fast überall Zweihundertjahrfeiern zur Unabhängigkeitserklärung der heutigen süd- und mittelamerikanischen Staaten zelebriert werden, kann kaum die Rede davon sein, dass die betreffenden Länder tatsächlich im Wortsinne unabhängig geworden sind.

Ausgerechnet Haiti war 1804 nach den Vereinigten Staaten das erste Land in der Region, das seine Unabhängigkeit von der einstigen Kolonialmacht erklärte. Es ist heute der unselbständigste, nach der Erdbebenkatastrophe vom Januar 2010 auch noch der im wahrsten Sinn hilfloseste Staat. Und die „Unabhängigkeitsfeiern“ in Argentinien, die im Mai 2010 mit großem Aufwand und einer erbitterten Konkurrenz zwischen nationaler Regierung und der Hauptstadt Buenos Aires ausgetragen wurden, erinnern nur an ein einziges Ereignis – den Sturz des von Spanien eingesetzten Vizekönigs am 25. Mai 1810 – in einer ganzen Reihe von Vorgängen, die erst sechs Jahre später mit dem Zusammentreten des Kongresses von Tucumán zur Entstehung eines eigenständigen Staatsgebildes geführt haben.

Die deutschen Goethe-Institute in Lateinamerika haben sich gar nicht erst an der Zweihundertjahrfeier beteiligt, sondern in einem ungewöhnlich angelegten künstlerischen Großprojekt versucht, Raum und Zeit der Unabhängigkeitswerdung der Länder Lateinamerikas auszuloten. Mit den Vermessungsarbeiten war Alfons Hug, der Leiter des Goethe-Instituts in Rio de Janeiro und zweimalige Kurator der Biennale in São Paulo, beauftragt worden. Er hatte die erste Zeile eines Gedichtes des uruguayischen Dichters und Schriftstellers Mario Benedetti (1920–2009), „Weniger Zeit als Raum“, der in unterschiedlichen Darreichungen in nahezu allen wichtigen südamerikanischen Großstädten seit 2009 gezeigte Schau vorangestellt.

Nur die Kunst sei heute in der Lage, der Zeit Zuflucht zu bieten, meinte Hug, und deshalb hatte er zusammen mit seinen Institutsleiterkollegen deutsche und lateinamerikanische Künstler kreuz und quer durch die Region geschickt, um Messpunkte für den Unabhängigkeitsprozess zu erhalten. Es entstand ein virtuelles Labyrinth, in dem hinter der nächsten Ecke die Vergangenheit der Gegenwart auflauert und die Zukunft den Besucher mit Trugbildern foppt. Den Weg aus dem Labyrinth bot eine ins Nichts führende Himmelsleiter, die der kolumbianische Künstler Juan Fernando Herrán aus Abfallholz und aus einer argentinischen Metapher gebaut hatte: „Aus jedem Labyrinth entkommt man nach oben.“

Das „Unabhängigkeits“-Projekt erbrachte ein Video-Panoptikum von alltäglichen grotesken Bildern, Szenen und Situationen aus dem heutigen Lateinamerika, die alles andere zeigen als eine schöne Welt aus vielen „unabhängigen“ und doch gedeihlich miteinander zusammenlebenden Staaten. Die Argentinierin Leticia El Halli Obeid hatte sich ganz wörtlich auf die Zeitreise begeben, als sie eines der wichtigsten „Unabhängigkeits“-Dokumente, den berühmten „Brief aus Jamaica“, den der Befreier Simón Bolívar 1815 im selbst gewählten Exil verfasste, in einem heruntergekommenen Vorortzug von Buenos Aires passagenweise abschrieb und dazu die Bilder von einem trostlosen Land vorüberziehen ließ: Elendsquartiere am zugemüllten Bahndamm, streunende Hunde, zu Ruinen

¹ Weniger Zeit als Raum/und dennoch//gibt es manche Räume nur eine Minute lang//und für bestimmte Zeiten findet sich kein Ort.

verkommene Bahnhöfe. Das also war aus den Visionen Bolívars geworden!

Noch wagemutiger ging der Venezolaner Alexander Apóstol mit dem Bolívar-Brief um. Er ließ das Dokument von Landsleuten im englischen Original in einem schäbigen Büroraum vorlesen. Der Text, der den Wunsch nach dem Aufbau einer einzigen großen lateinamerikanischen Nation in hehre Worte fasst, verlor jeden Sinn, weil die Vorleser ihn nicht verstanden. Drastischer lässt sich nicht darstellen, wie gerade in Venezuela, wo der frühere Oberstleutnant und heutige Präsident Hugo Chávez mit seiner „bolivarischen Revolution“ einen ungehemmten Populismus und einen bizarren Revolutionskult inszeniert, der Name Bolívars inzwischen missdeutet und missbraucht wird.

Chávez versucht seit Jahren mit Eifer, Regierungen anderer Länder mit verbilligten Erdöllieferungen, dem Erwerb von Staatsanleihen und mit anderen „Freundschaftsgesten“ regelrecht zu kaufen und sie ihrerseits von sich und seinem persönlichen „bolivarischen“ Projekt abhängig zu machen. Auch die Revolution des selbsternannten Bolívar-Erben Chávez dürfte letztlich zum Scheitern verurteilt sein, weil er zwar vorgibt, Anwalt der Armen und Entrechteten zu sein, die Masse der in den Elendsvierteln lebenden Landsleute aber nur als Wahlvolk betrachtet, das seine Macht abzusichern hilft. Ihre Lebensbedingungen hat auch er bisher nicht entscheidend verbessert.

Die Unabhängigkeitsvermessung der Goethe-Institute brachte, wie kaum anders zu erwarten, nur bruchstückhafte Ergebnisse. Sie reichen aber aus für die Diagnose, dass Simón Bolívars Jamaika-Brief eine schöne Utopie geblieben ist – und ein bewegendes Dokument von literarischer Qualität. An die Stelle der Abhängigkeit von den früheren Kolonialmächten sind neue Abhängigkeiten getreten. Am deutlichsten wird das eben an dem Bolívar-Imitat Chávez: Auch wenn er, meist in unflätiger Weise, über das „Imperium“ der USA wettet und die Loslösung vom übermächtigen Nachbarn im Norden propagiert – wirtschaftlich ist er von ihm abhängig geblieben. Das wird gerade dann deutlich, wenn er wieder einmal droht, die Erdöllieferungen in die USA einstellen zu wollen. Es ist eine leere Drohung, weil das venezolanische Erdöl wegen seiner besonderen Beschaffenheit praktisch nur in bestimmten

Raffinerien in den Südstaaten Nordamerikas verarbeitet werden kann.

Außer Chávez attackiert bestenfalls sein gelehrigster Famulus, der bolivianische Präsident Evo Morales, auf ähnlich herausfordernde Weise die USA. Er ist andererseits aber pragmatisch genug, um da, wo vor allem wirtschaftliche Vorteile herauszuholen sind, doch wieder Kompromisse zu schließen und die Hand aufzuhalten. Das Verhältnis der lateinamerikanischen Staaten zu Nordamerika hat sich, möglicherweise angetrieben von Chávez' aggressivem Antiamerikanismus, aber auch unabhängig davon, in den vergangenen Jahren gewandelt. Von wenigen Ländern (wie etwa Kolumbien) abgesehen, wird Washington nirgendwo mehr als führende Macht in der Region respektiert. Die meisten Regierungen pflegen zwar artig die notwendigen Kontakte zum großen Bruder, sie umarmen ihn bisweilen auch, gehen aber zugleich, wo immer sich die Möglichkeit dazu bietet, auf Distanz zu ihm.

Der Unabhängigkeitsprozess hat in Lateinamerika einen bisweilen recht naiv anmutenden Nationalismus entstehen lassen, der die Eigenständigkeit der Staaten betont und Integrationsbestrebungen regelrecht entgegenwirkt. Das ist immer dann leicht zu erkennen, wenn sich Nachbarstaaten wegen minimaler Differenzen – etwa beim Streit über Zollabgaben für Autoteile oder Hühnerbeine – zusammenraufen müssen. Dann ist jeder sich selbst der Nächste. Wenn eine Regierung ohne vorherige Konsultationen etwas zum Nachteil oder gar Schaden eines anderen Landes beschlossen hat, so gilt das als „souveräne Entscheidung“, in die der andere nicht hineinzureden hat.

Chávez betreibt gar ein Doppelspiel. Einerseits ist er schnell mit der Mutmaßung bei der Hand, die „Souveränität“ und „Würde“ seines Landes würden verletzt, wenn angeblich ausländische Kräfte seine „revolutionäre“ Politik zu torpedieren trachten. Andererseits mischt er sich selbst unverfroren in die Entscheidungs- und vor allem Wahlprozesse anderer Länder ein, indem er etwa Präsidentschaftskandidaten, die ihm genehm sind, hoffiert oder sogar offen Wahlpropaganda für sie betreibt. Für ihn ist das keine Einmischung, weil er sich selbst ja als Anführer einer länderübergreifenden revolutionären „bolivarischen“ Bewegung sieht.

Es hat immer wieder Versuche gegeben, die südamerikanischen Staaten zu einem Verbund zusammenzuschließen, der zumindest entfernt an das Modell der Europäischen Union erinnern sollte. Stets ist bei solchen Vorstößen von einer gemeinschaftlichen Währung, einem gemeinsamen Parlament und anderen ähnlich hoch gesteckten Zielen die Rede, doch spätestens wenn es wieder um Strafzölle oder die Verteidigung der nationalen Rohstoffreserven geht, sind alle guten Vorsätze vergessen. Immer neue Namen sind für derlei Zusammenschlüsse erfunden worden. Das bislang haltbarste Etikett trägt den Titel „Unasur“. Das Hauptziel dieser Initiative besteht darin, einen Verbund zu bilden, in dem man „unter sich“ ist und die USA außen vor bleiben. Hin und wieder wird das „Unasur“-Bündnis als Ersatz- oder gar Nachfolge-Institution der „Organisation Amerikanischer Staaten“ (OAS) gehandelt. Doch davon ist es weit entfernt. Der Gerechtigkeit halber muss man allerdings feststellen, dass es sich bei verschiedenen Gelegenheiten bei der Bewältigung von Krisen in einzelnen Mitgliedsländern, wie etwa Bolivien, bewährt und dass es in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit gewisse Fortschritte erzielt hat.

Lateinamerika leidet noch immer vor allem unter dem *Caudillismo*, jener Sucht, die manche Politiker befällt und sie glauben lässt, sie seien die Einzigen, die ihr Land aus dem Elend führen können und die dabei doch hauptsächlich persönliche Neigungen und nicht selten die eigene Tasche bedienen. Populismus und Günstlingswirtschaft breiten sich auf diese Weise immer wieder von Neuem aus. Caudillos, die besonders laut betonen, sie repräsentierten „das Volk“, polarisieren meist ebendieses Volk: Wer nicht ihrer Meinung ist, bleibt von den Segnungen ihrer Politik ausgeschlossen oder wird gar verfolgt. Schon deshalb gibt es in den betreffenden Ländern kein gesundes demokratisches Gleichgewicht mehr zwischen Regierung und Opposition. Der Machtwechsel zwischen beiden Lagern wird dort, wo Präsidenten sich für unentbehrlich halten und, wie im Fall von Chávez, sich sogar die Möglichkeit der Wahl ins Amt auf Lebenszeit eröffnet haben, nach Kräften zu verhindern versucht. Damit wird auch der Impuls für die Entwicklung einer gesunden demokratischen Streitkultur unterdrückt. Das Verteufeln und die Verunglimpfung des politischen Gegners feiern unterdessen fröhliche Urständ.

In den vergangenen zweihundert Jahren hatten die meisten Länder Lateinamerikas immer wieder schwere Rückschläge in der geistlichen Entwicklung ihrer Gesellschaften zu verzeichnen. Bürgerkriege und Diktaturen haben nicht nur das Streben nach Unabhängigkeit und Freiheit pervertiert, sondern auch einen gewaltigen Blutzoll gefordert. Demokratische Regierungen sind oft schon nach kurzer Zeit gestürzt worden. Sie haben sich aber auch immer wieder als unfähig erwiesen, interne Konflikte auf einvernehmliche und friedliche Weise zu lösen. Seit dem Ende der Diktaturen in den 1980er Jahren erlebt Lateinamerika die bisher längste Phase relativer demokratischer Prosperität. Die scheinbar stabilen Demokratien geraten aber schon wieder in Gefahr, ausgehöhlt zu werden – durch Kräfte, die nicht nur die jeweilige politische Führungsschicht, sondern die gesamte Gesellschaft wie schleichendes Gift zu zersetzen drohen – durch die allgegenwärtige Korruption und die Macht der Drogenbanden und -kartelle.

Die Unabhängigkeitsbewegung hat in fast allen lateinamerikanischen Ländern nicht zuletzt eine pseudoreligiöse Heldenverehrung entstehen lassen. Im Sog der Zweihundertjahrfeiern hat sich dieser Kult um Befreier, Erretter, Erlöser und Revolutionäre aufs Neue verstärkt. Der peruanische Fotograf Fernando Gutiérrez hat im Unabhängigkeitsprojekt der Goethe-Institute die lateinamerikanische Spielart von Personenkult und Heldenverehrung auf wirkungsvolle Weise ad absurdum geführt. Gutiérrez hat einen Nachkommen des Admirals Miguel Grau, der im Pazifik-Krieg 1879 vergeblich gegen Chile gekämpft hat und gefallen ist, als Admiral Grau mit dem imposanten Backenbart wiederauferstehen lassen und ihn historisch uniformiert. Mit ihm ist er dann in einem alten VW-Bus die Pazifikküste von der peruanischen Hauptstadt Lima bis ins chilenische Talcahuano hinuntergefahren. An historischen Orten hat er mit seinem falschen und doch richtigen Admiral Grau eine Reihe grotesker Performances veranstaltet, in denen die Zeit der Bruderkämpfe der zwei einst „unabhängig“ gewordenen Länder Südamerikas beschworen, zugleich aber mit Fastfood und Clownerie parodiert und in reichlich Bier ertränkt wurde.

Romeo Rey

Die Linke in Lateinamerika

Bis Anfang der 1980er Jahre glaubten viele Beobachter der politischen Szenerie Lateinamerikas, in diesem Erdteil sporadische Pendelbewegungen zwischen auto-

Romeo Rey

Geb. 1942; Pädagoge, Journalist, Autor; langjähriger Korrespondent des „Tages-Anzeiger“ (Zürich/Schweiz) und der „Frankfurter Rundschau“ in Lateinamerika.
reyswiss@gmx.net

ritären Regimen und mehr oder weniger demokratisch gesinnten Herrschaften zu erkennen.* Tatsächlich alternierten in manchen Ländern Militärdiktaturen, die nach

oberflächlicher Lesart mit harter Hand zu „korrigieren“ versuchten, was ihnen schwache, aber formal verfassungsmäßige Regierungen an heiklen Erbstücken hinterlassen hatten. Dass das Mosaik von Verdiensten, Fehlern und Mängeln militärischer wie auch ziviler Herrschaft in Wirklichkeit sehr viel komplizierter ist, sei hier nur am Rande bemerkt.

Diese seit Gründung der Republiken zu Beginn des 19. Jahrhunderts andauernde Phase instabiler institutioneller Verhältnisse scheint in den vergangenen drei Jahrzehnten weitgehend überwunden worden zu sein. Selbst Länder wie Bolivien und Ecuador, die einst als unheilbar anfällig für Staatsstriche galten, haben – trotz einiger dramatischer Intermezzi – zu einer bemerkenswerten Konstanz und zu Fortschritten in ihren demokratischen Praktiken gefunden, die man ehemals kaum für möglich halten mochte. Das Pendel zeigt mittlerweile Ausschläge in andere Richtungen an. Bald deutet es die Konsolidierung von bürgerlich-liberalen oder konservativen Tendenzen an, bald lässt es Verschiebungen zugunsten links-reformistischer oder gar links-revolutionärer Kräfte sichtbar werden. Zentrales Element solcher Entwicklungen ist dabei bis anhin, dass solche Umwälzungen entweder direkt an den Wahlurnen oder aber in einer Verstärkung basisdemokratischer Bewegungen sichtbar werden.

In der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts haben die linksgerichteten Parteien auf dem

Subkontinent deutlich Auftrieb erhalten. Allerdings muss sogleich zwischen politischen Parteien unterschieden werden, die eigentlich nur aufgrund ihres Etiketts (der Bezeichnung ihrer Organisation) oder im Hinblick auf Maßnahmen populistischer oder karitativer Natur als „links“ bezeichnet werden könnten, und anderen, die eine klar sozialistisch orientierte Politik verfolgen.

Zur ersten Kategorie gehört einerseits die in ihren Anfängen antiimperialistisch gesinnte APRA (*Alianza Popular Revolucionaria Americana*) in Peru. Sie verfolgt heute eine unverhohlene neoliberale Politik. Zu diesem Lager ist beispielsweise auch die Regierung der *Concertación Democrática* in Chile zu zählen, die sich als Koalition von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Sozialisten zwei Jahrzehnte lang darauf beschränkte, das neoliberale Erbe der Pinochet-Diktatur zu verwalten. Allein einige sozialpolitische Maßnahmen ließen die Absicht erkennen, wenigstens die schlimmsten Exzesse jener Politik zu mildern. Unter ähnlichen Umständen hat sich die Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores/PT*) des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio „Lula“ da Silva damit begnügt, wirtschaftliche, finanzielle, soziale und politische Stresssituationen um jeden Preis zu vermeiden, sich auf Symptombekämpfung (vor allem der offensichtlichsten Armut) zu beschränken und strukturelle Reformen fast auf der ganzen Linie zu vermeiden.

In der zweiten Kategorie linksgerichteter Regime hat der 1998 erstmals gewählte Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, unübersehbar die Führungsrolle inne. Er treibt sozialistische Reformen nicht nur im Innern der Nation voran, sondern versucht auch, Gleichgesinnte in Lateinamerika um sich zu scharen. Neben Kuba, das auf eine solche Gelegenheit schon lange gewartet hatte, schlossen sich seiner ALBA-Initiative (*Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América*) – die als radikale Alternative zu der von den USA gesponserten, neoliberal inspirierten Freihandelszone ALCA (*Área de Libre Comercio de las Américas*) konzipiert ist – Bolivien, Ecuador, Nicaragua und

* Vgl. zu diesem Text Romeo Rey, *Im Sternzeichen des Che Guevara. Theorie und Praxis der Linken in Lateinamerika*, Hamburg 2008.

einige Kleinstaaten der Karibik an. Sie streben nach größerer Unabhängigkeit von Washington und insbesondere vom US-Dollar (durch die Einführung einer neuen Währung, des Sucre, und neuer Bankstrukturen in der Region), nach stärkerer staatlicher Aufsicht über die Ressourcen ihrer Länder und einer Demokratisierung, insbesondere auch der bisher allzu einseitig von bürgerlichen Wirtschaftsgruppen beherrschten Massenmedien.

Schwer einzuordnen ist in diesem Panorama die von etwas links der Mitte stehenden Peronisten angeführte Regierung Kirchner-Fernández in Argentinien. Der Peronismus war seit seiner Entstehung Mitte der 1940er ein äußerst kompliziertes Phänomen, und dieser Eindruck hat sich nach dem Tod von Juan Domingo Perón (1974) bis heute verstärkt. Die 2009 durch Wahlsiege an die Schalthebel der Macht gelangten Linken in Paraguay und El Salvador – zwei ehemals von extrem konservativen und repressiven Kräften dominierte Länder – haben große Mühe, ihre programmatischen Versprechen umzusetzen, denn in beiden hat die Rechte sowohl das Parlament als auch die Gerichtsbarkeit unter ihrer eisernen Kontrolle. In Uruguay ist mit José Mujica ein ehemaliger Guerillero zum Staatschef gewählt worden, der indessen einen ähnlich gemäßigten (oder „pragmatischen“) Kurs zu verfolgen scheint wie sein Vorgänger im Amt und wie die PT-Regierung im benachbarten Brasilien.

Demgegenüber konnten die Konservativen und Liberalen, alle Anhänger des Neoliberalismus, mit Felipe Calderón in Mexiko, dem Multimilliardär Sebastián Piñera in Chile und Juan Manuel Santos, Spross der mächtigsten Medienbesitzerfamilie Kolumbiens, das Pendel wieder zugunsten des bürgerlichen Lagers anstoßen. Ähnlich fest im Sattel sitzt die Rechte gegenwärtig mit Präsident Alan García in Peru und dem Unternehmer Ricardo Martinelli in Panama. In Honduras, das ähnlich wie Kolumbien, seit bald zwei Jahrhunderten nahezu lückenlos von Liberalen und Konservativen beherrscht wird, konnte die lokale Oligarchie das Rad der Geschichte nach dem kurzen Zwischenenspiel des nach links abgedrifteten liberalen Präsidenten Manuel Zelaya mit Gewalt (und US-amerikanischem Beistand) wieder zurückdrehen.

Das Bild, das Lateinamerika nach drei Jahrzehnten weitgehend ungestörter demokratischer Entwicklung vermittelt, könnte also vielschichtiger und bunter kaum sein. Ein markantes Merkmal ist dabei nicht zu übersehen: Die Linke hat an Raum gewonnen, und ihre Herrschaft scheint heute auf solideren Grundlagen zu stehen als bei politisch ähnlich gefärbten Episoden in früheren Zeiten.

Im Mittelpunkt der Geschichte linksgerichteter Revolutionen auf dem Subkontinent steht unzweifelhaft der Umsturz, den Fidel Castro, Ernesto Che Guevara und ihre Mitkämpfer auf Kuba zustande gebracht haben. Doch sie waren nicht die Ersten, die sich mit sozialistischen Idealen gegen das Joch der von den USA verkörperten Fremdherrschaft und der mit jenen verbündeten bürgerlich-oligarchischen Kreise aufgelehnt hatten. Theoretisch hatten sich lange zuvor schon Politiker wie die Argentinier Alejandro Korn und José Ingenieros sowie die Peruaner Víctor Raúl Haya de la Torre (Gründer der APRA) und der indigene Marxist José Mariátegui mit den Idealen des Sozialismus und den Erfordernissen des Kampfes gegen den Imperialismus auseinandergesetzt.

Als Begründer des bewaffneten Aufstandes nach den „Regeln“ der erst später als solcher bekannt gewordenen Guerilla kann Emiliano Zapata gelten. Er hat der Welt das faszinierende Beispiel eines prinzipientreuen, aber undogmatischen und selbstlosen Vorkämpfers für einen echten Sozialismus in Freiheit gegeben. In jeder Phase seines Wirkens im Verlauf der Mexikanischen Revolution folgte er dem Willen der Bauern, die absolutes Vertrauen in ihn als Revolutionsführer gesetzt hatten. Sein Credo beschränkte sich auf einige wenige Punkte, die rigoros befolgt wurden: Dezentralisierung praktisch aller Belange und folglich weitgehende Gemeindeautonomie, Recht auf Mitsprache und Selbstbestimmung aller Erwachsenen, sofortige Ankurbelung der landwirtschaftlichen Produktion nach der Befreiung einer bestimmten Zone, zumindest vorübergehende Staatsintervention in großen Betrieben wie Zuckerrohrraffinerien. Im Guerillakrieg bemühte er sich (im Gegensatz zu den bürgerlich geführten Bundestruppen), die Zivilbevölkerung nach Möglichkeit vor dem Horror des Bürger-

kriegs zu schonen. Die Schläge seiner kleinen Armee richteten sich gegen reiche, mit der repressiven Zentralmacht verbündete Besitzer von Landgütern und Unternehmen, allenfalls gegen das Fremdkapital, und in erster Linie gegen die verhasste Bundesarmee. Vor allem hinsichtlich der Agrarpolitik wird Zapata für Lateinamerikas Linke immer als Beispiel und Bezugspunkt zu gelten haben.

Eine ähnliche Rolle als Pionier der Revolution spielte Augusto César Sandino in Nicaragua. Er suchte Erkenntnis und Halt bei allen möglichen geisteswissenschaftlichen Theorien. Dabei ist ihm der Realitätssinn in manchen Aspekten abhanden gekommen. Überdies bekundete er messianische Tendenzen, die durch ehrliche Bewunderung seitens seiner Gefolgsleute, armer und ungebildeter Landarbeiter und Kleinbauern, genährt wurden. Zweifellos richtig und an sich verdienstvoll war seine – aus eben jenen radikalen, zum Teil auch esoterischen Theorien gewonnene – Einsicht, dass nicht nur Wirtschaft, Politik und Staat, sondern auch der Mensch selber „revolutioniert“ werden müsse, wollte man dem Ideal einer sozialistischen Gesellschaft näherkommen. Doch dieses Ziel, das zuviel auf einmal und zuviel von allem verlangte, blieb in unerreichbarer Ferne. Wie Zapata fiel Sandino Meuchelmördern zum Opfer.

Bilanz eines Umsturzes

Die Kubanische Revolution ist das Schlüsselereignis der Geschichte Lateinamerikas im 20. Jahrhundert. Über fünf Dekaden hinweg hat sie der Blockade und den vielfältigen Aggressionen der USA widerstanden, die mit enormen Schwierigkeiten verbundene Abnabelung des Regimes von der einstürzenden Sowjetunion überlebt und trotz der wiederholten Irrungen und Wirrungen der kommunistischen Wirtschaftspolitik jenen Kollaps vermeiden können, den die Gegner der Revolution seit einem halben Jahrhundert prophezeien.

Eine halbwegs befriedigende, einigermaßen hinreichende Versorgung aller Schichten der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln, das Verschwinden menschenunwürdiger Wohnverhältnisse (wie sie in den Slums fast aller großen Städte des übrigen Lateinamerika herrschen), ein im Vergleich zu

den übrigen Ländern der Region hoch stehendes öffentliches Schulwesen und die qualitativ hervorragende Gesundheitsfürsorge: Das sind sozialpolitische Errungenschaften, die in objektiv informierten Kreisen des Subkontinents Gegenstand von Anerkennung sind und vor allem in den unteren Volksschichten zwischen dem Rio Grande und Patagonien euphorischen Beifall hervorrufen. Dass die kubanische Wirtschaftspolitik zwar im subkontinentalen Vergleich – wie die statistischen Daten der CEPAL (*Comisión Económica para América Latina*, UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika) immer wieder gezeigt haben – langfristig keineswegs schlecht dasteht, aber doch nie richtig „auf Touren“ kommt und der Bevölkerung kein breiteres Güterangebot vorzulegen vermag, scheint zwei grundlegende Ursachen zu haben. Erstens wollten die Revolutionäre einen Konsumrummel, wie er in den kapitalistischen Ländern für die begüterten Schichten zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, vermeiden. Die Prioritäten ihrer Herrschaften sind andere, etwa die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung. Aus demselben Grund hat Castro immer danach getrachtet, die Reize Havannas – eine grandiose Skyline, wie sie São Paulo, Santiago de Chile und diverse andere Metropolen der Region zur Schau stellen – auf Sparflamme zu halten und damit das weit verbreitete Phänomen der Landflucht auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.

Zum Zweiten, und dieser Punkt ist der wichtigere, ist in Kuba bis auf den heutigen Tag die Grundfrage nicht geklärt (und kaum ernsthaft zur Diskussion gestellt) worden, wie weit wirtschaftliche Tätigkeit geplant werden muss. Dass staatliche Normsetzung, Planung in größerem Rahmen und Kontrollfunktionen notwendig sind, wenn man neoliberalen Exzesse – absurde ökonomische und soziale Entwicklungen – vermeiden will, sollte nach den bitteren Erfahrungen der jüngsten Zeit eigentlich unbestritten sein. Ebenso klar muss für eine humanistisch-sozialistische Gesellschaft sein, dass nicht Profitmaximierung zugunsten von Minderheiten (seien es nun Kapitaleigner und Manager oder machthungrige Bürokraten jedweder ideologischen Provenienz) Leitziel des Wirtschaftssystems sein kann, sondern nur eine Maximierung des Gewinns mit dem Ziel der finanziellen Absicherung einer gerechten und freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

Dieser Zustand ist in Kuba erst in kleinen Ansätzen, eben der Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse aller, aber auch mit der Einführung basisdemokratischer Rechte im Rahmen des sogenannten *Poder popular* (Volksmacht) erreicht worden. Noch immer aber leidet die Revolution unter gravierenden Freiheitsmängeln, die besonders in der Wirtschaft lähmende Effekte haben. Wenn Eigeninitiative nur punktuell und „experimentell“ entfaltet werden kann und wenn autoritäre Fallbeile jene Individuen bedrohen, die selbsttätig sein wollen, wird das gesamte wirtschaftliche Gefüge immer von Neuem ausgebremst.

Export der Revolution?

Von der Güte ihrer Revolution überzeugt, haben bestimmte Instanzen des kubanischen Regimes unter Anführung von Che Guevara schon früh danach getrachtet, das sozialistische Feuer in anderen Ländern zu entfachen. Bei diesen misslungenen Versuchen, den Umsturz mit Brachialgewalt herbeizuführen, ist viel Porzellan zerschlagen und nur wenig für die Sache der Revolution erreicht worden. Von Mexiko und Guatemala bis nach Brasilien, Uruguay und Argentinien haben Hunderttausende – nicht nur Guerilleros, sondern viel häufiger gewöhnliche, meist nicht bewaffnete Bürgerinnen und Bürger – die Erde mit ihrem Blut getränkt. Bewaffneter Kampf ohne langwierige politische Vorarbeit an der Volksbasis (in den Linksparteien, Gewerkschaften und Volksorganisationen) konnte der angestrebten Revolution kaum nützen – umso mehr aber den Interessen der oligarchischen, mit der US-Hegemonie glücklich lebenden Rechten der betreffenden Länder.

Diese Lektion haben die Aufständischen vor allem in Mittelamerika gelernt. Sie bemühten sich in der Folge um einen viel engeren Schulterschluss mit jenen politischen Organisationen, welche die Anliegen der unteren und untersten Volksschichten vertreten. Im Falle Nicaraguas hat eine solche Allianz, die überdies durch die aktive Präsenz von Intellektuellen, Geistlichen und einigen Unternehmern verstärkt wurde, zum Sieg der revolutionären Verbände geführt. In Guatemala und El Salvador scheiterten ähnliche Versuche, hauptsächlich wegen der massiven Militärhilfe, mit der die USA die etablierten, extrem konservativen Herrschaften zu stüt-

zen vermochten. Auch das Fehlen demokratischer Überzeugungen und Umgangsformen im Schoß der Guerilla- und Basisorganisationen trug zu deren Scheitern bei.

Demgegenüber setzt die Weiterentwicklung des revolutionären Kampfes durch die Zapatistische Befreiungsarmee (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional/EZLN*) im südlichen Teil Mexikos ein positives Zeichen. Die Eingeborenen, die im Dschungel von Chiapas den Idealen Zapatas nacheifern, verfolgen eigene, in langer kommunaler Debatte erarbeitete Ziele, insbesondere die Wahrung ihrer sozialen, kulturellen und sprachlichen Autonomie. Lateinamerikas Linke kann von den Zapatisten wahrscheinlich weniger hinsichtlich der Einführung des Sozialismus als vielmehr in Sachen interner Demokratie lernen. In abgelegenen Dörfern und Weilern machen die Ureinwohner in ihren *Caracoles*-Räten einen Bildungsprozess in Theorie und Praxis von unschätzbarem Wert durch. Auf der Suche nach einer eigenständigen, gerechten, friedlichen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft tritt der stets vermummte „Marcos“ nicht als Kommandant auf, sondern – wie einst Zapata – als Helfer zur Vollstreckung des Volkswillens. Obwohl die Zapatisten nach einer kurzen Anfangsphase 1994 jeglicher Art von Gewaltanwendung abschworen, findet die mexikanische Staatsgewalt sowohl auf Bundesebene wie auch im regionalen und lokalen Bereich keine andere Antwort auf die Bestrebungen der Eingeborenen als Schikanen, Provokationen und Repressionen. Es wird unablässig versucht, diesen Keim einer neuartigen, solidarischen und friedfertigen Gesellschaft (übrigens in kleinstem Rahmen, auf einige wenige zehntausend Menschen beschränkt) mit dem Einsatz militärischer, paramilitärischer, polizeilicher und auch mafioöser Methoden aus der Welt zu schaffen.

Schon drei Jahrzehnte zuvor, im Anschluss an die Bischofskonferenz von Medellín des Jahres 1968, hatten sich in der katholischen Kirche Kräfte zu regen begonnen, die ebenfalls nach einer gewaltlosen Revolution in Lateinamerika streben. In der Folge sind in allen Ländern des Erdteils Millionen Gläubige den christlichen Basisgemeinden (*Comunidades Eclesiales de Base/CEB*) beigetreten, die von sozial gesinnten Geistlichen betreut werden und die Lehren der Befreiungstheologie befolgen. Der Beitrag solcher gemeinschaftlicher Kerne zum

geschichtlichen Wandel mag im Einzelnen gering und vielleicht sogar widersprüchlich sein. Aber mit der in die Zehntausende gehenden Anzahl von CEB multipliziert, die über den ganzen „katholischen Kontinent“ verstreut sind und im Stillen wirken, kann sich – wie die Entwicklung in Brasilien nahelegt – ein Prozess der Bewusstseinsbildung ergeben, dessen politische Auswirkungen nicht zu unterschätzen sind. Auffallend sind die Parallelen zwischen Zapatisten und Basisgemeinden insofern, als die Staatsgewalt (im Falle der letzteren ist das der Vatikan) vorwiegend, wenn nicht gar ausschließlich mit repressiven Massnahmen auf das Entstehen und die Ausbreitung einer solchen „Volksbewegung“ reagiert – mit dem einen gewiss beträchtlichen Unterschied, dass der mexikanische Staat dabei brutalste und skrupelloseste Methoden zur Anwendung bringt, während sich die katholische Obrigkeit darauf konzentriert, die geistigen Urheber der Befreiungstheologie mit Sanktionen zum Schweigen zu bringen.

„Wege zum Sozialismus“

Mehrmals im Verlauf des 20. Jahrhunderts haben demokratisch gewählte Regierungen in Lateinamerika versucht, eine mehr oder weniger deutlich linksgerichtete Politik in die Tat umzusetzen: Jacobo Árbenz in Guatemala (1951–1954), João Goulart in Brasilien (1961–1964), Juan Bosch in der Dominikanischen Republik (1963), Salvador Allende in Chile (1970–1973) und die mit einer gewaltlosen Revolution an die Macht gelangte *New Jewel*-Bewegung von Maurice Bishop in Grenada (1979–1983), um nur einige der wichtigsten Beispiele zu nennen. Sie alle endeten ähnlich: mit offener oder versteckter Intervention der Weltmacht USA, deren zentrales Bestreben stets darauf gerichtet ist, ihre hegemonialen Interessen im „Hinterhof“ zu wahren und Ansätze zu sozialistischer (oder auch bloß nationalistischer) Politik im Keim zu ersticken.

Allende war überzeugt davon, dass ein „chilenischer Weg zum Sozialismus“ möglich sei. Seine Regierung wurde nach knapp drei Jahren inmitten chaotischer Zustände, die zum Teil selbstverschuldet und zum Teil das Werk oppositioneller und fremder Kräfte waren, durch einen Putsch beseitigt. Eine erste Lehre, die aus dieser historischen Erfahrung gezo-gen werden muss, betrifft die Ein-

heit der revolutionären Kräfte. Wo sie hergestellt werden kann (wie in Kuba unter Castro und in Nicaragua dank einer sehr breiten Koalition), kann eine Machtübernahme sozialistisch gesinnter Gruppen gelingen – vielleicht sogar ohne Entmachtung der Armee, wie die bisherige Entwicklung in Venezuela zu zeigen scheint. Kann diese Einheit aber nicht bewerkstelligt werden (wie in El Salvador, Guatemala, Kolumbien und eben Chile), dann sind die Aussichten der Linken auf dauerhaften Erfolg gering. Eine existentielle Voraussetzung für das Überleben der Regierung Allende wäre es zumindest gewesen, dass man ultralinke Bewegungen wie die *Movimiento de Izquierda Revolucionaria* (MIR) mit demokratischen Mitteln „zur Vernunft gebracht“ und unter Kontrolle gehalten hätte.

Eine zweite Lektion besteht darin, dass die Ökonomie, auch wenn sie keine exakte Wissenschaft ist, ihre eigenen Gesetze hat, die nicht missachtet werden dürfen. Die gute Absicht, das Los der Bevölkerung verbessern zu wollen, genügt nicht. Lohnerhöhungen müssen, auch wenn Großzügigkeit vom sozialen Standpunkt her noch so gerechtfertigt sein mag, sehr genau dosiert werden. Andernfalls besteht die akute Gefahr, dass sich die inflationäre Spirale zu drehen beginnt. Dem kann dann – wie im Chile der *Unidad Popular* – nur mit der zweifelhaften Hilfe von Preiskontrollen und Subventionen begegnet werden. Zum Schluss wird den unteren Volksschichten, wie später auch das Beispiel der sandinistischen Regierung in Nicaragua zeigte, durch galoppierende Teuerung viel mehr weggenommen, als ihnen mit scheinbaren Reallohnge-winnen gewährt wurde.

Nach Auffassung der Linken sind Verstaatlichungen und Nationalisierungen unverzichtbare Instrumente zur Umverteilung des Reichtums. Im Fall der Bodenschätze können solche Maßnahmen von entscheidender Wichtigkeit sein. Allerdings zahlen sie sich auf Dauer nur aus, wenn die staatlichen Behörden auf die Erfüllung ihrer administrativen Aufgaben vorbereitet sind und im eigenen Lager genügend Know-how vorhanden ist. Auf jeden Fall aber sollten Verstaatlichungen nicht einfach der Not gehorchend oder dem Druck der politischen Ereignisse und radikalierter Sektoren weichend erfolgen. Sie bedürfen immer einer gründlichen Vorbereitung in allen Aspekten der Geschäftsfüh-

rung. Improvisation kann in solchen Belangen nur in den Abgrund führen.

Eben diese Fehler, die sich bereits die Regierung Allende zu Schulden kommen ließ, wurden unter der Herrschaft der Sandinisten (*Frente Sandinista de Liberación Nacional*/ FSNL) in Nicaragua (1979–1990) gleich noch einmal begangen. Man sieht: Selbst wenn die Linke einmal nach einem bewaffneten Aufstand an die Macht gelangen konnte, ist das noch keine Gewähr für den Erfolg der Revolution. Zahllose Bewährungsproben werden ihr noch bevorstehen, der Aufbau einer neuen Gesellschaft wird nie beendet sein. Ähnlich wie in Kuba hat die FSLN-Regierung vor allem im Agrarsektor einen erratischen Kurs zwischen Zwangskollektivierung und teilweiser Liberalisierung verfolgt und damit tiefe Verunsicherung in der Wirtschaft ausgelöst. Dass in Nicaragua damals im Mittel etwa 40 Prozent der Wirtschaft unter direkter staatlicher Kontrolle standen, zeigt an sich eine durchaus vernünftige Relation an. Doch die Kernfrage der FSLN-Politik scheint gewesen zu sein, was sich an Reformen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln finanzieren ließ. Das Explodieren der Inflation war jedenfalls ein unübersehbares Indiz dafür, dass sich die *Comandantes* übernommen hatten.

Die Einheit von siegreicher Guerilla und Volksorganisationen konnte bis zum vorläufigen Ende nach elf Jahren über weite Strecken gewahrt werden. Doch schon nach wenigen Monaten zerbrach die Allianz mit den meisten bürgerlichen Gruppen. Dadurch wurde das Projekt, eine gemischte Wirtschaft einzurichten und in Schwung zu bringen, entscheidend gestört. Durch Druck von innen und außen ließen sich die Sandinisten außerdem dazu bewegen, den 1979 eingesetzten Staatsrat, in dem alle Sektoren der Aufstandsbewegung angemessen vertreten waren, durch ein Parlament zu ersetzen, das zwar vom Volk gewählt wurde, jedoch nicht die wahren Machtverhältnisse, sondern vielmehr eine überholte Parteienlandschaft wiedergab. In diesem Aspekt sind die Sandinisten der bürgerlichen Tradition gefolgt, anstatt das kubanische Modell des *Poder popular* der politischen und sozialen Realität des eigenen Landes anzupassen.

Noch einmal in einigen Punkten ähnliche, aber doch nicht deckungsgleiche Erfahrungen mit Chile und Nicaragua fördert ein Vergleich

mit der Regierung des Venezolaners Hugo Chávez zu Tage. Er ließ gleich zu Beginn seines ersten Mandats eine verfassunggebende Versammlung wählen, die den Weg zum „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ ebnen sollte. Dem neuen Regime sollte nachhaltige Legitimität und Schutz gegen bürgerliche Manöver verschafft werden, die in erster Linie darauf abzielen, den Status quo ante wiederherzustellen. Chávez' „bolivarianische Verfassung“ scheint ein Gleichgewicht zwischen den Kompetenzen eines starken Staates und der Wahrung von genügend großen Freiräumen zur Entfaltung von privater Initiative zu ermöglichen. Auch die Tatsache, dass dem staatlichen Erdölkonzern PDVSA (*Petróleos de Venezuela S. A.*) eine zentrale Rolle in der Wirtschaft zugewiesen wird, stört diese Balance im Prinzip nicht. Chávez kann das Verdienst für sich beanspruchen, den gewaltigen Reichtum seines Landes aus den Händen transnationaler Giganten in jene sozialen Sektoren umgeleitet zu haben, die ihn am dringendsten benötigen. Ebenso positiv sind die Bemühungen einzuschätzen, diese Umverteilung des Reichtums in möglichst direkter Form (unter Minimierung des bürokratischen Aufwands) zugunsten der unteren und untersten Bevölkerungsschichten zu verwirklichen. Die Vermehrung der Gemeindekompetenzen wie auch die Stärkung des Genossenschaftswesens und basisdemokratischer Strukturen – insbesondere mit der Gründung und Verwaltung von kooperativ geführten Massenmedien – sind als weitere Pluspunkte zu bewerten. Schwächen der sozialistischen Herrschaft in Caracas sind hingegen die bereits bedenklich schnell galoppierende Inflation und die weit verbreitete Praxis der Korruption. Beide Übel bergen genügend Zündstoff in sich, um auch eine Regierung, die auf scheinbar stabilen institutionellen und sozialen Grundlagen steht, früher oder später aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Von zentraler Bedeutung für die linksgerichteten Regierungen Lateinamerikas ist das Bekenntnis in Wort und Tat zu freiheitlichen und demokratischen Prinzipien: zu einer Demokratie, die repräsentativ, aber nicht bürgerlich sein muss. Um glaubwürdig zu sein, muss diese Demokratie von unten wachsen. Gegen diesen Prozess werden sich die bisher privilegierten Gruppen und die Hegemonialmacht im Norden immer entschieden sperren.

Venezuela: Lektüre eines geteilten Landes

Im Dezember 1998 wurde der Militäroffizier und Exputschist Hugo Chávez Frías zum Präsidenten Venezuelas gewählt. Sein

Cristian Balteo Yazbeck

M. A., geb. 1983 in Caracas/Venezuela; studierte Internationale Studien in Venezuela; Master im Bereich Internationale Beziehungen in Barcelona; Finanzanalyst im Privatbankgeschäft, Barcelona/Spanien. cristianbalteo@gmail.com

Melina Fernández Temes

M. A., geb. 1983 in Caracas/Venezuela; Politikwissenschaftlerin; z. Zt. Promotion am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn zum Thema Linkspopulismus. fernandeztemes@gmail.com

provokatives Auftreten in der Öffentlichkeit und seine selbsternannte Bolivarische (und nun auch Sozialistische) Revolution sorgen dafür, dass das Land immer wieder auf den Titelseiten der wichtigsten Medien erscheint. Das Phänomen Chávez ruft eine unendliche Anzahl an Fragen hervor. Die meisten sind mit seiner Persönlichkeit, seinen nicht weniger auffälligen internationalen Auftritten, aber vor allem mit der wahren Natur des von ihm

verbunden: Handelt es sich um eine Demokratie oder um eine Diktatur? Finden Wahlen statt? Sind diese sauber? Wenn Chávez so schlecht ist, wieso gewinnt er sie?

Ziel dieses Artikels ist es, einige dieser Fragen zu beantworten, indem eine Perspektive der Lage Venezuelas vorgestellt wird, die dem Leser die Hintergründe näher bringt. Dafür wird zunächst ein Blick auf die Gesellschaft Ende der 1990er Jahre geworfen, um anschließend zu erläutern, wie es dazu kommen konnte, dass Chávez die Institutionen des demokratischen Systems zerlegen konnte, während er weiterhin hohe Popularität genießt und einen auf kontinuierlichen Wahlsiegen basierenden Schein der Legitimation wahr.¹

Die 1958 errichtete venezolanische Demokratie war von Beginn an ein fragiles politisches System. Die Regierung musste sich gegen die Streitkräfte, die es gewohnt waren, die Macht innezuhaben, wehren und gleichzeitig einer Guerilla marxistischer Prägung entgegentreten. Die mangelnde demokratische Erfahrung der jungen politischen Parteien und eine Vergangenheit, die von Bürgerkriegen, *Caudillos*, Instabilität und Unmengen an Öl geprägt war, erleichterten den Anfang keineswegs. In diesem Zusammenhang beschlossen die unterschiedlichen Akteure – Parteien, Gewerkschaften, der Arbeitgeberverband und die Kirche – einen Stabilitätspakt ins Leben zu rufen, in welchem sie sich verpflichteten, die demokratischen Spielregeln zu respektieren und destabilisierenden Versuchungen zu widerstehen. Dieses Abkommen *pro Status quo* nannte man den Pakt von Punto Fijo.

Nach 20 Jahren relativen Friedens, wirtschaftlichen Wachstums und des Aufbaus eines umfangreichen sozialen Sicherungssystems, aber auch einer wachsenden Abhängigkeit vom Ölreichtum begann der venezolanische Staat unter den Wechselfällen des internationalen Ölpreises zu leiden. In den Aufschwungszeiten war investiert und ein übertriebener Aufbau des Staatsapparates betrieben worden, der in den 1980er Jahren zur Hypertrophie und Unhaltbarkeit desselben führte. Der Pakt von Punto Fijo, der die junge venezolanische Demokratie schützen sollte, wurde zu einem Pakt des Schweigens. Parteien, Gewerkschaften, Unternehmer und sogar die Kirche sahen weg, während die Bevölkerung, die sie zu vertreten behaupteten, unter den Folgen der fehlerhaften Wirtschaftsplanung und einer korrupten Herrschaftselite litt. Die ersten Symptome einer Erkrankung des Staatsgerüsts zeigten sich in einer Reihe von Gewaltausbrüchen: 1989 kam es beinahe zum Bürgerkrieg (*El Caracazo*), und 1992 führten die Streitkräfte, die stumme Zeugen der typischen Exzesse einer permissiven ka-

¹ Das Interesse, das Begriffe wie Revolution, Bolivarianismus und „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ verursachen, ist uns bewusst. Leider würde eine detaillierte Analyse einer solchen ideologisch-dialektischen Debatte und der dahinterstehenden Absichten und Handlungen den praktischen Rahmen, den wir für diese Arbeit aufgestellt haben, sprengen.

ribischen Ölgesellschaft waren, zwei Putschversuche durch.

Vor diesem Hintergrund entstand eine Meinungsströmung – die „Anti-Politik“ –, die, fest von einer klaren Diagnose der Realität des Landes überzeugt, alle Errungenschaften der Punto-Fijo-Demokratie verurteilte. Die „Anti-Politik“ wurde von den Medien, von wirtschaftlichen Interessengruppen und von einem bedeutenden Teil der Bildungselite, die sich öffentlich gegen die Aufrechterhaltung eines gescheiterten Systems aussprachen, gefördert. Parallel dazu begann sich eine signifikante Kluft zwischen zwei gesellschaftlichen Gruppen aufzutun. Die unteren Gesellschaftsschichten waren davon überzeugt, dass der Staat – in Komplizenschaft mit den Eliten – die Öleinnahmen verschwendete, um deren hohen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Demgegenüber waren die Mittel- und die Oberschicht der Auffassung, dass der paternalistische Staat die Ärmern verwöhnt habe, indem er keine Gegenleistungen für die sozialen Zuwendungen verlangte, während die Mittel- und Oberschicht zur Verbesserung ihrer Lebensqualität weiterhin hart arbeiten müssten.

Demzufolge lebten in den späten 1990er Jahren 70 Prozent der Bevölkerung in Armut, hatten kaum Zugang zum Gesundheitssystem, verharren auf einem sehr begrenzten Bildungsniveau und lebten in den immer dichter besiedelten und chaotischen urbanen Zentren, in denen hohe Kriminalitätsraten herrschen, als Opfer eines Systems, das soziale Mobilität behindert. Die anderen 30 Prozent lebten in einer isolierten Konsumwelt, die sie zum Gefangenen ihres eigenen Status machte. Sie waren immer stärker von der Gewalt, die sie umgibt, betroffen und schienen ihre Verantwortung am Schicksal des Landes zu verkennen. Nach 40 Jahren Freiheit und Demokratie war die venezolanische Gesellschaft der perfekte Nährboden für die Entstehung einer messianischen Gestalt populistischen Charakters: Die einen bewunderten seine bescheidene Herkunft, die anderen seine militärische Ausbildung und Disziplin.

Prioritäten im Konflikt

Die schwierigen Ereignisse, welche die ersten vier Jahre der Regierung Chávez prägten,

zeigten, dass der Präsident seine Bemühungen auf den Teil der Wählerschaft, den nur er durch Maßnahmen des Staatsapparates erreichen konnte, konzentrieren musste, um die Kontinuität seines politischen Projektes zu gewährleisten. Zu diesem Zweck radikalisierte er seinen Diskurs, indem er sich mit einem messianischen Unterton als einziger statuierte, der die Bedürfnisse der Ärmsten erfüllen konnte.

Nach dem Putschversuch gegen Chávez im April 2002 schreckte er nicht davor zurück, sich in eine Schlacht gegen Medien, Gewerkschaften, Arbeitgeber, die Kirche und sogar gegen das staatliche Ölunternehmen PDVSA (*Petróleos de Venezuela S.A.*) zu begeben. Beide Seiten waren egoistisch genug, über die Zukunft des Landes in einem Kräftespiel zu entscheiden: Die Opposition wettete darauf, dass ein unbefristeter Generalstreik und ein Ausstand der Ölindustrie das Regime in die Knie zwingen würden. Doch nachdem sie die Kontrolle über die Streitkräfte wiedererlangt hatte, fühlte sich die Regierung stark genug, um in den Kampf zu ziehen. Sie hatte nichts zu verlieren, denn sie wusste, dass sie unterliegen würde, wenn ein sofortiges Referendum zu ihrer Abwahl abgehalten werden sollte.¹ Doch wenn sie die Herausforderung annehmen und überleben sollte, würde sie die Gesamtkontrolle über PDVSA erlangen, und somit den Schlüssel zu den öffentlichen Kassen erhalten, die sie dann dafür nutzen würde, die Mehrheit der Bevölkerung auf die Regierungsseite zu ziehen.

Die Opposition verkalkulierte sich. Sie hisste Flaggen im Namen einer Freiheit und einer Demokratie, die für den großen Teil der Wählerschaft nur wenig bedeuteten. Währenddessen zwang sie dieselbe Wählerschaft, zwei Monate lang auf die nötigsten Lebensmittel und das für die Zubereitung notwendige Gas zu verzichten.² Chávez wusste die Lage auf sehr geschickte Art zu nutzen. Während er es schaffte, die Abhaltung des

¹ Die Popularität Chávez' erreichte zwischen Februar 2002 und September 2003 seine niedrigsten Werte seit 1998 und bis heute (ungefähr 35 %); vgl. Informe de Opinión Pública: Encuesta Nacional ÓMNIBUS de Datanalisis, Octubre 2009, S. 10, online: www.eluniversal.com/2009/10/26/omnibusdatanalisis2009.pdf (5.8.2010).

² Während des Nationalstreiks und des Ölausstands erlebte das Land eine tragische Knappheit an vorgekochtem Maismehl – grundlegender Bestandteil der venezolanischen Ernährung – und an Gasflaschen.

Abwahlreferendums zu verzögern, rief er das ehrgeizigste Sozialpaket in der jüngeren Geschichte Venezuelas ins Leben. Die sogenannten *Misiones* – Programme zur sofortigen Armutslinderung – wurden als Grundstein für den Wiederaufbau des seit den 1980er Jahren maroden Sozialsystems konzipiert. Programme wie *Barrio Adentro*, *Robinson*, *Ribas*, *Mercal* und *Identidad* könnten auf den ersten Blick als Zeichen des ehrlichen Willens erscheinen, das Leben der Venezolaner zu verbessern. Der Zeitpunkt ihrer Einführung und die Geschwindigkeit, mit der sie erweitert wurden, ließen jedoch erahnen, dass die Programme mit einer doppelten Absicht konzipiert worden waren: Einerseits sollten sie zur Wiedererlangung der Popularität der Regierung beitragen und deren Kontinuität gewährleisten.[¶] Auf der anderen Seite sollten sie eine Kurzschlussreaktion bei einigen Teilen der Opposition provozieren, die sie vor der Bevölkerung bloßstellen sollte.

Diese Dichotomie spiegelt sich nur zu gut in den diskrepanten Wahrnehmungen der Venezolaner bezüglich der *Misiones* wider. Ein Befürworter der Regierung wird höchstwahrscheinlich von einem oder mehreren dieser Programme profitiert haben. Für ihn werden diese eine relative Erleichterung in einem Moment äußerster Not gewesen sein, ohne aus seinem Leben ein erfülltes gemacht zu haben. Diesen Venezolaner wird es nicht interessieren, ob die Regierung die *Misiones* geschaffen hat, um seine Wahlstimme zu kaufen. Es wird ihm auch egal sein, dass ihn jetzt kubanische Ärzte in seiner Nachbarschaft medizinisch versorgen. Ziemlich sicher wird dieser Bürger damit einverstanden sein, dass die Regierung allen Teilnehmern der Alphabetisierungsmission und der Mission zur Nachholung des Abiturs (in der Hälfte der regulären Zeit) ein Stipendium erteilt.[¶] Er wird weiterhin die

¶ Chávez hat während einer Rede am 12.11.2004 zugegeben, dass die *Misión Identidad*, bei der Tausende von Menschen durch einen vereinfachten Prozess neue Ausweise beantragen und sich somit bei der Wahlbehörde registrieren konnten, ausschlaggebend für die Ergebnisse des Abwahlreferendums war.

¶ Diese direkten Zuschüsse haben dafür gesorgt, dass die Statistiken – gemessen an dem Einkommen – eine drastische Reduktion der Armut nachweisen. Außerdem haben sie Illusionen in Bezug auf die Arbeitslosenzahlen geweckt, da die Teilnehmer an den Missionen nicht zur wirtschaftlich aktiven Bevölkerung gezählt werden.

Verwendung der Öleinnahmen der PDVSA als parallelen ungeprüften Staatshaushalt[¶] oder die massiven Lebensmitteleinfuhren, welche die Zerstörung der ohnehin knappen einheimischen Lebensmittelindustrie vorantreiben, befürworten. Die Enteignungen und Verstaatlichungen von Unternehmen und landwirtschaftlichen Grundstücken, die das Privateigentum bedrohen, werden ihm keine Sorgen bereiten. Schließlich wird es ihn erstaunen, wie unkompliziert heutzutage die Beantragung des Personalausweises abläuft und wie eifrig die Beamten ihm bei der Registrierung im Wählerverzeichnis zur Hand gehen. Seine grundlegenden Prioritäten sind der Zugang zu medizinischer Versorgung und zu Lebensmitteln zu subventionierten Preisen sowie das Erlangen eines Schulabschlusses, in der Hoffnung, damit eine Arbeit zu finden. Solange ihm die Regierung diese Prioritäten erfüllt, wird dieser Bürger, so oft es notwendig ist, seine Stimme Chávez geben.

Demgegenüber wird ein Oppositioneller womöglich nie Gebrauch von einer der *Misiones* gemacht haben. Er wird wahrscheinlich nicht zugeben oder aber die Tatsache rechtfertigen, dass es nicht genügend venezolanische Ärzte gibt, die bereit sind, unter den Konditionen zu leben und zu arbeiten, unter denen kubanische Ärzte es in Venezuela tun. Er wird gestehen, dass er privat versichert ist und nur selten, wenn überhaupt, einen Fuß in ein öffentliches Krankenhaus gesetzt hat. Er wird erklären, dass die tatsächliche Wirksamkeit der Alphabetisierungsprogramme ungenügend und der Bildungsgrad der Express-Abiturienten sehr niedrig ist. Er wird klagen, dass die *Misiones* eigentlich nur kurzfristige Programme populistischer Natur sind, die politische Ziele verfolgen und kaum nachhaltige Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung haben. Er wird behaupten, dass ihre Aufrechterhaltung nur durch die außerordentlichen Öleinnahmen der vergangenen Jahre möglich ist und dass sie wenig dazu beitragen, die strukturellen Probleme des Landes in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Produktivität zu lösen. Schließlich

¶ Die PDVSA hat seit 2003 keine Auditberichte bei der Security Exchange Commission mehr vorgestellt. Daher ist es unmöglich zu erfahren, wie viel und vor allem wie die Gelder für die sozialen Missionen der Regierung ausgegeben werden. Diese Ausgaben erfolgen außerhalb des festgelegten Staatshaushaltes.

wird er erwähnen, dass mehr als zwei Millionen Ausländer zwischen 2003 und 2004 kurz vor dem Abwahlreferendum eingebürgert wurden, was eine Erhöhung der Wahlberechtigten um 16,7 Prozent innerhalb eines Jahres zur Folge hatte.⁷ Seine Prioritäten sind deutlich andere. Dieser Bürger eines anderen Venezuelas ist besorgt um die Integrität der Regierung, um die Zuverlässigkeit des Wahlsystems, um die ordnungsgemäße Verwaltung der staatlichen Gelder und um die Sicherung seiner politischen und wirtschaftlichen Rechte, da seine materiellen und anderen Grundbedürfnisse bereits gedeckt sind.

Diese fast bipolare Art und Weise der Situationsanalyse zeigt die Koexistenz zweier Welten mit unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen innerhalb eines einzigen Landes. Die Differenzen sind so überwältigend, dass sie sogar dialektischer Natur sind: Chávez-Anhänger nennen sich selbst „das Volk“, während sich die Opposition als „Zivilgesellschaft“ definiert.

Der große Hegemon

Wer die demokratische Gesinnung des Regimes unterstreichen möchte, weist darauf hin, dass dieses seit 1998 bei 13 Wahlen unterschiedlichster Natur gesiegt hat. Allerdings ist die Abhaltung von Wahlen nicht die einzige Voraussetzung, um ein System als demokratisch zu qualifizieren. Die Qualität des Wahlsystems, die Unabhängigkeit der Gewalten, die Existenz eines Rechtsstaates, die Gewährleistung von Schutz und Sicherheit der Bürger, die Achtung der Meinungsfreiheit oder die Parteilosigkeit der Streitkräfte, um nur einige zu nennen, sind weitere grundlegende und unverzichtbare Bedingungen einer funktionierenden Demokratie. Wengleich Venezuela sicherlich auch in früheren Jahren kein Vorbild in diesen Angelegenheiten darstellte, ist es eindeutig, dass in den vergangenen elf Jahren eine drastische Verschlechterung dieser demokratischen Grundvoraussetzungen eingetreten ist.

Staatliche Institutionen sind Opfer einer Politisierung geworden, und von Gewalten-

⁷ Der Durchschnitt für vergleichbare Perioden in den vergangenen 25 Jahren lag immer unter 2,5 % (eigene Berechnung). Vgl. als Quelle: www.cne.gob.ve (20.8.2010).

teilung und Gewaltenunabhängigkeit kann nicht länger die Rede sein. Die durch den Obersten Gerichtshofs vertretene Judikative untersteht seit 2004, als die Nationalversammlung eine neue Geschäftsordnung des Gerichtshofs auf illegale Weise⁸ verabschiedete, der Kontrolle der Exekutive. Nach der neuen Geschäftsordnung wurde die Anzahl der Richter des Obersten Gerichtshofs um 60 Prozent erhöht. Weiterhin durften ab diesem Zeitpunkt alle Mitglieder mit einer einfachen Mehrheit in der Nationalversammlung ernannt oder abgewählt werden. Seitdem wurden mindestens drei Richter des Obersten Gerichtshofs und Dutzende von Richtern anderer Instanzen aus ihren Ämtern entfernt, weil sie Entscheidungen gefällt hatten, die nicht im Einklang mit der Regierungspolitik standen. Alle seitdem neu ernannten Richter wurden nach offensichtlich politischen Kriterien ausgewählt.

Die Bürgergewalt,⁹ vertreten durch den Rechnungsprüfer, den Generalstaatsanwalt und den Ombudsmann, verdient besondere Erwähnung. Die Generalstaatsanwaltschaft, präsiert durch Isaías Rodríguez, Ex-Vizepräsident und heute Botschafter in Spanien, konzentrierte sich darauf, den Machtmissbrauch der Regierung zu vertuschen und die Gegner des Regimes zu verfolgen. Dabei vernachlässigte sie ihre Rolle im Kampf gegen die „einfache“ Kriminalität und das organisierte Verbrechen. Der Rechnungsprüfer hat seinerseits in den vergangenen neun Jahren nur einmal für Schlagzeilen gesorgt, als er in den Monaten vor den Regionalwahlen im Jahr 2008 den verfassungswidrigen Beschluss fasste, mehr als 300 Kandidaten, unter ihnen einige Oppositionelle, die große Gewinnchancen hatten, aufgrund vermeintlicher Verbrechen gegen das Staatsgut während der Ausübung ihrer Pflichten für politisch unfähig zu erklären.¹⁰ Der Ombudsmann glänzte durch seine Untätigkeit beim Kampf gegen die politische Verfolgung, die nach der Veröffentlichung der Liste der Antragsunterzeich-

⁸ Das Gesetz wurde mit einfacher Mehrheit beschlossen, obwohl dafür eine Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen wäre.

⁹ Außer den drei Gewalten (Exekutive, Judikative und Legislative) existieren in Venezuela auch die Bürger- und die Wahlgewalt.

¹⁰ Vgl. Teodoro Petkoff, Elections and Political Power. Challenges for the Opposition, in: Revista: Harvard Review of Latin America, 8 (2008) 1, S. 11–13.

ner für das Referendum zur Abwahl von Chávez im Jahr 2004 stattfand. Tausende von Beschäftigten im öffentlichen Dienst verloren ihre Arbeit, und vielen anderen blieb der Zugang zu öffentlichen Posten verweigert, weil sie als Feinde der Revolution betrachtet wurden.¹¹ Seit 2005 untersteht die Legislative komplett der Kontrolle der Regierungspartei. Die Entscheidung der Opposition, bei der Parlamentswahl nicht anzutreten, führte zur totalen Regierungsmacht in der Nationalversammlung, eben jenes Staatsorgan, das die Exekutive kontrollieren soll.

Im Hinblick auf die Meinungsfreiheit ist es zutreffend, dass die überwiegende Mehrheit der Medien vor allem zwischen 2002 und 2004 eine vereinte Front gegen das Regime bildete. Die privaten Medien wurden de facto zu Protagonisten der politischen Auseinandersetzung. Es ist aber ebenso zutreffend, dass die Regierung nichts unternahm, um diese Konfrontation zu vermeiden. Darüber hinaus förderte sie die Polarisierung der Gesellschaft. Chávez selbst hat Animositäten gegen Journalisten und Medien geschürt, indem er sie ständig den Attacken seiner Anhänger aussetzte. Diese Eingriffe wurden seitens der Regierung nur sehr selten verurteilt, vielmehr als authentischer Ausdruck der Volksstimmung gerechtfertigt. Die Kündigung der Sendegenehmigung des privaten Fernsehsenders RCTV (*Radio Caracas Televisión*) und die Schließung von 34 Radiosendern zeigen gemeinsam mit dem offenen Kampf gegen den Nachrichtensender Globovisión und gegen mehrere Zeitungen das autoritäre Ethos des Präsidenten.

It's the Elections, Stupid!

In den vergangenen elf Jahren haben internationale Beobachter immer wieder verschiedenen Wahlen in Venezuela beigewohnt. Keiner hat von Fehlern solch schwerwiegender Natur berichtet, die auf einen massiven Betrug hindeuten würden. Allerdings sind in dieser Zeit nicht wenige Bedenken bezüglich des Wahlsystems aufgekommen. Erste Zweifel tauch-

¹¹ Die Liste mit den Namen und Personalausweisen der Unterzeichner des Referendumsantrags wurde vom Regierungsabgeordneten Luis Tascón veröffentlicht. Ihre Existenz und Benutzung wurden von Präsident Chávez am 15. April 2005 akzeptiert, als er seine Anhänger dazu aufforderte, diese zu „beerdigen“, da diese ihr wichtigstes Ziel schon erreicht habe.

ten bereits nach dem Abwahlreferendum von 2004 auf und konzentrierten sich auf das außergewöhnliche Wachstum des Wählerverzeichnisses. Wie bereits erwähnt war die jährliche Wachstumsrate für das Jahr 2003/2004 sieben Mal höher als der Durchschnitt der vorangegangenen 25 Jahre. Diese Daten alleine beweisen nichts, würden aber eine Prüfung des gesamten Wählerverzeichnisses als angemessen erscheinen lassen. Die Wahlbehörde verweigert sich jedoch einer solchen Prüfung.

Ein weiteres Zeichen der Undurchsichtigkeit des Wahlsystems führte zum Austritt der Opposition unmittelbar vor der Parlamentswahl im Jahr 2005. Die Gründe hinter dieser Entscheidung waren zum einen die Legalisierung der sogenannten *Morochas*¹² seitens des Obersten Gerichtshofs, um den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu umgehen. Zum anderen war die Feststellung ausschlaggebend, dass das automatisierte Wahlsystem die Überwachung der Stimmabgaben zuließ.¹³

Wer den demokratischen Charakter der revolutionären Regierung Chávez verteidigt, argumentiert, dass die Regierung im Jahr 2007 die Niederlage beim Referendum über die Verfassungsreform anerkannt habe. Doch dabei werden zwei Dinge verkannt: Entweder wurden die meisten Änderungen, welche die Verfassungsreform enthielt, durch Dekrete mit Gesetzesrang, die im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes vom 2008 verabschiedet wurden, eingeführt; oder aber sie wurden auf verfassungswidrige Art und Weise in der Form einer Verfassungsänderung (Novellierung) nur 18 Monate nach dem Referendum

¹² Das gemischte Wahlsystem Venezuelas schützt die Repräsentation der Minderheiten, indem die Sitze zwischen Direkt- (Mehrheitswahlrecht) und Listenmandaten (Verhältniswahlrecht) geteilt werden. Dabei sollen die Direkt- von den Listenmandaten subtrahiert werden. Die Zweistimmenregelung, auch *Morochas* (Zwillinge) genannt, umging diesen Mechanismus, indem die Regierung die Direktkandidaten der chavistischen Parteien unter dem Schirm einer Wählervereinigung, der UVE (*Unión de Vencedores Electorales*/Vereinigung der Wahlgewinner) zur Wahl stellten, damit diese nicht von den durch Listen der Regierungspartei MVR (*Movimiento Quinta República*/Bewegung für eine Fünfte Republik) gewonnenen Mandaten subtrahiert werden konnten.

¹³ Am 23. November 2005, während eines Auditverfahrens des automatisierten Systems, bewiesen Techniker der Opposition, dass die Maschinen, an denen gewählt werden sollte, die Sequenz der Wähler abspeicherten, was den Grundsatz der geheimen Wahl verletzte.

rendum umgesetzt, obwohl dies gemäß der Verfassung erst nach 2012 möglich gewesen wäre.¹⁴ Unter den wichtigsten Änderungen befand sich die Möglichkeit der unbegrenzten Wiederwahl aller gewählten Posten.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Präsident, um Siege der Opposition in einigen der wichtigsten Länder bei den Regionalwahlen Ende 2008 zu verhindern, mit einem Beschluss reagierte, nach dem die scheidenden Gouverneure einen wichtigen Anteil ihrer Kompetenzen kurz vor der Amtsübergabe an den Zentralstaat abtreten sollten. Trotz der Verfassungswidrigkeit dieser Entscheidung schuf er die Figur der sogenannten regionalen Vizepräsidenten, die von ihm persönlich ernannt wurden und einen bedeutenden Teil der Befugnisse und des Budgets der regionalen Exekutiven an sich rissen.

Quo vadis?

Trotz alledem ist anzunehmen, dass die Regierung des Präsidenten Hugo Chávez weiterhin auf die Unterstützung der Mehrheit der Venezolaner zählen kann. Man könnte nun meinen, dass eine Regierung die seitens der Wählerschaft so große Zustimmung erfährt, zumindest einen Teil der hohen Erwartungen erfüllt hat. Ist das nicht das Wesen der Demokratie?

Demokratie beruht auf der Achtung der Freiheit und Rechte aller Bürger, auch derer, die anders denken als die Mehrheit. Venezuela hat Regierungen hinter sich, deren Unfähigkeit und Untätigkeit die Bevölkerung völlig vernachlässigt und ausgeschlossen hatten, um dann von einer neuen Elite regiert zu werden, die beschloss, nur für einen Teil der Bevölkerung zu regieren, während sie den anderen Teil dämonisiert und diskriminiert. Das Chávez-Regime hat alle staatlichen Institutionen in die Enge getrieben und rund 45 Prozent der Bevölkerung aus dem politischen Spiel ausgeschlossen. Für Mehrheiten zu regieren, vor allem, wenn es sich um die ärmeren und weniger privilegierten Bürger handelt, ist ein ehrenwertes Vorhaben. Dies aber als Vorwand zu nutzen, um die Grundrechte der restlichen Bevölkerung mit Füßen zu treten, ist eine verwerfliche und völlig undemokratische Praxis.

¹⁴ Art. 345 der Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuelas, online: www.constitucion.ve (20. 8. 2010).

Es ist fraglich, ob Chávez und seine Regierung in der Lage sein werden, sich die Gunst ihrer Wählerschaft zu erhalten. Darin liegt jedoch der Schlüssel zu ihrem Überleben. Sobald die Grundbedürfnisse erfüllt werden, wird es notwendig sein der natürlichen Neuordnung ihrer Anforderungen und Prioritäten gerecht zu werden. Die Ereignisse der vergangenen Monate beweisen, dass die Regierung nicht nur unfähig ist, strukturelle Reformen einzuführen, sondern dass sich die Aufrechterhaltung der sozialen Hilfsprogramme als zu kostspielig erweist.

Der Rückgang des Ölpreises in den vergangenen zwei Jahren hat es der Regierung unmöglich gemacht, das Tempo der erforderlichen Ausgaben für viele ihrer sozialen Programme aufrechtzuerhalten. Die jüngsten Skandale um die *Misión Mercal*¹⁵ haben für Unzufriedenheit unter den Betroffenen gesorgt. Die Knappheit von Grundnahrungsmitteln wird bei Betrachtung der Marktregale jeden Tag deutlicher. Währenddessen verderben hunderttausende Tonnen Lebensmittel in den Häfen des Landes, weil die Regierung nicht in der Lage ist, sie zu verteilen.¹⁶

Der schier unaufhaltsame Anstieg der Preise (die jährliche Inflation beträgt 30 Prozent),¹⁷ die steigende Korruption, der überwältigenden wirtschaftlichen Aufstieg regierungsnaher Kreise – der sogenannten *Boliburguesía* – und vor allem die Zunahme willkürlicher Gewaltakte¹⁸ erzeugen Unmut in den ärmeren

¹⁵ Dieses Programm besteht darin, Märkte aufzubauen, in denen subventionierte Lebensmittel zu vergünstigten Preisen gekauft werden können.

¹⁶ Vgl. Werner Marti, Desaströse Folgen der Verstaatlichungspolitik in Venezuela, online: www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/desastroese_folgen_der_verstaatlichungspolitik_in_venezuela_1.6370774.html (20. 8. 2010), und Georg Eickhoff, Venezuela 100 Tage vor der Parlamentswahl, online: www.kas.de/proj/home/pub/62/1/year-2010/dokument_id-19879/index.html (20. 8. 2010).

¹⁷ Quelle: Banco Central de Venezuela.

¹⁸ Laut Observatorio Venezolano de la Violencia – eine venezolanische zivilgesellschaftliche Beobachtungs-institution für Themen, die mit Gewalt und Gewalttaten verbunden sind – stieg die Zahl der Tötungsdelikte zwischen 1998 und 2009 von 4550 (20 pro 100 000 Einwohner) auf 16 047 (52 pro 100 000 Einwohner) an. Dies bedeutet eine Erhöhung um 352 %. 91 % der Fälle blieben ungeahndet. Vgl. Francisco Olivares, El último de la clase, online: www.eluniversal.com/2010/08/01/pol_art_el-ultimo-de-la-clas_1986336.shtml (20. 8. 2010).

Teilen der Gesellschaft und führen zu einer Emigrationswelle in den mittleren und oberen Schichten. Die Entstehung von bewaffneten Gruppen, die sich als Verbündete und Beschützer der Revolution definieren, sorgt zusammen mit der Ansiedlung ihrer kolumbianischen Verbündeten auf venezolanischem Boden für Angst in der Bevölkerung und für große internationale Spannungen. Die anhaltenden Proteste der neu entstandenen Studentenbewegung¹⁹ und ihre Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft weisen auf den Popularitätsverlust der Regierung hin.²⁰

Aktuelle Änderungen im Wahlgesetz, das von der Wahlbehörde genehmigte Gerrymandering²¹ und die neuen Regeln, welche die Wahlbeobachter für die Parlamentswahl am 26. September 2010 berücksichtigen müssen,²² zeigen, dass das Regime nicht bereit ist, eine ausgewogene Zusammensetzung der Nationalversammlung zu akzeptieren. Das Wahlgesetz, das die aktuelle Parlamentswahl regelt, ist verfassungswidrig, weil es den Grundsatz der verhältnismäßigen Vertretung der Minderheiten verletzt.²³ Folgende Zahlen veranschaulichen die Auswirkungen dieser Veränderungen: Nimmt man die Ergebnisse des Referendums zur Verfassungsänderung im Jahr 2009 als Grundlage, bei welchem die Regierung 54,86 % und die Opposition

45,14 % der Wählerstimmen erzielten, würde die Regierung nach dem neuen Wahlgesetz und nach den Wahlkreisveränderungen nun 76,94 % der Sitze in der Nationalversammlung ergattern, während die Opposition nur 24,07 % der Sitze erhalten würde (123 gegen 39 Mandate). Nach dem bei der Parlamentswahl 2005 gültigen Wahlgesetz würde die Regierung 56,79 % und die Opposition 43,21 % der Abgeordneten stellen (92 gegen 70 Mandate).²⁴

Diese Zahlen verdeutlichen, dass die demokratische Gesinnung des Präsidenten zu schwanken scheint, wenn seine Regierung mit einem hart umkämpften Wahlgang konfrontiert wird. Es wäre zu wünschen, dass die neue Nationalversammlung die tatsächliche Verteilung der Wählerpräferenzen widerspiegelt und dass die Parlamentswahl 2010 zur Einbeziehung der oppositionellen Gruppierungen in die staatlichen Institutionen führt. Vor dem Hintergrund der jüngsten venezolanischen Geschichte ist allerdings zu befürchten, dass dies eher naive Erwartungen als tatsächliche Möglichkeiten bleiben. *Amanecerá y veremos.*²⁵

Nachwort: Bei der Parlamentswahl am 26. September 2010 wurde die Bedeutung der oben dargestellten Wahlrechtsreformen offenkundig. Die Opposition stellt rund 37 Prozent (61 von 165) der Abgeordneten, obwohl ihr nach nicht offiziell bestätigten Angaben rund 50 Prozent der Wählerstimmen zugeordnet werden können, während die Regierungspartei beim gleichen Wählerstimmenanteil rund 58 Prozent (95 von 165) der Abgeordneten stellen darf. Die Partei von Präsident Hugo Chávez hat zwar ihre Zweidrittelmehrheit verloren, kann sich aber weiterhin auf eine komfortable Mehrheit stützen. Die größte Herausforderung für die Opposition wird es sein, bis zu den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2012 eine Mehrheit zu konsolidieren, die es ihr nach dann fast 14 Jahren erlauben würde, einen Regimewechsel voranzutreiben.

¹⁹ Die Studentenbewegung entstand im Jahre 2007, als sie sich gegen die Verfassungsreform aussprach. Seitdem spielt sie eine bedeutende Rolle im politischen Geschehen des Landes und wirkt sich hinsichtlich der Wahlergebnisse positiv für die Opposition aus.

²⁰ Vgl. Alfredo Keller y Asociados (ed.), Estudio de la Opinión Pública Nacional: 1er Trimestre de 2010, online: www.scribd.com/doc/29504343/Encuesta-Keller-Primer-trimestre-de-2010 (20. 8. 2010).

²¹ In die deutsche Wissenschaftssprache übertragener Fachausdruck aus dem amerikanischen Englisch für die Manipulation der Untergliederung eines Wahlgebietes zwecks Bevorzugung bestimmter Kandidaten. Vgl. Manfred G. Schmidt, Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 1995, S. 353.

²² Die neuen Regeln sehen eine Zensur der Berichte der Beobachter vor. Diese dürfen keine Kommentare in der Öffentlichkeit abgeben, und die Berichte werden als vertrauliche Dokumente bei der Wahlbehörde eingereicht, die anschließend selbst entscheiden wird, ob diese veröffentlicht werden, vgl. Juan Francisco Alonso, Normas sobre la observación electoral violan la libre expresión, online: http://politica.eluniversal.com/2010/08/09/pol_art_normas-sobrela-obse_1999865.shtml (20. 8. 2010).

²³ Art. 63 der Verfassung (Anm. 14).

²⁴ Quelle: www.cne.gob.ve (20. 8. 2010).

²⁵ Deutsch: Beim Morgengrauen werden wir sehen.

Juliana Ströbele-Gregor

Demokratische Revolution in Bolivien?

Bolivien ist ein gesellschaftlich und politisch tief gespaltenes Land. Die sich seit dem Jahr 2000 verschärfenden gesellschaftlichen Konflikte, zu

Juliana Ströbele-Gregor

Dr. phil., geb. 1943; Altamerikanistin und Ethnologin am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin; freie Gutachterin in der Entwicklungszusammenarbeit. jestroebelegregor@gmx.net

denen die wirtschaftliche Unzufriedenheit als Folge einer neoliberalen Wirtschaftspolitik erheblich beigetragen hatte, kulminierten im Aufstand im Oktober 2003. In dessen Folge wurde der damalige Präsident Gonzalo Sánchez de Losada aus dem Land gejagt. Sein Nachfolger Carlos Mesa gab im Juni 2005 auf.

Der Wahlsieg von Evo Morales im Dezember 2005 war Ausdruck dieser gesellschaftlichen Polarisierung und zugleich auch der erfolgreiche Machtanspruch jener Mehrheit, die bis dahin faktisch von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen war: die Landbevölkerung, *campesinos*, Arbeiterinnen und Arbeiter, Menschen in ungesicherten und prekären Arbeitsverhältnissen, ganz überwiegend die indigene und indigen-mestizische Bevölkerung. Deren politische Repräsentanz war ein historisch längst überfälliger Schritt zur Demokratisierung der Gesellschaft. Morales, Angehöriger der ethnischen Gruppe der Aymara, war ihr Repräsentant. Aber auch linksliberale Angehörige der Mittelschicht, die einen grundsätzlichen Politikwechsel, eine echte Demokratisierung in einer plurikulturellen Gesellschaft sowie Abkehr von der Vetterwirtschaft einer korrupten Politikerklasse wünschten, gaben Morales ihre Stimme.

Mit einem Ergebnis von 53,74 Prozent wurde Evo Morales Ayma zum ersten indigenen Staatspräsidenten gewählt; seine Partei MAS (Bewegung zum Sozialismus/*Movimiento al Socialismo*) erlangte die Mehrheit im Parlament. Das Projekt der „Neugründung Boliviens“, mit dem Morales angetreten war, erhielt damit breiten Zuspruch. Seitdem scheint eine neue Epoche in Bolivien angebrochen zu sein. Bei den jüngsten Wahlen im Dezember

2009 konnten „Evo“ und die MAS nochmals über zehn Prozentpunkte zulegen. Die MAS besitzt nun eine Dreiviertelmehrheit im Parlament und die Mehrheit im Senat, der zweiten Kammer. Damit kann die Regierung die Neuordnung des Landes auf der Basis der 2009 per Referendum von der Mehrheit der Bolivianerinnen und Bolivianer angenommenen neuen Verfassung auf den Weg bringen. Nur wenige bolivianische Regierungen zuvor haben über eine derart große politische Legitimierung verfügt. Aber handelt es sich um eine demokratische Revolution?

„Wir sind die Regierung der sozialen Bewegungen“, so bezeichnet Präsident Morales beständig seinen politischen Standort. Aus internationaler Perspektive wird die Regierung einer so genannten neuen Linken in Lateinamerika zugeordnet – eben weil sie als Repräsentantin der „Volksbewegungen“ gilt und soziale Gerechtigkeit als politische Leitlinie proklamiert. Besonders im politischen und medialen Diskurs sind die Begriffe „Volksbewegung“ und „soziale Bewegung“ mit einem spezifischen politisch-positiven Gehalt aufgeladen, in dem Partizipation, direkte Demokratie und Solidarität die zentralen Elemente sind.

Das Wahlergebnis 2005 ist ohne die Geschichte, welche die sozialen Beziehungen maßgeblich geprägt hat, nicht zu verstehen. Sie zu erzählen ist hier nicht der Ort – jedoch ist es unverzichtbar, einige zentrale Merkmale zu benennen. Die sozioethnische Hierarchiepyramide der bolivianischen Gesellschaft, ein Erbe der Kolonialzeit, wurde auch in den postkolonialen Zeiten seit der Unabhängigkeit bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts nicht grundsätzlich überwunden. Die indigene bzw. indigen-mestizische Bevölkerung und insbesondere die indigenen Kleinbauern behielten den niedrigsten gesellschaftlichen Status, waren sozial und kulturell marginalisiert und faktisch von den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Die Konzepte von „Nation“ und „modernem Staat“ fußten auf den westlichen Vorstellungen der herrschenden europäischstämmigen Mittel- und Oberschicht, den *criollos*, und orientierten sich an deren Interessen und ihrem Selbstbild als Herrschatsklasse.

Dem stehen zwei indianistische Strömungen gegenüber. Für beide ist der Bezug auf eine – zum Teil neu konstruierte – indigene

Identität zentral. Die eine Strömung (dazu gehört maßgeblich die Partei MIP/*Movimiento Indígena Pachakuti*) verfolgt ein radikales Projekt der totalen Indianisierung der politischen Herrschaftsstrukturen. Zwar wird im politischen Diskurs auf die Identität als *campesinos* verwiesen, doch sämtliche Forderungen und Staatsvorstellungen orientieren sich am Konstrukt der „indigenen Identität“. Da die Akteure dieser Strömung Aymara sind, verallgemeinern sie ihre Kultur, wenn sie von „angestammten Völkern“ (*pueblos originarios*) sprechen. Nicht zuletzt deshalb hat diese Strömung bei den Tieflandvölkern keine Akzeptanz. Die andere indianistische Strömung (der sich die MAS zurechnet) basiert auf der Verbindung mit marxistischen Ideen und knüpft an die Tradition der linken Volksbewegungen früherer Jahrzehnte an, die verschiedene soziale Schichten, Regionen und ethnische Identitäten repräsentierten. Aufgrund dieser Voraussetzung konnte sie breite Wählerschichten mobilisieren und wurde zur stärksten linken parlamentarischen Kraft.

Die Wahlversprechen der MAS 2005 nahmen die seit den 1990er Jahren erhobenen Forderungen der sozialen Bewegungen auf. Dass ihr Regierungsprogramm gesellschaftlichen Zündstoff barg, wurde schnell offenbar. Die ablehnenden Positionen der „weißen“ Machtgruppen in den Tieflanddepartements Beni, Pando, Tarija und allen voran Santa Cruz haben sich weiter verhärtet, da es um massive Eingriffe in ihre Pfründe und ihren Anspruch auf Herrschaft geht. Wo immer sich eine Möglichkeit bot und weiterhin bietet, um die Arbeit der Regierung zu torpedieren, wird dies getan. Hauptakteure während der ersten Regierungsperiode waren die städtischen Bürgerkomitees der Tieflanddepartements und mit ihnen verbündete rechte und konservative Parteien (sie spielen seit 2009 keine Rolle mehr, wie die Wahlen zeigten). Sezessionsdrohungen, rassistische Rhetorik und Übergriffe gegen „*indios*“ begleiteten die – nicht selten gewaltsamen – Konfrontationen.¹

Erste Amtsperiode 2005–2009

Evo Morales verdankt seine Popularität vor allem dem Umstand, dass er seine Wahlverspre-

¹ Vgl. Juliana Ströbele-Gregor, Bolivien 2008: Spiel mit dem Feuer, online: www.boell.de/weltweit/lateinamerika/lateinamerika-4852.html (10. 2. 2009).

chen von 2005 umgesetzt hat: zunächst die Re-Nationalisierung des Erdgas- und Erdölsektors, verbunden mit der Erhöhung der Abgaben der Konzessionäre an den Staat und damit Erhöhung der Staatseinnahmen aus dem Erdgasexport. Das bedeutete Kündigung, sodann Neuverhandlung der Verträge mit den beteiligten internationalen Unternehmen. Hinzu kommt ein neuer Verteilungsschlüssel der Einnahmen, d.h. Kürzung der Abgaben- und Steuereinnahmen der Departements, in denen die Vorkommen liegen, zugunsten des Zentralstaats zwecks Finanzierung von Investitionen, Infrastruktur und Sozialprogrammen.

Weitere umgesetzte Wahlversprechen waren die demokratisch legitimierte Durchführung der Verfassungsgebenden Versammlung und die Verabschiedung einer neuen Verfassung zur „Neugründung Boliviens“ wie sie die indigenen Völker seit 1990 gefordert hatten. Das umfasst die administrative, politische Neuordnung des Landes unter Einbeziehung partizipativer Strukturen der Basisbewegungen. Ferner wurden Armutsbekämpfungsprogramme beschlossen, insbesondere Sozialprogramme für Schüler, Rentner und Schwangere. Mit der Reform des Bodenrechts wird Staatsland an indigene Gemeinden vergeben; nicht produktiv genutztes Land in Großgrundbesitz kann zugunsten von landarmen *campesinos* und indigenen Gemeinschaften enteignet werden. Die Umsetzung der Landreform stößt auf massiven Widerstand der Agrarunternehmer im Tiefland, wird aber aktiv betrieben.

Unter der Maßgabe *Coca si, cocaína no* wurde der Cocabau legalisiert. Damit wurde die von den USA aufgezwungene Vernichtungspolitik und Militarisierung der Provinz Chapare beendet und den Cocabauern größere Anbauflächen genehmigt, sofern die Coca nicht in den Drogenhandel fließt. Drogenproduktion und -handel sollen systematisch bekämpft werden. Die Aktivitäten der Regierung auf diesem Feld waren allerdings relativ schwach – wie Vizepräsident Álvaro Linera in einem Interview 2009 einräumen musste. Von der Umsetzung der Forderung der sozialen Bewegungen nach Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftsmodell ist dagegen – abgesehen von den Sozialprogrammen – noch sehr wenig sichtbar. Hier ist noch vieles weitgehend Rhetorik. Die Wirtschaftspolitik basiert auf der Umverteilung der Renten aus dem Erdgas-Erdöllexport.

Konkrete Sektorplanungen, erkennbare Strategien und Maßnahmen zur Wirtschaftsentwicklung sind kaum fortgeschritten; Projekte liegen u. a. im Bereich Industrialisierungsvorhaben zur Verarbeitung von Lithium, Eisen- erz, sowie Erdgasverflüssigung. Wie auch im Kupferbergbau wird dabei die Frage ökologischer Verträglichkeit vernachlässigt. Entsprechend trifft die Politik der Großprojekte im Bereich natürlicher Ressourcen in einigen indigenen Gemeinschaften im Hochland wie im Tiefland auf Kritik. Kritikpunkte sind die Umweltverträglichkeit und die nach Meinung der Gemeinden nicht ausreichende Konsultation und Beteiligung bei wesentlichen Projektentscheidungen. Unterstützung in ihrer Kritik erhalten die betroffenen indigenen Verbände von Umweltschützern.

Bolivien ist der Initiative des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez für eine alternative lateinamerikanische Entwicklungsbank beigetreten. Erhebliche Gelder fließen nun aus Venezuela ins Land. Dazu gehört auch eine direkte Verteilung von Schecks für Entwicklungsvorhaben in den Munizipien an regierungsnahe Bürgermeister. Neue politische Freunde, von denen man sich Investitionen erhofft, sind vor allem der Iran, China und Libyen. Ein weiteres Wahlversprechen war die Bekämpfung der Korruption: Dazu wurde ein Ministerium eingerichtet. Die Bekämpfung in den eigenen Reihen findet jedoch kaum statt. 2010 legte die Regierung dem Parlament einen Entwurf für ein Anti-Korruptionsgesetz vor. Dies ist umstritten, weil es rückwirkend gilt und von „Evo“ als Waffe gegen politische Gegner eingesetzt wird.

Konfliktherde und Konfrontationen

Die erste Amtszeit war geprägt vom Konflikt mit den Tieflanddepartements, allen voran mit dem Bürgerkomitee von Santa Cruz. Dieses Konfliktszenarium hatte längst begonnen, bevor Morales 2005 ins Präsidentenamt gewählt wurde. Im Mittelpunkt stand die Erdgas-Erdölpolitik. Neben der Neuordnung der Verteilung der Einnahmen aus dem Gassektor sind die neue Verfassung^F als Ausdruck des poli-

^F Vgl. Almut Schilling-Vacaflor, *Recht als umkämpftes Terrain. Die neue Verfassung und indigene Völker in Bolivien*. Dissertation im Fach Kultur- und Sozialanthropologie, Universität Wien, 2009.

tischen Wandels (*el cambio*) und die Reform des Bodenrechts zulasten des Großgrundbesitzes^F weitere zentrale Konfliktpunkte.

Die Regierungsgegner in den ressourcenreichen Tieflanddepartements lehnten den Verfassungsentwurf ab, der im Dezember 2007 nur mit den Stimmen der Regierungspartei MAS und ihrer Alliierten verabschiedet worden war, also keineswegs demokratischen Regeln entsprach. Die Opposition hatte, in Fortsetzung ihrer Boykottpolitik, nicht an der Abstimmung teilgenommen und bezeichnete die Verfassung entsprechend als illegal: kein guter Start in die neue Demokratie.

Als Reaktion auf die Politik des *cambio*, die verbunden ist mit einer faktisch starken Zentralisierung der Staatsgewalt, verstärkten diese Departements alte Forderungen nach Autonomie. Angeheizt von den Bürgerkomitees konnte dort die Autonomiebewegung immer mehr Zuspruch gewinnen. Obgleich der Nationale Wahlgerichtshof und die OAS (Organisation der Amerikanischen Staaten) die Abstimmung über einzelne Autonomiestatute für rechtswidrig erklärten, stellte im Mai 2008 zuerst Santa Cruz sein Autonomiestatut zur Abstimmung im Departement, es folgten Pando, Beni und Tarija. Überall erhielten die Statuten große Zustimmung.

Insbesondere das Statut von Santa Cruz war eine Provokation der Regierung und kommt einer Sezession nahe, da die Befugnisse des Zentralstaats stark reduziert werden: Die Steuereinnahmen aus dem Erdgas-Erdölgeschäft verbleiben im Departement, die staatlichen Behörden werden aufgelöst und durch eigene ersetzt. Der Großgrundbesitz bleibt erhalten. Ein neu zu gründender Departementaler Rat erhält Regierungsfunktionen. In diesem Rat manifestiert sich die gesellschaftliche Spaltung zwischen „Weißen“ und „Indigenen“, denn von 28 Mitgliedern sind nur fünf Vertreter von indigenen Völkern vorgesehen. Damit werden sie als politische Kraft vollständig marginalisiert, obgleich – nicht zuletzt aufgrund der Zuwanderung aus dem Hochland – laut Zensus 2001 37 Prozent der Bevölkerung des Departements Santa Cruz Indígena sind.

^F Vgl. Juliana Ströbele-Gregor, *Kampf um Land*, in: Tanja Ernst/Stefan Schmalz (Hrsg.), *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Evo Morales*, Baden-Baden 2009.

Die politischen Konfrontationen intensivierte sich, nachdem Morales ein Referendum über die neue Verfassung angekündigt hatte. Vorausgegangen war eine Volksabstimmung über den Verbleib von Morales und Linera im Amt, wie es die Opposition gefordert hatte. Allerdings erweiterte Morales dieses Referendum zum einen um den Verbleib der Präfekten, zum anderen um die Zustimmung zur Regierungspolitik. Am 10. August 2008 gingen Morales und die Regierung mit zwei Dritteln der Wählerstimmen gestärkt aus diesem Referendum hervor. Allerdings wurde die Spaltung zwischen Stadt und Land deutlich: Morales konnte zwar in ländlichen Regionen des Tieflands Stimmen hinzugewinnen, in den Städten jedoch behauptete sich die Opposition. Auch die oppositionellen Präfekten wurden bis auf zwei bestätigt. Gestärkt durch die Zustimmung zu seiner Politik setzte Morales das Datum für das Verfassungsreferendum fest. Die politische Eskalation ging in eine neue Runde.

Statt politischer Verhandlungen setzte die Opposition auf eine Blockadestrategie, um Maximalforderungen durchzusetzen. Bei massiven Gewaltaktionen, angeführt von der politischen Rechten (u. a. die faschistische Jugendgruppe *Unión Juvenil Cruceñista* in Santa Cruz) kam es zur Besetzung und Zerstörung staatlicher Einrichtungen, zu Verletzten und Toten. Das rief den Widerstand der Anhänger von Morales auf den Plan, die mit Demonstrationen und Straßenblockaden reagierten. Die rassistischen Ausfälle der Bürgerkomitees und Gewaltakte von Schlägertrupps gegen *campesinos* und als „*indios*“ identifizierte Menschen stärken wiederum radikal-indianistische Positionen im Hochland und auch in der Regierungsrhetorik. In der zweiten Hälfte 2008 stand Bolivien am Rande eines Bürgerkriegs[†].

Der politische Dialog wurde möglich, nachdem Morales zu Verhandlungen über den Verfassungsentwurf bereit war. Über 100 Artikel wurden geändert und damit Kritikpunkte der Opposition und unabhängiger Juristen aufgenommen. Ein zentraler Punkt, bei dem die Regierung zurückstecken musste, war die Agrarfrage: Die vorgesehene Größe von Großgrundbesitz und mögliche Enteignungen gelten nun nicht mehr rückwirkend. Auch wenn einige indigene Repräsentanten ihren Widerstand gegen Änderungen am Verfassungsentwurf

† Vgl. J. Ströbele-Gregor (Anm. 1).

ankündigten, verlief das Referendum am 25. Januar 2009 ohne nennenswerte Zwischenfälle.

Wahl 2009: ein persönlicher Sieg „Evos“

Die neue Regierung wird sich trotz ihrer Mehrheiten in beiden Kammern weiterhin mit massivem Widerstand der Opposition auseinandersetzen müssen. Streitpunkte sind vor allem die Gesetzesvorhaben zur Berufung der Richter am obersten Gerichtshof, die Autonomiegesetze von 2008, die indigene Autonomie und die Umsetzung der Agrarreform.

Am 6. Dezember 2009 schritten die Bolivianerinnen und Bolivianer erneut zu den Wahlen. Diese Wahl wurde nicht nur als Stimmungsbarmeter über die vergangene Regierungsperiode gewertet, sondern allgemein als Gradmesser für die Akzeptanz des Wandlungsprozesses, den diese Regierung eingeleitet hatte. Morales und seine Partei MAS konnten ihren Erfolg von 2005 noch übertreffen. Dass es vor allem die Figur Evo Morales ist, die das große Vertrauen und den Zuspruch der Wählerschaft erhält, zeigten die Regional-, Municipal- und Bürgermeisterwahlen vom 4. April 2010: Hier konnte die MAS zwar ihre Anzahl der Präfekten erhöhen, insgesamt jedoch sank die Zustimmung in sieben Departements. Die Opposition beherrscht weiterhin klar die Departements Tarija, Santa Cruz und Beni.

Die Schlussfolgerungen von bolivianischen Beobachtern lauteten: Der Präsident konnte die Zustimmung für ihn nicht auf die Partei übertragen. Die Resultate zeigten zudem, dass übermäßige Machtkonzentration des MAS und von „Evo“ offenbar von den Wählerinnen und Wählern in den Städten kritisch gesehen und die Stärkung einer demokratischen Opposition für notwendig gehalten wird: eine Lektion, die „Evo“ hoffentlich versteht.

Neue Verfassung

Hier kann keine Analyse der neuen Verfassung erfolgen, aber einige zentrale Aspekte sollen aufgezeigt werden. Das Konzept des „plurinationalen“ Staates (Art. 1) ist nun verfassungsmäßige Leitlinie: Die 36 indigenen Sprachen werden als offizielle Sprachen anerkannt, die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Men-

schenrechte werden aufgewertet – darunter das Kollektivrecht. Die Demokratie wird durch Beteiligung, Repräsentation und zahlreiche plebiszitäre und basisdemokratische Elemente ausgebaut. Der administrativen Neuordnung zufolge werden vier Autonomieebenen eingerichtet: Departement, Region, Munizipalitäten und Indigene Autonomiegebiete. Diese Autonomieformen überschneiden sich zum Teil geografisch, was Abstimmungs- und Koordinationsgesetze erfordert. Diese Neuordnung bleibt kontrovers. Besondere Konfliktstoffe sind die Autonomiestatuten des Tieflands sowie die Indigenen Autonomien: „Das Recht auf Autonomie, auf Selbstregulierung, auf Anerkennung ihrer Kultur und Institutionen und auf die Konsolidierung ihrer territorialen Entitäten“ (Art. 2) wird begründet mit der „vorkolonialen Existenz der angestammten indigenen *campesinos* und Völker“. Die Anerkennung als Indigene Autonomie erfolgt auf der Grundlage gesetzlich fixierter Kriterien.

Die politische Rolle der indigenen Völker wird auch institutionell gestärkt, etwa durch eigene Kandidaten für die Parlamentswahlen und die Garantie proportionaler Beteiligung an den Parlamentswahlen in ländlichen Gebieten und solchen Departements, wo sie Minderheiten darstellen. Die indigene Gerichtsbarkeit gilt gleichrangig und parallel zum staatlichen Rechtssystem. Die indigenen Völker sind berechtigt, ihre Angelegenheiten über ihre Autoritäten und gemäß ihrer Normen, Werte und Verfahren zu regeln. Damit wird auch der unterschiedlichen Rechtspraxis der verschiedenen indigenen Völker Rechnung getragen. Indigenes Recht ist lokales Recht und ein komplexes Amalgam vorkolonialer, kolonialer und moderner bzw. nationaler Elemente. Verallgemeinernd gilt jedoch, dass die Normen im indigenen Rechtsverständnis religiöse, wirtschaftliche und politische Elemente vereinigen. Allerdings sind laut Verfassung das „Recht auf Leben“, das „Recht auf Verteidigung“ sowie in der Verfassung etablierte Rechte übergeordnet. Bei der Abfassung der entsprechenden Gesetze und Ausführungsvorschriften sind im Parlament noch viele Einzelheiten zu klären, darunter auch solche, die das Strafrecht betreffen, denn einige indigene Normen sind nicht mit den Menschenrechten kompatibel. Ein paritätisch besetztes und direkt gewähltes höchst instanzliches Gericht hat die Aufgabe, in Konfliktfällen höchstrichterlich zu entscheiden.

Indigene Rechtssprechung gilt nur für Mitglieder der jeweiligen Lokalgemeinschaft.

Die natürlichen Ressourcen sind Staatseigentum (Art. 311/II). Das begründet rechtlich die Nationalisierung, Ausbeutung und Distribution der Naturressourcen – siehe Gas- und Erdölsektor. Eine wesentliche Leitlinie staatlichen Handels soll die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit sein. Die Rechte der Frauen auf allen Feldern werden gestärkt. Frauen und Männer sind gleichgestellt. Jedwede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, sexueller Neigung, Religion, Ideologie oder Sprache ist verboten und wird sanktioniert. Auf Druck von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen hat die Regierung angekündigt, der Verabschiedung entsprechender Gesetze und Ausführungsvorschriften Priorität im neuen Parlament zu geben.

Stärkung der partizipativen Demokratie

Die repräsentative wurde durch Mechanismen der partizipativen Demokratie erweitert. Politische Parteien verlieren an Exklusivität der politischen Repräsentation. Die politischen Autoritäten in den Departements und Regionen erhalten ihr Amt durch Wahl. Die institutionelle Politik und das direkte Handeln der sozialen Akteure bestehen nun gleichwertig nebeneinander. Ein wesentliches Element der partizipativen Demokratie ist laut Verfassung die *Consulta ciudadana*, das Einholen der Meinungen und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger. Die Regierung wendet diesen Mechanismus aktiv an, um auf diese Weise Meinungen und Forderungen aufgreifen zu können, bevor es zu Protestaktionen kommt, wie sie in Bolivien Teil der politischen Kultur sind.

Zur Strategie des Präsidenten während seiner ersten Amtsperiode gehörte es, dass in seiner Personalpolitik in der Verwaltung vor allem Parteizugehörigkeit bzw. -unterstützung sowie soziale Herkunft Vorrang hatten vor Qualifikation und Fachkompetenz. Das ging nicht selten zu Lasten der Amtsführung. Zeitweise gab es ein Einstellungsverbot auch für parteiunabhängige Fachkräfte, die mit früheren Regierungen oder internationalen Entwicklungsagenturen zusammengearbeitet hatten, was in einem Land mit überschaubarem Fachkräftepool kontraproduktiv war. Auch

die MAS-Regierung hält sich an die alte Tradition, das Personal der Vorgängerregierung bis zum Nachtwächter auszuwechseln, und entspricht damit der Forderung der „Basis“ nach Vorrang bei der Vergabe von Ämtern.

Die zum Teil sehr gewerkschaftlich geprägte politische Sichtweise von Morales, die auf dessen sozialem, kulturellen und politischen Hintergrund als *cocalero* und seiner Herkunft als andiner *campesino* basiert, hatten zur Folge, dass bestimmte, für das Land wesentliche Zukunftsthemen lange nicht auf der Agenda standen. Vernachlässigt wurden die Themen Ökologie, Naturschutz und nachhaltige Wirtschaft in sensiblen Naturzonen oder die zunehmenden interethnischen Konflikte, die sich aus ungeleiteter Siedlungswanderung von Hochlandbauern in Tieflandregionen ergaben. Die Naturschutzbehörde SERNAP (*Servicio Nacional de Areas Protegidas*) wurde geschwächt, ein Großteil ihres Personals entlassen, ihre Expertise nicht gefragt.

Erst seit 2009, angesichts der Auswirkungen der Meeresströmung Niño (extreme Dürre, Viehsterben im Oriente, Überschwemmungen in anderen Teilen des Landes), des rapiden Schwunds der Gletscher, des Wassermangels in den Städten und des Absinkens des Wasserspiegels des Titicacasees und anlässlich der Vorbereitung des Weltklimagipfels in Kopenhagen, ist bei der Regierung die Einsicht in die Dringlichkeit dieser Thematik erwacht. Doch bisher mangelt es weiterhin an einer Umsetzung.

Zur politischen Strategie des Präsidenten gehört es, statt bestehende demokratische Strukturen und Institutionen zu stärken und auszubauen, Parallelstrukturen einzurichten, die direkt auf ihn zugeschnitten sind. So empfängt er regelmäßig Beschwerdeführende oder Bittsteller im Präsidentenpalais und trifft dort auch direkt Entscheidungen. Auf diesem Wege findet auch die Vergabe von Finanzzuschüssen an regierungsnahe Bürgermeister auf dem Land für lokale Wirtschaftsjahrprojekte statt. Umstritten ist auch das sehr ausgeweitete Prinzip des *control social*. Neben der sozialen Kontrolle öffentlicher Maßnahmen enthält es auch politische Funktionen, die Parallelstrukturen zum Parlament darstellen (u. a. Bürgerbeteiligung bei Berufung von Beamten, Gesetzesvorlagen, Leitlinien der Regierungspolitik).

Evo Morales hat mit seinem Projekt der Neugründung Boliviens auf demokratischem Weg einen Transformationsprozess eingeleitet, dessen Wegführung umkämpft ist. Fortschritten in den Bereichen partizipative Demokratie, maßgebliche Inklusion der Indígena und politische Beteiligung von sozialen Bewegungen stehen Destabilisierungstendenzen gegenüber. Als Klippen erweisen sich nicht nur der Konfrontationskurs der politischen Opposition, sondern auch die verschiedenen sozialen Bewegungen. Mit ihren zum Teil sehr divergierenden Interessen und stets maximalistischen Forderungen, die bisweilen nicht miteinander vereinbar sind, machen sie den eingeschlagenen Weg zu einem Experiment, dessen Ausgang ungewiss ist.

Darüber hinaus steht die Regierung vor einem Berg unbewältigter Aufgaben. Dazu gehören die wirksame Bekämpfung des Armutproblems und der Entwicklungsdefizite, eine nachhaltige und an sozialer Gerechtigkeit ausgerichtete Wirtschaftspolitik, eine konsensfähige Coca-Politik, die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen, der Ausbau der Basis-Infrastruktur sowie eine wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitsplätze und Einkommen für die Bevölkerungsmehrheit schafft. Die mit den Wahlen 2009 erlangten Mehrheiten im Parlament und Senat und der Niedergang der anderen politischen Parteien schaffen eine die Demokratie schwächende Situation, weil die Regierung ihre Projekte nun weitgehend ungehindert durchwinken kann. Hinzu kommt, dass die Regierung von Defiziten der alten politischen Kultur geprägt ist: von Autoritarismus und Klientelwirtschaft.

Last not least: Wohin der Einfluss externer Akteure (z. B. Chávez) und internationaler Konstellationen führt, wie klug die Regierung ihre Partner sucht und wie stark sie die nationalen Interessen Boliviens durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Dabei geht es vor allem um den Umgang mit den natürlichen Ressourcen, um Exporteinnahmen und den Zugang zu Technologie.

Michael Zeuske

Traditionen, Gegenwart und Zukunft der kubanischen Revolution

Es gibt weder Gegenwart noch Zukunft „der kubanischen Revolution“, sondern allein der Gesellschaft auf Kuba in ihrer gegenwärtigen politischen Form. *La revolución*, „die kubanische Revolution“, wird zwar gerne, besonders auf Kuba oder in internationalen Debatten unter Linken, als Synonym für das gegenwärtige Kuba benutzt.

Michael Zeuske

Dr. phil., geb. 1952; Professor an der Iberischen und Lateinamerikanischen Abteilung des Historischen Seminars der Universität zu Köln, Albertus Magnus Platz, 50923 Köln. michael.zeuske@uni-koeln.de

Aber unter historischen und soziologischen Gesichtspunkten existiert seit etwa 1975 auf der Antilleninsel eine nachrevolutionäre Gesellschaft unter schwierigen internationalen Bedingungen, zugleich der erste Sozialstaat Lateinamerikas.¹

Bis 1989 versuchte Kuba, das „Modell“ seiner Revolution und seiner Gesellschaft in Lateinamerika und in Afrika (vor allem Angola) gegen alle Widerstände zu propagieren, auch mit militärischen Mitteln. Das führte zu massiven Konflikten vor allem mit den USA (die schon 1960 die bis heute existierende Blockade verhängt hatten²), aber auch im Innern Kubas. Die schwierigen internationalen Bedingungen haben sich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus verschärft. Vor allem in ihrer wirtschaftlichen Dimension spitzen sich die schwierigen Bedingungen durch die internationale Finanzkrise seit 2008 weiter zu. Zugleich haben sich in Lateinamerika durch den so genannten Linksruck besonders in Venezuela, Ecuador und Bolivien die politischen Umfeldbedingungen erheblich verbessert. Der andauernde Versuch, die Ergebnisse der Revolution zu sichern, führte zur Verfestigung eines zentralistischen und autoritären Herrschaftsystems rund um die historische Figur Fidel

Castro, die Castro-Brüder Fidel und Raúl sowie eine Gruppe von Sierra-Kämpfern und Anhängern. Die Frage nach der „Zukunft der Revolution“ impliziert also immer auch die Frage nach der Zukunft des politischen Systems auf Kuba.³

Berechtigt ist die Frage nach Gegenwart und Zukunft der kubanischen Revolution, wenn sie sich auf das emanzipatorische Gesellschaftsprojekt bezieht, das vor allem die 1950er und 1960er Jahre geprägt hat. Grundideen und Verhaltensweisen dieses Projektes werden heute wieder auf globalen Sozialforen und darüber hinaus debattiert. Manche dieser Debatten stellen den Aufbruch der 1960er Jahre der heutigen Stagnation und dem Reformstau auf Kuba entgegen.

Einige der Debatten werden auch auf Kuba, zusammen mit Erinnerungen und wissenschaftlichen Analysen der Vergangenheit, publiziert. Eines dieser Bücher und die darin abgedruckte Debatte des Symposiums „El significado de la Revolución Cubana hoy“⁴ will ich zum Anlass nehmen, um erstens die Frage nach der Bedeutung der kubanischen Revolution 1956 bis 1970 und ihren Traditionen zu beantworten und zweitens die wichtigere Frage nach Revolution und Reform in Bezug auf die innere Entwicklung Kubas von 1970 bis heute zu analysieren.⁵

¹ Vgl. Michael Zeuske, *Insel der Extreme. Kuba im 20. Jahrhundert*, Zürich 2004; ders., *Kleine Geschichte Kubas*, München 2007³.

² Vgl. C. Alistair M. Hennessy (ed.), *The Fractured Blockade: West European-Cuban Relations During the Revolution*, London 1993.

³ Vgl. Michael Zeuske, *Kuba 1959–2010: Geschichte und politisches System* (i. E.).

⁴ 1959: *Una rebelión contra las oligarquías y los dogmas revolucionarios* [Eine Rebellion gegen Oligarchie und revolutionäre Dogmen], La Habana-Panama 2009, S. 490–506.

⁵ Vgl. Michael Zeuske, *Fidel Castro und die Geschichte Kubas*, in: *Dossier Lateinamerika der bpb*, Januar 2008, online: www.bpb.de/themen/U2O311,1,0,Fidel_Castro_und_die_Geschichte_Kubas.html (11.9.2010); ders., *Zwischen Reform und Revolution. Ein Überblick über 50 Jahre castristisches Kuba*, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 415 (2009), S. 36–40; ders. unter Mitarbeit von Thomas Neuner, *Fidel Castro*, in: *Nikolaus Werz* (Hrsg.), *Populisten, Revolutionäre, Staatsmänner. Politiker in Lateinamerika*, Frankfurt/M. 2010; ders., *Die unbekanntesten Jahre des Anfangs (1959–1970)* (i. E.); ders., *Reform und Revolution auf Kuba ... und Stillstand?* (i. E.).

Vorgeschichte

Die Revolution auf Kuba, die 1959 das Regime von Fulgencio Batista stürzte, zeichnete sich vor allem dadurch aus, dass sie die erste gesellschaftliche Mobilisierung in Lateinamerika war, die gegen die landbesitzenden Oligarchien, den übermächtigen Einfluss der USA und von beiden abhängige, terroristische Marionettenregimes siegte.⁶ Ähnliche Bewegungen in Lateinamerika waren vor allem an der Agrar- und Bodenfrage (in Bolivien 1952–64 und Guatemala 1952–54) gescheitert. Dass Kuba eine Insel ist, spielte für das Überleben der Revolution nach 1960 (und die Möglichkeit ihrer „Eingrenzung“ durch die USA) eine wichtige Rolle.

Kuba war um 1950 eine „junge“, sehr „neue“ Nation, die sich erst im 19. Jahrhundert aus europäischen Einwanderern und nach Kuba verschleppten Afrikanerinnen und Afrikanern gebildet (1778: rd. 175 000, 1898: zwei, um 1930: drei Millionen Einwohner) und in langwierigen antikolonialen Kriegen (1868–1898) ihr Nationalbewusstsein ausgebildet hatte.⁷ In ihr hatten Traditionen der Zuckermomowirtschaft und das Erbe der Sklaverei (bis 1886) extreme soziale Hierarchisierungen, ein starkes Gefälle zwischen Stadt und Land (sowie Zuckergebieten und Nichtzuckergebieten) und einen sehr starken Rassismus hervorgebracht beziehungsweise aus der noch nicht lange zurückliegenden Kolonialzeit übernommen, überdeckt von Ideologien der „Rassendemokratie“ (*con todos y para todos*, de facto: „alle sind gleich im Vaterland“) und Freundschaft (*amistad*).⁸ 1912 hatte es in der so genannten *guerrita de ne-*

*gros*⁹ eine schwere Auseinandersetzung um die politische sowie soziale Rolle und den Status von „Farbigen“ und Schwarzen gegeben, die mit einem Aufstand ehemaliger farbiger Unabhängigkeitskämpfer in Oriente und einem Massaker der republikanischen Armee (mit bis zu 4000 Toten auf Seiten der Aufständischen) endete. Seitdem war die Machtverteilung auf Kuba klar: Hohe weiße Offiziere des Unabhängigkeitskrieges, zugleich Großgrundbesitzer, weiße zivile Doktoren und einige schwarze oder farbige Partizipationsikonen hielten die Macht im Staat.

Das gelang im Schatten des Platt-Amendments, ein Vertrag mit den USA, der Kuba im Status einer Halbkolonie halten sollte. Doch 1933 brach eine Massenrevolution, vorwiegend auf dem Lande gegen die Zuckerstrukturen, aus. Ein dubioser „Mulatte“, auch *chino* (Chineser) oder *lindo* (Hübscher) genannt, der ehemalige Korporal und Schnellschreiber Fulgencio Batista, übernahm es, das alte Offizierskorps im Hotel Nacional zusammenzuschießen, formierte einen gemischten Militär- und Sicherheitsapparat, würgte die Revolution ab und betrieb Reformpolitik (als Symbol galt vor allem die an die Weimarer Reichsverfassung angelehnte Verfassung von 1940). Fortan existierte auf Kuba ein relativ starker Staat mit eigenständigen Traditionen der Regulierung, auch und gerade der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Eine andere Tradition, die von 1933 ausging, war die einer anarchistischen, militanten und oftmals bewaffneten Studenten- und Jugendbewegung in den Städten (in der auch Fidel Castro Erfahrungen sammelte). Die Regierungen im Schatten Batistas (1944–1952) waren trotz nationalistischer Fensterreden von den USA abhängige Politikliquen.

Als die Gefahr drohte, dass eine linksnationale, antikommunistische Parteiformation 1952 die Wahlen gewinnen könnte, griff Batista zum Staatsstreich (1952–1958). Seiner bald offen terroristischen Diktatur gelang es nicht, die Folgen der massiven Amerikanisierung, der Modernisierung und der Zuckerkrise abzufangen.

⁶ Vgl. Aline Helg, *Our Rightful Share. The Afro-Cuban Struggle for Equality, 1886–1912*, Chapel Hill-London 1995; Alejandro de la Fuente, *Myths of Racial Democracy: Cuba, 1900–1912*, in: *Latin American Research Review* (LARR), 34 (1999), S. 39–73; ders., *A Nation for All: Race, Inequality, and Politics in Twentieth-Century Cuba*, Chapel Hill-London 2001.

⁶ Vgl. Albert Manke, Die Revolution 1959 als Sonderfall. Soziale Bewegungen in Kuba, in: Jürgen Mittag/Georg Ismar (eds.), *„El pueblo unido“? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*, Münster 2009, S. 57–80.

⁷ Vgl. Thomas C. Holt, *The First New Nations*, in: Nancy Appelbaum et al. (eds.), *Race & Nation in Modern Latin America*, Chapel Hill-London 2003, S. VII–XIV; Ada Ferrer, *Writing the Nation. Race, War, and Redemption in the prose of Independence, 1886–1895*, in: dies., *Insurgent Cuba. Race, Nation, and Revolution, 1868–1898*, Chapel Hill-London 1999, S. 112–139.

⁸ Vgl. Michael Zeuske, *Legados de la esclavitud en Cuba* [Erbschaften der Sklaverei auf Kuba], in: Martín Rodrigo y Alharilla (ed.), *Cuba: De colonia a república*, Madrid 2006, S. 99–116.

Die Guerilla in den Bergen der Sierra Maestra (*sierra*) konnte sich und ihren Anführer Fidel Castro im Laufe des Jahres 1958 als führende Kraft einer vielfältigen Anti-Batista-Bewegung (*llano*) etablieren.¹⁰ Als die siegreichen Guerilleros in Santiago einrückten, verkündete Fidel Castro mit Blick auf den „geraubten Sieg“ von 1898, die abgewürgte Revolution von 1933 und die Befindlichkeiten der „jungen“ Nation: Diesmal ist es eine „wirkliche Revolution“.

Castroismus

Diese „wirkliche Revolution“ bestand vor allem darin, dass für alle Kubanerinnen und Kubaner, die mitmachen wollten und auf der Insel blieben (das waren um 1960 etwa sieben, heute etwa elf Millionen Menschen; rund zwei Millionen Kubaner leben außerhalb der Insel), auf eben dieser Insel bis 1975 ein Sozialstaat entstand. Dieser wies alle wichtigen Funktionen auf (Abbau sozialer Hierarchien, Beseitigung des Hungers, Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit, Arbeit und Bildung sowie – mit Abstrichen – Wohnraum), und zwar mit Kennziffern (etwa Gesundheit, Kindersterblichkeit, Bildung), die manche westliche Staaten vor Neid erblassen ließen. Das neue politische System existiert mit einigen Veränderungen bis heute.

All das geschah auf einer Insel, die mit dem Hafen von Havanna zwar einen atlantischen Schnittpunkt von Imperien seit 1560 vorweisen kann, aber über keine eigene Energie- und Industriebasis verfügt. Kuba war politisch und sozial eine Großmacht, wirtschaftlich nicht einmal ein Zwerg. Das machte das Land von Großmächten abhängig, so zwischen 1960 und 1990 von der Sowjetunion und dem RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe). Die charismatische Führung verlangte enorme Wirtschaftshilfen (und bekam sie bis 1989), vor allem wegen der Pionierfunktion Kubas in Bezug auf Sozialismus und Revolution in Lateinamerika. In der internationalen Politik war Kuba, stark geprägt durch die Utopie der Weltrevolution – die bis 1980 fast alle Linken der Welt teilten –, darauf bedacht, revolutionäre, anti-imperialistische, linke und kommunistische Bewegungen und Revolutionen zu fördern; in den 1960er Jahren vor allem in Lateiname-

¹⁰ Vgl. Julia E. Sweig, *Inside the Cuban Revolution. Fidel Castro and the Urban Underground*, Cambridge, Mass. 2002.

rika und in Westeuropa (besonders in Frankreich¹¹), bis 1990 in Afrika,¹² seitdem vor allem in zivilen Missionen von Ärzten, Künstlern, Trainern und Lehrern in der „Dritten Welt“. Dabei leistete die offizielle Politik der USA schärfsten Widerstand, durch Blockaden, eine (fast) offene Invasion, verdeckte Angriffe sowie einen andauernden Geheimdienstkrieg.

Alle diese Aspekte der Revolution setzten eines voraus: eine extrem zentralisierte Führung in einem sehr starken Staat. Das ist das Geheimnis der bis heute existierenden „Herrschaft“ des Castroismus. Schon die ersten Maßnahmen 1959/60, als sich die Revolution noch nicht als „kommunistisch“ oder „sozialistisch“ definierte, sondern „humanistisch“ und linksnational, zeigten die Kompromisslosigkeit vor allem Fidel Castros sowie der engeren Führung. Der Beginn der Intransigenz liegt im Kern- und Grundproblem sozialer Veränderungen in Lateinamerika: der Agrarfrage und der Bodenreform. Als die Castristen 1959 mit einer relativ bescheidenen ersten Agrarreform (Enteignung von Bodeneigentum über 400 Hektar) auf die Forderungen der Bevölkerung eingingen, begannen die USA mit der Unterstützung der internen Gegner der Castristen (innerer Bürgerkrieg bis 1966, vor allem in den Gebirgszonen). Die Castristen wandelten bei den Agrarreformen „altes“, privates Großgrundeigentum vor allem in riesigen Staatsbesitz um. Sie schufen große Güter mit Landarbeitern und Zuckerfabriken, setzten also auf industrielle und chemisierte Landwirtschaft.¹³

Besonders in den Krisen seit Mitte der 1980er Jahre, verschärft durch den Fastzusammenbruch 1991 und die Weltkrise seit 2008 zeigt sich, dass wegen des agrarischen Gigantismus auf Kuba ganze Landstriche verfallen, die lokale Nahrungsmittelproduktion zerstört (oder marginalisiert) ist, die Hälfte des bebaubaren Landes nicht genutzt wird und mindestens eine ganze Generation von Bauern ausgefallen ist. Ähnliches gilt für das Überleben der Revolution in Bezug auf

¹¹ Vgl. Thomas Neuner, *Kuba und Frankreich: eine Mesalliance 1959–1971*, Diss., Universität zu Köln, 2010 (i. E.).

¹² Vgl. Piero Gleijeses, *Conflicting Missions. Havana, Washington, and Africa, 1959–1976*, Chapel Hill-London 2002.

¹³ Vgl. Bettina Grote, *Zwischen Heldenkult und Marginalisierung. Kleinbauern und Genossenschaften in Kuba 1940–1963*, Norderstedt (Books on Demand) 2004.

die urbane Reform (Boden ist kein Spekulationsobjekt mehr; Wohneigentum für alle Kubanerinnen und Kubaner), die Alphabetisierung, die Universitäts- und Bildungsreformen sowie den Ausbau der Gesundheitssysteme, den Abbau der Unterschiede zwischen Stadt und Land oder die schlagartige Nationalisierung der Produktionsgrundlagen des kubanischen Kapitalismus beziehungsweise seiner und internationaler Finanzinstitutionen (Banken) 1960/61.

Voraussetzung ist auch hier die zentralisierte Führung und, wegen der fehlenden Wirtschaftsbasis, eine Akkumulation von Kapital aus der Nichtinversion in viele Infrastrukturen. Das bedeutet, wenn vor allem Schulen, Konsultorien (flächendeckende medizinische Stützpunkte), Kranken- und Gesundheitseinrichtungen sowie große, staatlich geplante Wohnviertel gebaut werden und internationale Solidarität teuer ist, spart die kubanische Führung an Investitionen in Straßen, individuelle Mobilität, individuelle Häuser und Wohnungen, Eisenbahnen, Flugverkehr (außer militärischem), Kommunikation, Gasleitungs-, Wasser- und Abwasserrohrnetzen sowie an der Müllbeseitigung, an öffentlichen Sanitäranlagen oder am Umweltschutz. Die Infrastruktur hat sich heute, nach mehr als 50 Jahren und nach knapp zwei Generationen, zum schwierigsten und gefährlichsten Problem ausgewachsen: Straßen, Wohnviertel und Häuser fallen mehr und mehr in sich zusammen. Das stellt für die Generationen, die nicht von der urbanen Reform der 1960er Jahre profitiert haben, also seit 1970 geborene Menschen, neben der Scham über den allgemeinen Verfall und Gestank ein besonderes individuelles Problem dar. Familiengründung ohne eigenen Wohnraum ist unmöglich; das Leben in den engen und verfallenden Häusern unter Herrschaft der Alten ist die Hölle.

Die extrem zentralisierte Führung hat weitere Dimensionen, die durch die Härte der Auseinandersetzung geprägt sind und von Anfang an präsent waren: eine sehr breite Militarisierung (Milizen als „Volk in Waffen“, welche die Revolution bei Playa Girón, in der Schweinebucht, 1961 verteidigten¹⁴) sowie die

Schaffung einer großen Armee sowie anderer bewaffneter Apparate (darunter sehr effiziente Geheimdienste), die ebenfalls erhebliche Mittel verschlingen sowie seit etwa 1965 das absolute Gewaltmonopol haben, mit entsprechendem Einsatz gegen jegliche Formen der Opposition sowie Terror (Todesstrafe, Erschießungen, *actos de repudio*) gegen militärisch gefährliche Gegner und militärische Sondereinheiten zur Unterdrückung von Unruhen (*fuerzas especiales*). Das so praktizierte Gewaltmonopol des Staates wiederum, und das soll nicht sarkastisch klingen, geht einher mit hoher sozialer Sicherheit für die Bevölkerung. Es gibt keinen Staat in Lateinamerika mit einer derart niedrigen Quote von Gewaltverbrechen.

Um diese Liste mit Beispielen für die „verschiedenen“ Seiten der Revolution abzuschließen, sei auf ein wichtiges historisches Problem Lateinamerikas und Kubas, den verdeckten *Caudillismo* und die Tradition des *Amigismo* verwiesen. Die Langlebigkeit der Herrschaft Fidel Castros ist schwer erklärbar. Die Castro-Gruppe, in deren Zentrum immer noch Fidel steht, hat als kleine, auf den Anführer eingeschworene Gruppe begonnen und sich aus einer Ansammlung ziviler Oppositioneller in eine straff militärisch organisierte Kerntruppe des Fidelismus/Castroismus gewandelt. Mit Ausnahme einiger weniger bereits gestorbener Mitglieder dieses Kerns von „Freunden“ (*fidelistas*) haben sie oder von ihnen handverlesene Kader in allen wichtigen Militär-, Partei- und Staatsinstitutionen die Herrschaftspositionen auf Kuba inne. Fidel selbst hat sich nie in Institutionen einbinden lassen. Sein Stellvertreter und Nachfolger Raúl Castro stammt aus der Familie, es ist sein Bruder. Dieser Umstand bekommt im Rahmen traditioneller politischer Konfigurationen eine besondere Bedeutung; es ist allgemein bekannt, dass Raúl seit jeher so etwas wie der Kaderchef des Castroismus gewesen ist. Minister, hohe Partei-, Wirtschafts-, Verwaltungs- und Militärschefs oder Diplomaten wurden und werden nach Bedarf von dieser internen Führung ein- und umgesetzt, vor allem mit dem Ziel, sie sich nicht zu sehr auf einem Gebiet zu professionalisieren und damit eine eigene Machtbasis gewinnen zu lassen.

¹⁴ Vgl. Hugo Rueda Jomarrón, *Tradiciones combativas de un pueblo. Las milicias cubanas*, La Habana 2009; Albert Manke, *Neue Aspekte der Gründung und Organisation der Revolutionären Nationalmilizen Kubas, 1959–1961* (i. E.).

Traditionen und Realität

Seit etwa 1968/70, also seit dem Ende der Revolution in Realzeit und dem Übergang zu

einer Politik, die nicht mehr vom Bruch, sondern von Kontinuitäten hätte geprägt sein müssen, nutzt die Führung den Begriff der Revolution vor allem im inneren Diskurs, um damit ihre Legitimität zu festigen sowie von den neuen Generationen Treue und Gehorsam einzufordern. In bewaffneten Kräften und partiell im Ausland (vor allem in Lateinamerika) wurde „die Revolution“ unter Führung Fidel Castros zum Mythos.¹⁵

Wie sieht es in der Realität Kubas heute und mit der Zukunft des sozialistischen Kuba aus? Kuba hat beim Niederbrechen von Klassen- und Statusschranken Historisches und Großes geleistet; Wichtiges auch im Bereich der Geschlechterbeziehungen. Am deutlichsten gescheitert ist die kubanische Revolution (unter Einbeziehung der „revolutionären Reformen“ in den 1960er Jahren) an der „Rassen“-Frage, vor allem, weil die Folgen der Krisen den (großen) Teil farbiger und schwarzer Menschen am heftigsten trafen. Die neuen Stellen, die während der Wirtschaftsreformen geschaffen wurden, mit Zugang zum Dollar- und Devisensektor, gingen meist an Menschen mit *buena presencia* (gutes Aussehen) und *cultura* – meist weiße Menschen.¹⁶

Egalitäre Gesellschaften haben zwei Grundprobleme: Sie müssen sich nach außen in einer Welt mächtiger, nichtegalitärer, hierarchischer Staaten und Gesellschaften verteidigen, und die fehlende wirtschaftliche Hierarchisierung beraubt die Wirtschaft ihrer wichtigsten Antriebe – des Wettbewerbs, der Konkurrenz und der Angst. Kreativität wird zwar gepredigt, fällt aber im Alltag meist dem Zentralismus, den Bürokraten und der Gleichmacherei zum Opfer. Kunst, Musik und Literatur sind das Refugium. Auch das fördert monolithische, auf charismatische Anführer zugeschnittene Herrschaftssysteme mit großen bürokratischen Apparaten, die allerdings für längere Zeit auf hohe Zustimmung setzen können – zusammen mit sozialen Errungenschaften, von denen noch

¹⁵ Vgl. Antony Kapcia, *Ideology and the Cuban Revolution: Myth, Icon and Identity*, in: W. Fowler (ed.), *Ideologues and Ideologies in Latin America*, Westport, CT 1997, S. 83–104; ders., *Cuba. Island of Dreams*, Oxford-New York 2000.

¹⁶ Vgl. Alejandro de la Fuente, *The New Afro-Cuban Cultural Movement and the Debate on Race in Contemporary Cuba*, in: *Journal of Latin American Studies*, 40 (2008) 4, S. 697–720.

heute, da sie schon ziemlich ramponiert sind (Schulwesen, Bildung, Gesundheitssystem, Sicherheit, kein Hunger), in den meisten Ländern Lateinamerikas zwei Drittel der Bevölkerung nur träumen können.

Notwendige Anpassungen und Änderungen kommen kaum von unten, sondern werden auf Kuba von oben angeordnet, in einem kontrollierten Parlament beschlossen und *revolución* oder *periodo especial* (seit 1990) genannt. Eine erste Phase von dekretierten Reformen und Veränderungen als diskursive *revolución* hatte Kuba zwischen 1970 und 1986 erlebt, als es Versuche zu Effektivierung der Wirtschaft nach „sozialistischer Rechnungsführung“ und großflächige Umstrukturierungen gab, um den Wasserkopf Havanna demographisch zu entlasten. Auch der Markt kam nach seiner Abschaffung 1966/70 wieder: Private Bauernmärkte wurden erlaubt. Das führte vor allem in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zu einer deutlichen Verbesserung aller grundlegenden Kennziffern (Säuglingssterblichkeit, Lebenserwartung, Bildung, Ernährungsstand, Gesundheit), aber auch zu einem höheren Grad an Uniformierungsdruck und Repression („graue Siebziger“). Der Versuch einer stärkeren Öffnung zum Markt und zur wirtschaftlichen Rechnungsführung wurde spätestens 1986 durch Fidel Castro abgebrochen und durch eine neue Runde diskursiver Revolutionisierung, mit deutlichem Bezug zum Mythos des Che Guevara (Voluntarismus), abgelöst.

Krisen

Das verlieh Kuba Strahlkraft vor allem für die „Dritte Welt“. Dann traten drei miteinander verwobene historische Elemente in den Vordergrund. Erstens wurde die Außen-, Symbol- und Modellpolitik zu teuer; zweitens brach der „Realsozialismus“ zusammen und entzog Kuba das Imperium, auf das sich alle Eliten der Insel bis dahin bezogen hatten (in der historischen Abfolge: Spanisches Imperium bis 1898; USA bis 1959; UdSSR und Realsozialismus bis 1990); drittens hatte die egalitäre Massengesellschaft angesichts einer ganzen Generation im sozialistischen Kuba geborener „neuer Menschen“ schon in den 1980er Jahren ihre Grenzen erreicht. Eigentlich wären Leistung und Aufstieg auf neuer, sozialistischer Grundlage das Gebot der Stunde gewesen. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus kam es zwischen 1992 und

1993 zur bis dahin tiefsten Krise des Landes. Es kam aber nicht zu einer Revolution der Kubanerinnen und Kubaner gegen Fidel Castro und den Castroismus. Ganz im Gegenteil, die internen Verteilungsmechanismen griffen wieder, und Fidel Castro wurde weltweit und vor allem in Lateinamerika immer mehr zum Mythos und sozusagen zum Großvater der Revolution verklärt. Im Innern wurde der *período especial* ausgerufen, der quasi mit Mitteln des Kriegskommunismus die Errungenschaften der Revolution erhalten sollte (Verteilung von Medikamenten, Essen und Geräten, z.B. Fahrrädern; Zulassung von Küchengärten in den Städten; private Schweine- und Hühnerhaltung in städtischen Wohnungen). Nach außen wurden Reformen in Richtungen Markt gemacht, zum Teil auch von außen zugelassen (*joint ventures*, westlicher Tourismus, „Export“ von Sportlern, Künstlern, Ärzten und Heiratskandidaten). Der Staat drückte auch bei Schwarzmärkten die Augen zu.

Von 1993 an stand die Nutzung des US-Dollars als erstes Zahlungsmittel in den Sektoren, in denen der Staat Marktbeziehungen zulassen wollte, nicht mehr unter Strafe; er diente als zweites Zahlungsmittel. Damit wurde der rapide Verfall der kubanischen Währung gestoppt, der zeitweilig 1:130 betragen hatte; die Relation zwischen US-Dollar und kubanischem Peso pegelte sich auf Werte um 1:25 ein. Auch private Bauernmärkte und „Arbeit auf eigene Rechnung“ (Handwerk, Restaurants, kleine Reparaturbetriebe ohne eigene Angestellte) wurden zugelassen. Größere Teile des Bodens wurden Genossenschaften überlassen, und parallel wurde versucht, die Zuckerwirtschaft zu modernisieren. Letzteres endete 2001/02 in einem Quasi-Zusammenbruch der großen Zuckerwirtschaft. Seitdem läuft eine stille, aber gigantische Umwälzung auf dem kubanischen Land ab, die ich als „Reform ersten Ranges“ bezeichnen würde. Über „Revolution“ spricht keiner mehr. Im Grunde handelt es sich um „Rückbau“-Reformen: Kubas überdimensionierte Zuckerwirtschaft war nicht mehr konkurrenzfähig.¹⁷ Die Reformen in Richtung mehr Markt werden seit 1997, vor allem seit 2003, abgewürgt mit dem Verweis auf die negativen Folgen des Schwarzmarktes, der Touristifizierung (Prostitution) und der Gewinne

¹⁷ Vgl. Brian H. Pollitt, The rise and fall of the Cuban sugar economy, in: Journal of Latin American Studies, 36 (2004) 2, S. 319–348.

der Privaten, vor allem der Bauern. Der überzentralisierte Staat war wieder da und zog alles an sich. Das war nicht zuletzt durch die immer engere Bindung an das chavistische Venezuela und wegen der Kompensationsgeschäfte Ärzte und Bildung gegen Öl zwischen Kuba und Venezuela (Bolivien; Ecuador) möglich.¹⁸

In der Breite sieht sich Kuba heute einer Reihe von Krisen des Alltagslebens gegenüber, von denen die tiefste die bereits erwähnte der Infrastrukturen ist. Von neuen Infrastrukturen, die politisch nicht gewollt und sehr kontrolliert sind, etwa das Internet, ist dabei noch nicht die Rede.¹⁹ Die notwendigen Kapital- und Arbeitsaufwendungen für die traditionellen Infrastrukturen, die sich in einigen Bereichen (zum Beispiel bei der Hausmodernisierung) zudem einer zentralistischen Organisation per se entziehen, sind so extrem hoch, dass sie das dekapitalisierte Land in der gegenwärtigen Form seiner Wirtschaftsverfassung gar nicht leisten kann. Mögliche Dynamisierungen der internen Wirtschaft durch volle Reprivatisierung von Land und Freigabe des privaten Handwerks sind wegen der schnellen Bereicherung und des sichtbaren Gleichheitsbruchs politisch nicht erwünscht.

Reformen?

Seit der so genannten „Machtübernahme“ durch Raúl Castro im Innern (2006) kam es zu Disziplinierungskampagnen, die einigen Erfolg hatten, sowie zu kleineren Reformen (Vergabe von Land an Private als Pacht für zehn Jahre, allerdings ohne an die Eigentumsfrage zu rühren; differenzierte Löhne; Möglichkeit für Kubaner, Touristenhotels und Dollarläden zu besuchen). Alles in allem aber wird weiterhin ein diskursiver Kurs der *revolución permanente*, heute mehr und mehr mit historischer Untermauerung, gefahren. Der „neue“ Castro, Raúl, ist ebenso Vertreter des Castroismus wie der „alte“, Fidel.²⁰

¹⁸ Vgl. Michael Zeuske, Die Bolivarianische Republik (1999–2008), in: ders., Von Bolívar zu Chávez. Die Geschichte Venezuelas, Zürich 2008, S. 477–565.

¹⁹ Vgl. Bert Hoffmann, The Politics of the Internet in Third World Development. Challenges in Contrasting Regimes with Case Studies of Costa Rica and Cuba, New York 2004.

²⁰ Vgl. Carlos Alberto Montaner/Héctor Palacios, Cuba, de Fidel a Raúl: ¿de Castro a Castro?, in: Cuadernos de Pensamiento Político, Nr. 18 (2008), S. 133–148.

Noch immer sind viele Kubaner, welche die Rückkehr der alten Besitzer aus Miami fürchten, auf den Patriarchalismus des Castroismus fixiert. Aber in den Krisen traten auch die repressiven Seiten des Castroismus stärker hervor; erstmals bildeten sich offene Oppositionsgruppen. Die Schwierigkeiten im Innern haben bisher nicht dazu geführt, dass Kuba bewiesen hätte, dass „Reformen im Sozialismus“ erfolgreich sein können. Im Gegenteil, die Krisen führten zur parallelen Betonierung des Außensektors (Tourismus) auf der einen und der „normalen“ Gesellschaft auf der anderen, zum Boom des Schwarzmarkts und lokaler Klientelpolitik sowie zu partikularen Privilegien für die Armee, für Ärzte, Sportler und Künstler sowie für Hauseigentümer der *reforma urbana*.²¹ Die Errungenschaften der Revolution (Gesundheit, Bildung, Sicherheit, kein Hunger) verfallen, aber sie existieren noch und werden seit 1999 vor allem auf dem Schul- und Bildungssektor mit hohem Aufwand modernisiert.

Kubanerinnen und Kubaner haben sich an die Dauerkrise und eine informelle, hierarchisierte Gesellschaft mit Schwarzmärkten gewöhnt – unter Beibehaltung des egalitären Diskurses der *revolución*. Die Castros getrauen sich aber nicht, die großen internen Probleme anzugehen: eine klare Regelung der Nachfolge und eine konsequente Verjüngung der Politik, mehr Markt, ein konsequentes Steuersystem, Verrechtlichung, Umweltpolitik und vor allem: Agrarreformen und urbane Reformen, die sozialen Wohnungsbau, Nahrungsmittelsicherheit und eine gerechte Verteilung des Wohnraums ermöglichen würden. Armee und Staat haben nach 2003 wieder die Kontrolle über fast die gesamte Wirtschaft übernommen. Der US-Dollar wurde durch Valuta-Geld (*Peso Cubano Convertible/CuC*) abgelöst.

Die vorsichtigen Veränderungen 2007/10 – die wichtigsten sind die Landnutzung und Lohndifferenzierungen, neuerdings auch die

²¹ Vgl. Bert Hoffmann, Cuba – La reforma desde adentro que no fue; in: *Notas*, 9 (1996), S. 48–65; ders., Kubanische Comebacks. Die Rückkehr der Vergangenheit im sozialistischen Kuba, in: Wolfgang Gabbert et al. (Hrsg.), *Offene Rechnungen. Lateinamerika Analysen und Berichte 20*, Bad Honnef 1996, S. 139–158; ders., Transformation and Continuity in Cuba, in: *Review of Radical Political Economics*, 33 (2001) 1, S. 1–20.

Verbesserungen im Transport in einigen Städten, in der Disziplin (kombiniert mit Entlassungen aus dem Staatsdienst und Überlegungen zum Einsatz von Arbeitskräften in der Landwirtschaft, was ungute Erinnerungen an die Jahre um und nach 1970 weckte) und die Wiederholung der 1993 bereits proklamierten Möglichkeit für Privatleute, Geschäfte und kleine Firmen zu eröffnen, 2010 mit der Möglichkeit, Mitarbeiter einzustellen – sind richtige Schritte in der Tradition der dekretierten Veränderungen seit 1970, schieben aber die notwendigen „großen“ Reformen im Sozialismus nur hinaus. Die Lebensverhältnisse werden am tiefsten durch Lebensmittel bzw. ihr Fehlen, durch Konsumgüter, Einkommen, Infrastrukturen und Arbeitsverhältnisse geprägt. In Bezug auf die dafür notwendigen Reformen herrschen eine Politik der kleinen Schritte und oft Stillstand. Die Zeit steht immer noch still. Wie lange dieser kräftezehrende Stillstand (denn die Alltags- und Infrastrukturprobleme verlangen viel Kraft) durch Ikonisierung von Che & Fidel oder die Mythologisierung der Revolution überdeckt werden kann, ist unklar.²²

Das ist zugleich das Wichtigste, was man aus historischer Perspektive über die nähere Zukunft Kubas sagen kann: Es wird unter der Herrschaft des Castroismus keine Demokratisierung nach westlichem Muster (Wahlen, Mehrparteiensystem) geben, eher eine Verhärtung. Und ich muss das Plädoyer für „große“ Reformen etwas abschwächen (obwohl ich sie als Ziel für notwendig halte), denn der Spielraum für „große“ Reformen angesichts der Intransigenz der kubanischen Führung in der Erhaltung des Gesellschaftssystems auf Kuba, der Nähe der USA (politisch), der Ambitionen und des Kapitals der *Cuban-Americans* (wirtschaftlich) sowie der geringen globalen Bedeutung des kubanischen Marktes ist nicht bekannt.²³

²² Vgl. Michael Zeuske, Fidel Castro – Don Quijote in Olivgrün oder Vater des Linksrucks? Eine kritische Würdigung, in: ders., *Kleine Geschichte* (Anm. 1), S. 226–234.

²³ Vgl. Bert Hoffmann, Kuba: Wohin führt die Ära Raúl?. *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 2 (2008), online: www.giga-hamburg.de/giga-focus (13.9.2010).

Revolutionsmythen zu Lateinamerika

Sowohl in der alten Bundesrepublik als auch in der DDR bestanden Mythen zu Lateinamerika. Sie hatten gemeinsame histo-

Nikolaus Werz

Dr. phil. habil., geb. 1952; Professor für vergleichende Regierungslehre an der Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, 18051 Rostock. nikolaus.wertz@uni-rostock.de

rische Wurzeln. Unter „Amerika“ wurde bis ins Zeitalter der Aufklärung sowohl der Norden als auch der Süden des Kontinentes verstanden. Ein Wandel setzte erst im 18. Jahrhundert ein: Zum einen wurde mit dem Mythos vom „guten Wilden“ das künftige Lateinamerika aufgewertet, zum anderen begann sich die Synonymie des Namens Amerika mit den USA durchzusetzen.¹

Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts spielte Amerika in den Schriften europäischer Denker eine untergeordnete Rolle. Hegel konstatierte in seinen 1822/23 in Berlin gehaltenen „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“ ein Entwicklungsfälle zwischen den beiden Amerikas: „In Nordamerika seht ihr das Gedeihen (...) dagegen beruhen in Südamerika die Republiken nur auf militärischer Gewalt.“ Seine Betrachtungen gipfelten in der häufig zitierten Stelle: „Amerika ist somit das Land der Zukunft, in welchem sich in vor uns liegenden Zeiten, etwa im Streite von Nord- und Südamerika die weltgeschichtliche Wichtigkeit offenbaren soll; es ist ein Land der Sehnsucht für alle die, welche die historische Rüstkammer des alten Europa langweilt (...).“²

Mit dem Aufschwung Deutschlands im Wilhelminischen Kaiserreich nahmen die Konfliktpunkte mit den USA zu. Es fällt auf, dass in zeitgenössischen Schulbüchern neben den Entdeckungsfahrten und frühen Kolonialreichen der Spanier und Portugiesen auch die Freiheitsbewegungen in Lateinamerika zu Beginn des 19. Jahrhunderts auftauchen und der Begriff Imperialismus im Zusammenhang mit der Ausdehnung des nordamerikanischen Einflussbereiches in Lateinamerika erläutert

wurde.³ Auch in der Unterhaltungsliteratur des Kaiserreiches finden sich Sympathiebekundungen für die Ureinwohner Lateinamerikas bzw. für die Sklaven und ihre Nachfahren. Karl May äußerte in verschiedenen Romanen seine Vorbehalte gegen die „Yankees“ und die „Yankeeegesellschaften“.

Bis 1945 wurde der Antiamerikanismus eher von der politischen Rechten vorgetragen. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte ein Funktionswandel des Anti-Nordamerikanismus ein, der in der DDR Teil der Staatsdoktrin war. In den 1960er Jahren wurde der politische Antiamerikanismus aber auch Bestandteil der linken Studentenbewegung in der alten Bundesrepublik.⁴ Heute beschränkt sich der Antiamerikanismus nicht auf das linke politische Spektrum. Nicht nur in Deutschland lässt sich ein teilweise kulturell aufgeladener Antiamerikanismus finden, zu dem Lateinamerika (in Frankreich der *latinoamericanisme*) ein nicht näher ausformuliertes Gegenbild abgibt.

Selektive Wahrnehmung der Revolutionen

„Revolutionen spielen sich nicht nur auf Erden ab, sie spielen auch am Himmel; will sagen: nicht nur in der Praxis, sondern auch in den Köpfen.“⁵ Entgegen dem inflationären Gebrauch des Wortes *revolución* in Lateinamerika sowie der Vorstellung von einer „revolutionären Region“ ist die Zahl der tatsächlichen Revolutionen übersichtlich. Einige rechnen bereits die Unabhängigkeitsbewegungen Anfang

¹ Vgl. Gustav Siebenmann, Die Bilder Spaniens und Lateinamerikas in den Köpfen der Deutschen, in: ders., Essays zur spanischen Literatur, Frankfurt/M. 1989, S. 55–84.

² G.W.F. Hegel, Vorlesungen der Philosophie der Geschichte [1848], Stuttgart 1961, S. 143, S. 147.

³ Vgl. Helmut Kristmann, Die koloniale Perspektive in Geschichtsbüchern des Deutschen Reiches 1871–1918, in: Michael Riekenberg (Hrsg.), Lateinamerika. Geschichtsunterricht, Geschichtslehrbücher, Geschichtsbewusstsein, Frankfurt/M. 1990, S. 143–156.

⁴ Vgl. Nikolaus Werz, Antiamerikanismus und der Stellenwert Lateinamerikas im europäischen Bewusstsein, in: Wolfgang Reinhard/Peter Waldmann (Hrsg.), Nord und Süd in Amerika, Bd. 2, Freiburg 1992, S. 1266–1288.

⁵ Dietrich Harth, Revolution und Mythos. Sieben Thesen zur Genesis und Geltung zweier Grundbegriffe historischen Denkens, in: ders./Jan Assmann (Hrsg.), Revolution und Mythos, Frankfurt/M. 1992, S. 11.

des 19. Jahrhunderts dazu, ansonsten werden Mexiko (1910ff.), Bolivien (1952), Kuba (1959) und Nicaragua (1979) genannt.[¶] Zumindest in der frühen Bundesrepublik stieß die in Lateinamerika verbreitete Überhöhung der Befreier (*libertadores*) von Spanien bei einer skeptischen Generation auf wenig Gegenliebe.[¶] Während die Mexikanische Revolution aufgrund der literarischen und politischen Bedeutung einiger Exilanten in der DDR auf Interesse stieß,[¶] erlangte Lateinamerika im Nachkriegsdeutschland wenig Aufmerksamkeit.

Zum Ursprungsmythos sollte die Kubanische Revolution von 1959 werden. Fast scheint es so, als ob Lateinamerika erst jetzt in der politischen Öffentlichkeit und Wissenschaft auftaucht. In der Bundesrepublik erschienen Anfang der 1960er Jahre mehrere Bücher über Kuba, zum Teil von Fernsehjournalisten geschrieben. In der DDR erfasste das Thema auch die Unterhaltungsliteratur. Wo lagen die Gründe für diese außerordentliche Wirkung? Die Revolution fand im Hinterhof der USA statt. Sie fiel in die Zeit des Kalten Krieges, mit der Kuba-Krise 1962 drohte ein Dritter Weltkrieg. Und: Kuba ist eine Insel und von daher besonders mythenfähig. Hinzu kamen die handelnden Akteure. Guerilleros mit unverwechselbaren Bärten (*barbudos*) standen gegen einen korrupten Diktator, der als Handlanger von US-Regierungen galt. Der Kampf David gegen Goliath schien sich bis in die unmittelbare Gegenwart fortzusetzen und diente zur Rechtfertigung autoritärer und personalistischer Herrschaft.

Die nach außen undogmatisch und unkonventionell auftretenden Revolutionäre fanden zunächst starken Anklang bei europäischen Intellektuellen, aber auch bei Menschen, die kritisch gegenüber dem real existierenden Sozialismus eingestellt waren. Da die kubanische Regierung einen Weg zwischen den Blöcken gehen wollte und Differenzen zur UdSSR und

[¶] Pierre Vayssi re zählt die Unabhangigkeitsrevolutionen dazu, nicht aber Bolivien; vgl. *Les révolutions d'Amérique latine*, Paris 2001.

[¶] Dazu jetzt: Stefan Rinke, *Revolutionen in Lateinamerika. Wege in die Unabhängigkeit 1760–1830*, München 2010. Die wohl nach wie vor beste Bolivar-Biografie wurde von einem Exilanten verfasst und in deutscher Sprache nicht wieder aufgelegt: Gerhard Masur, *Sim n Bol var*, Konstanz 1949.

[¶] Vgl. Wolfgang Kie lling, *Exil in Lateinamerika*, Leipzig 1980.

auch zur DDR bekundete, blieb sie für die 68er-Bewegung und danach zumindest ein Referenzpunkt. Die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik blieb allerdings sehr viel schwächer als später zu Chile und Nicaragua, zumal sie vor allem aus dem Umkreis der DKP hervorging. Prognosen von einem baldigen Ende des tropischen Sozialismus erwiesen sich nach 1990 als ebenso verfehlt wie die Annahme vom Ende des Mythos.[¶] Der dem erkrankten Fidel Castro zugesprochene Satz „Wenn ich eines Tages sterbe, wird es keiner glauben“, bringt diese Paradoxie zum Ausdruck.

Lateinamerika in den Medien

Von den 1960er Jahren an schienen die Konflikte in Lateinamerika Teil der kubanischen Revolutionsstrategie zu sein und unter dem Vorzeichen des Kalten Krieges abzulaufen. Nun begannen die großen Tageszeitungen in der Bundesrepublik und der Schweiz regelmäßig zu berichten. Lateinamerika galt als „Washingtons größtes Sorgenkind“ (Die Tat, 5. 4. 1964), von einem „explosiven Subkontinent“ war anlässlich der S damerikareise von Bundespräsident Heinrich Lübke die Rede (Die Welt, 24. 4. 1964). Mit dem Aufmacher „Eine Minute vor Mitternacht“ begann eine Artikelserie von Claude Jacoby in „Die Weltwoche“ 1965. In „Revolution und Reform in Lateinamerika“ (FAZ, 12. 5. 1965) wurden die politischen und sozialen Bewegungen in den wichtigsten Staaten vorgestellt. „Rote Gefahr in Lateinamerika?“ lautete ein Artikel in den Baseler Nachrichten (25. 12. 1965). „Ist die Demokratie in Lateinamerika gescheitert? Ein Überblick, der wenig Hoffnung lässt“ hieß es im Tages-Anzeiger (26. 8. 1967). Und die Titelseite von „Der Spiegel“ (36/1970), mit dem eine Serie über Lateinamerika begann, lautete: „Tupamaros und Guerillas. ‚Da hilft nur noch Gewalt‘“.

Im Verlauf der 1970er Jahre setzte ein Wandel ein. Der Aufschwung der Guerilla schien nach der Ermordung Che Guevaras 1967 in Bolivien nachzulassen. Die Streitkräfte, die sich in Ländern wie Peru und Panama als „Reformer in Uniform“ präsentierten oder aber als technokratische Militarregime mit einer Doktrin der

[¶] Vgl. Frank Niess, *Ist die Kubanische Revolution noch ein Mythos?*, in: Ottmar Ette/Martin Franzbach (Hrsg.), *Kuba heute*, Frankfurt/M. 2001, S. 271–289.

nationalen Sicherheit, so in Brasilien bereits ab 1964 und die gegenrevolutionäre Militärdiktatur in Chile ab 1973, führten zum Bild vom Halbkontinent der Generäle. Die Re-Demokratisierung der 1980er Jahre wurde nicht zum Gegenstand großer Artikelserien. In einzelnen Kommentaren schimmerte Skepsis gegenüber den „neuen Demokratien“ durch, besonders im Jahr 1992, als die Entdeckung bzw. Eroberung Lateinamerikas 500 Jahre zurücklag. Ein Leitartikel von Volker Skierka in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9.4.1992 mit dem Titel „Neue Chancen für alte Putschisten“ meinte, „dass in vielen Ländern die Demokratie nichts weiter als eine Diktatur auf Urlaub ist“.

Nach 1989/90 verlagerte sich das Interesse der deutschen Medien auf Europa.¹⁰ Erst seit zehn Jahren, seitdem von einem Linksruck die Rede ist, wird wieder mehr berichtet. Heute bestehen in Lateinamerika Wahldemokratien, und die Politik unterscheidet sich in manchen Aspekten gar nicht mehr so sehr von der in Europa. Allerdings hat bei den Meldungen nur das Konjunktur, „was politisch aus dem Rahmen fällt: etwa massive Protestbewegungen, Präsidentenstürze, schwere Wirtschaftskrisen“.¹¹ Ansonsten rufen Naturkatastrophen Aufmerksamkeit hervor. Zunehmend handelt es sich um „Hauptstadt-Journalismus“, da die immer geringere Zahl von Auslandskorrespondenten weitgehend aus Metropolen berichtet.

Solidaritätsbewegungen in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik kam es in den 1970er Jahren zu intensiven Debatten um die „Entwicklungshilfe“ und die „Dritte Welt“. Die neuen Solidaritätsbewegungen, die aus studentischen und kirchlichen Kreisen stammten, waren teils gegen den eigenen Staat gerichtet, teils befanden sie sich in kritischer Distanz.¹² Dies bildet den zentralen Unterschied zur DDR.

¹⁰ Vgl. Hildegard Stausberg (Hrsg.), Lateinamerika heute: Wirtschaft, Politik, Medien, Berlin 1997.

¹¹ Eva Karnofsky, Zur Lateinamerika-Berichterstattung der deutschen Tagespresse, in: Peter Birle/Friedhelm Schmidt-Welle (Hrsg.), Wechselseitige Perzeptionen: Deutschland – Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2007, S. 219–240.

¹² Vgl. Werner Balsen/Karl Rössel, Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986.

Auf die 1968er übten die Befreiungsbewegungen aus der „Dritten Welt“ große Faszination aus. Im Vordergrund standen allerdings China, Vietnam und partiell Kuba.¹³ Dass die Befreiungsbewegungen jung waren und ihre Ziele ungenau blieben, erhöhte eher ihre Attraktivität, ermöglichte es doch einen Ausweg aus dem Blockdilemma und eine Absetzung vom real existierenden Sozialismus im Osten. Die Solidaritätsbewegungen zu Lateinamerika speisten sich vor allem aus zwei Quellen: kirchliche Gruppen, wie etwa die „Aktion Dritte Welt“ in Freiburg, sowie ein internationalistischer und radikaler Flügel des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), der später teilweise in die K-Gruppen überging. Etliche Mitglieder der maoistischen Gruppen besaßen eine Präferenz für China oder Albanien. Solidarität mit Lateinamerika wurde auch von den parteinahen Stiftungen, internationalen Parteiverbänden und kirchlichen Hilfswerken angekündigt.

Kuba 1959: Vom Kalten Krieg zum Mythos. In der Bundesrepublik entstand zunächst keine Solidaritätsbewegung mit Kuba. Die Revolution wurde im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg interpretiert, und auch von sozialdemokratischen Autoren überwogen zunächst die kritischen Auseinandersetzungen.¹⁴ Innerhalb der Studentenbewegung folgten die maoistischen und spontaneistischen Gruppen eher dem Vorbild Ernesto „Che“ Guevara und der Theorie von einem Guerillafokus von Régis Debray, dagegen wandte sich die Kritik der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und des Marxistischen Studentenbundes (MSB) Spartakus.¹⁵ Erst die Affäre um den von der Regierung inhaftierten Schriftsteller Heriberto Padilla, der später „Selbstkritik“ übte, führte zu einer Debatte über Kuba. Hans Magnus Enzensberger widmete ihm sein Stück „Das Verhör von Habana“ von 1972. Im selben Jahr erschien im „Kursbuch“ eine Kritik von Günter Maschke an den kubanischen

¹³ Vgl. Bastian Hein, Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1974, München 2006, S. 141 ff.

¹⁴ Nach wie vor lesenswert: Boris Goldenberg, Lateinamerika und die Kubanische Revolution, Köln-Berlin 1963.

¹⁵ Kritisch zum sog. Linksrevisionismus in Europa und Lateinamerika: Wilhelm M. Breuer/Bernd Hartmann/Herbert Lederer, Revolution in Lateinamerika, Köln 1969.

Verhältnissen.¹⁶ Maschke, vormals SDS-Mitglied, der nach einer Verhaftung nach einer Vietnamdemonstration 1968 politisches Asyl in Kuba erhielt, galt hinfort als „Renegat“ in der Studentenbewegung.

Im Verlaufe der 1980er Jahre gewann der tropische Sozialismus bei verschiedenen Sozialdemokraten und Jungsozialisten an Sympathie. Der damalige stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine besuchte 1988 die Insel und wurde von Castro empfangen. Gerhard Schröder hatte als einziges lateinamerikanisches Land vor seiner Wahl zum Bundeskanzler Kuba besucht, was in Teilen der US-Öffentlichkeit bei seinem Amtsantritt 1998 mit Überraschung kommentiert wurde. Über die Jahre hat der Mythos von der kubanischen Revolution in Deutschland eher zugenommen. In den 1970/80er Jahren galt es vorübergehend als „Entwicklungsmodell“, es liegen zahlreiche Biographien zu Castro in deutscher Sprache vor. Viele Kubaner haben ihre Heimat verlassen, viele Touristen besuchen die Insel: „Von der touristischen Exploitation dieses Juwels lebt die militärisch-politische Nomenklatura in Havanna seither, argwöhnische Verwalter einer charmanten Ruine aus vorrevolutionärer Zeit, eines gut überwachten ‚Buena Vista Social Club‘, voller Devisenträger und Touristen, schöner junger Frauen und munterer 90-Jähriger (...).“¹⁷

Chile 1973: Friedlicher Weg zum Sozialismus? Die Solidaritätsbewegung wurde zunächst von den Chile-Komitees an den Universitäten getragen. In ihnen waren auch Vertreter anderer studentischer Gruppen bzw. Parteien vertreten. Sie trafen sich auf Bundesebene, in Berlin wurden die „Chile-Nachrichten“ gegründet, aus denen die bis heute erscheinenden „Lateinamerika-Nachrichten“ hervorgingen. Einen sichtbaren Höhepunkt bildeten die Aktionen beim Spiel der Fußballweltmeisterschaft zwischen der Bundesrepublik und Chile im Berliner Olympiastadion im Juni 1974; die Sprechchöre „Chile Si – Junta No“ konnten damals sogar die Häftlinge im Nationalstadion in Santiago de Chile bei der Fernsehübertragung wahrnehmen. Zum einen führten die

¹⁶ Günter Maschke, Kubanischer Taschenkalender, in: Kursbuch, 30 (1972), S. 129–147; ders., Kritik des Guerillero, Frankfurt/M. 1973.

¹⁷ So Gerd Koenen, Traumpfade der Weltrevolution. Das Guevara-Projekt, Köln 2008, S. 10.

Mitglieder der Komitees am chilenischen Beispiel Diskussionen über den Weg zum Sozialismus,¹⁸ zum anderen ging es um die Organisation der Aufnahme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik. Hier waren auch Teile der in Bonn regierenden Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und die Jusos aktiv.¹⁹ Für Chile engagierten sich Hans-Jürgen Wischniewski, der nach zahlreichen Sondermissionen im arabischen Raum und Lateinamerika den Beinamen „Ben Wisch“ erhielt, und der damalige parlamentarische Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium, Hans Matthöfer, der das Pinochet-Regime eine „Mörderbande“ nannte. Aus dem Lager der Opposition schlug sich nur Norbert Blüm, damals Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) und späterer Arbeitsminister, auf seine Seite.²⁰

Die Beschäftigung mit Chile war auch deshalb so ausgeprägt, weil dort ein mit Europa vergleichbares Parteiensystem vorhanden war. Sowohl Chile als auch später Nicaragua wurden damit zum Thema der deutschen Innenpolitik. Die Zahl der von der Bundesrepublik aufgenommenen Chilenen war schon Mitte der 1970er Jahre höher als in der DDR. Sie sollte in der Folgezeit weiter ansteigen, da viele Exil-Chilenen aus der DDR in den Westen wechselten.

Argentinien 1976: Menschenrechte und Außenpolitik. Der Peronismus bot als Populismus keine unmittelbaren Anknüpfungspunkte für eine Solidaritätsbewegung. Erst durch das Schicksal der in Argentinien verhafteten und verschwundenen Deutschen gelangte das Thema in die Öffentlichkeit. Gegenüber der Bundesregierung und dem Auswärtigen Amt wurde der Vorwurf erhoben, dass sie sich nicht ausreichend für sie eingesetzt hätten. Im Juli 1976 organisierte die Gruppe „Initiative Frei-

¹⁸ Die Diskussion über den richtigen Weg zum Sozialismus hatte schon vor 1973 begonnen: vgl. Régis Debray/Salvador Allende, Der chilenische Weg, Neuwied 1972; Heinz Rudolf Sonntag, Revolution in Chile, Frankfurt/M. 1972 sowie Revolution und Konterrevolution in Chile – Analysen zu einem Lehrstück, Darmstadt-Neuwied 1974.

¹⁹ Das Ausmaß der damaligen Diskussionen und Aktivitäten geht aus den Botschaftsakten zu Chile im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) hervor.

²⁰ Vgl. Werner Abelshäuser, Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn 2009, S. 270 ff., Kapitel „Chile: ein Traum zerplatzt“.

heit für Klaus Zieschank“ anlässlich des Besuches des argentinischen Wirtschaftsministers einen Hungerstreik in Bonn. 1999 erhob Rechtsanwalt Konstantin Thun im Auftrag der „Koalition gegen Straflosigkeit“ Strafanzeige in Deutschland gegen sieben argentinische Militärs im Zusammenhang mit der Ermordung Zieschanks. Drei Jahre später erließ das Amtsgericht Nürnberg Haftbefehl gegen den Chef der Militärjunta Jorge Videla und zwei weitere Militärs.^{F21}

Nicaragua 1979: Revolution, Christentum, Autonomie. Nicaragua gewann in Deutschland eine im europäischen Vergleich bemerkenswerte Popularität. Die heterogene Solidaritätsbewegung wies eine Vielfalt von Gruppen auf, über 15000 Deutsche bereiteten während der Revolutionsregierung (1979–1990) das Land und engagierten sich in den unterschiedlichsten Projekten.^{F22} 1983 wurde der Arzt Tonio Pflaum, 1986 der Gewerkschaftler Berndt Koberstein von den antisandinistischen Contras in Nicaragua ermordet. Die Gründe für die Attraktivität Nicaraguas müssen auch in der deutschen Diskussion über Neutralismus, Pazifismus und Anti-Nuklearismus gesehen werden: Nicaragua erschien als Land, dessen autonomer Entwicklungsweg durch den Koloss im Norden eingeeignet wurde, eine Parallele zur Situation in der Bundesrepublik, wo zu Beginn der 1980er Jahre die Stationierung neuer Atomwaffen und Raketen bevorstand, drängte sich auf. Vor diesem Hintergrund erklärt sich möglicherweise auch die in der Rückschau eigenartige Konstellation von Friedenstaube und Maschinengewehr, die sich in nicht wenigen der zahlreichen Publikationen finden lässt. Sie äußerte sich auch in der Kontroverse über deutsche Wehrdienstverweigerer, die in Nicaragua mit der Waffe in der Hand für die Verteidigung der Revolution eintraten. Besondere Faszination ging von der Verbindung von „Christentum und Revolution“ aus; der Priester Ernesto Car-

denal, der 1980 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten hatte, war bis 1987 Kultusminister in der Sandinistischen Regierung und begrüßte nicht wenige Solidaritätsarbeiter persönlich am Flughafen.

Die hohe Bedeutung, die Nicaragua in der deutschen Innenpolitik der 1980er Jahre gewann, lässt darauf schließen, dass es auch um die Erfüllung eigener Utopien ging. Die Solidarität mit Nicaragua und später mit der Befreiungsbewegung in El Salvador bedeutete eine Absage an die traditionelle Machtpolitik einer Weltgesellschaft, als deren Opfer sich die Friedensbewegung selbst empfand. Darüber hinaus ermöglichte sie es der mittlerweile in der Opposition stehenden SPD, sich vor der eigenen Jugendorganisation ein kritisches und antiimperialistisches Profil zu geben. Mittelamerika wurde so zu einem Spielfeld für eine verdeckte Konfrontation mit den USA. Es kam aber auch zu Kontroversen innerhalb der Sozialistischen Internationale (SI), da einige lateinamerikanische Politiker den Vorwurf äußerten, die SPD würde für fremde Länder etwas propagieren, was sie im eigenen Lande spätestens mit dem Godesberger Programm von 1959 abgelegt habe. Diesen Einwand erhob später auch der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa gegenüber Günter Grass mit Blick auf dessen Beurteilung der Revolution in Nicaragua.^{F23} Die innenpolitische Kontroverse wurde von den großen Parteien angeheizt. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU, verfasste das Vorwort zum Bericht „Wie frei ist Nicaragua?“^{F24} Martin Kriele, als SPD-Mitglied an der Ausarbeitung der Ost-Verträge beteiligt, schrieb ein kritisches Buch zu Nicaragua und trat aus der Partei aus.^{F25}

Eine Besonderheit der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua sind zahlreiche Städtepartnerschaften, die zum Teil mit EU-Mitteln bis in die Gegenwart fortgesetzt werden. Auch nach

^{F21} Vgl. Konstantin Thun, Menschenrechte und Außenpolitik. Bundesrepublik Deutschland – Argentinien 1976–1983, Bad Honnef 2006 (Neuauf.).

^{F22} Zur Solidaritätsbewegung der Bundesrepublik liegen mehrere Untersuchungen vor: Rosemarie Karges, Solidarität oder Entwicklungshilfe? Nachholende Entwicklung eines Lernprozesses am Beispiel der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, Münster-New York 1995; Michael Förch, Zwischen utopischen Idealen und politischer Herausforderung. Die Nicaragua-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik. Eine empirische Studie, Frankfurt/M. 1995.

^{F23} Vgl. Günter Grass, Epilogue, in: Martin Diskin (ed.), Trouble in our Backyard. Central America and the United States in the Eighties, New York 1984, wo Grass von einem Gefängnisbesuch mit Innenminister Tomás Borge in Nicaragua berichtete und bekundete, dass er sich als Deutscher schäme, mit den USA in einer Allianz zu sein (S. 248); Mario Vargas Llosa, Respuesta a Günter Grass, in: El País vom 30. 6. 1986.

^{F24} CDU, Nicaragua-Report. Wie frei ist Nicaragua?, Bonn 1985.

^{F25} Vgl. Martin Kriele, Nicaragua – das blutende Herz Amerikas, München 1985.

der Abwahl der Sandinisten 1990 hielten diese Beziehungen an. Dabei hat sich das Verhältnis nach der Spaltung der sandinistischen Bewegung abgekühlt. Größere Sympathien bestehen für Sergio Ramírez und Ernesto Cardenal, die sich zuletzt kritisch gegenüber der Regierung um Daniel Ortega äußerten.^{F²⁶}

Staatliche Solidarität in der DDR

„Antiimperialistische Solidarität ist ein Grundprinzip der Außenpolitik unseres sozialistischen Staates“, hieß es 1987.^{F²⁷} Für das Jahr 1986 etwa wurde eine Gesamtsumme von rund 2,5 Milliarden Mark, 0,89 Prozent des Nationaleinkommens, an Hilfeleistungen für Entwicklungsländer und nationale Befreiungsbewegungen ausgegeben.^{F²⁸}

Kuba nach 1959: „Der erste sozialistische Staat in Amerika“. Die Beschäftigung mit Lateinamerika begann mit der Machtübernahme der Revolutionäre und der erstmaligen Aufnahme diplomatischer Beziehungen der DDR zu einem lateinamerikanischen Land Anfang 1963. Auch in den Geschichtsbüchern wurde auf Kuba und Nicaragua eingegangen. Von einer „antiimperialistischen, nationaldemokratischen Revolution“ war die Rede. „Der Sieg der Revolution auf Kuba, auf der westlichen Hemisphäre der Erde, demonstriert überzeugend, dass der Sozialismus auch auf dem amerikanischen Kontinent auf Dauer nicht aufzuhalten ist.“^{F²⁹} Das Schulbuch „Geographie 8“ zeigte auf dem Deckblatt wohl ein Bild von Havanna; im entsprechenden Kapitel hieß es: „Kuba ist der erste sozialistische Staat auf amerikanischem Boden. Der Machtbereich der USA wurde eingeschränkt. Kuba leistet bereits selbst aktive Hilfe und Solidarität im nationalen Befreiungskampf anderer Länder.“^{F³⁰} Entgegen solchen offiziellen

^{F²⁶} Vgl. Sergio Ramírez, *Adiós Muchachos! Eine Erinnerung an die Sandinistische Revolution*, Wuppertal 2001.

^{F²⁷} Vgl. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg.), *Sozialismus in der DDR: Gesellschaftsstrategie mit Blick auf das Jahr 2000*, Berlin 1987, S. 305.

^{F²⁸} Ebd., S. 308: „Die BRD wies 1981–1985 einen Mittelwert von 0,47 Prozent aus.“

^{F²⁹} *Geschichte. Lehrbuch für Klasse 10*, Berlin 1986, S. 118.

^{F³⁰} *Geographie. Lehrbuch für Klasse 8*, Berlin 1983/84, S. 162.

Einschätzungen gab es deutliche Meinungsunterschiede, die geheim gehalten wurden. Die DDR-Botschaft drängte auf eine „Versachlichung der kubanischen Außenpolitik“ und eine „Wiederannäherung an die Positionen der sozialistischen Länder in bedeutenden Grundfragen“. Am Ende des 1974 erfolgten Staatsbesuches von Erich Honecker kam es zu Differenzen mit Castro, etwa über den Weiterverkauf von Kontingenten kubanischen Zuckers an andere Länder.^{F³¹}

Die DDR war vorübergehend der zweitwichtigste Handelspartner Kubas. Rund 30 000 Vertragsarbeiter und eine wesentlich kleinere Zahl von Studierenden kamen aus Kuba in die DDR. Überschaubar blieb die Zahl von Spezialisten und Kadern, die nach Kuba gingen. Über ihre Erfahrungen wurde wenig berichtet. Umso stärker war der Mythos von der fernen Insel. Fidel Castro, Che Guevara und Tamara Bunke waren im Unterschied zu den eigenen Politikern relativ populär. Kuba war für viele ein erwünschtes Reiseziel oder sogar Projektionsfläche eines anderen Sozialismus.^{F³²} Bei einer Rede am 17. Juni 1972 griff Castro auf dem Rostocker Thälmann-Platz das Fernweh und die Reise Sehnsucht seiner Zuhörer geschickt auf. Er verglich die Wassertemperaturen von Karibik und Ostsee, nachdem er gehört hatte, dass „Helden“ sogar im Winter baden würden: „In Kuba jedoch hat das Meerwasser, wenn sich der Mann in der Ostsee ein Loch in das Eis schlägt, Temperaturen von 24, 25 Grad aufzuweisen (...). Wir wissen, wie gern ihr in Kubas Meeren baden würdet. Jeder versucht das Klima auszugleichen, was er nicht hat, in diesem Falle ist es die Sonne und das Meer.“^{F³³}

^{F³¹} Dazu u. a. auf der Grundlage von Akten im Bundesarchiv und im PA AA: Nikolaus Werz, *Deutschland, Lateinamerika und Kuba – Außenpolitische Beziehungen*, in: *Der Bürger im Staat*, (2008) 2, S. 130 ff., sowie die Erinnerungen eines Botschafters der DDR: Heinz Langer, *Zärtlichkeit der Völker. Die DDR und Kuba*, Berlin 2010, S. 68 f.

^{F³²} Das Interesse der SED an Kuba nahm in der Endphase wegen der Perestrojka sogar zu: Konstantin Prignitz, *Der Mythos der „Revolución Cubana“*. Das Kubabild der DDR-Medien, in: *Zeitschrift des Forschungsverbunds SED-Staat (ZdF)*, Nr. 23, (2008), S. 56–67.

^{F³³} Fidel Castro, *Uns eint brüderliche und feste Freundschaft mit der UdSSR*. Rede in Rostock, 17.6.1972, in: ders., *Unsere Stärke liegt in der Einheit. Besuche in der DDR, der UdSSR und in Chile*, Berlin 1973, S. 62.

Von offizieller Seite wurde vor allem Castro in den Vordergrund gerückt, während es bei den 68ern in der Bundesrepublik Che Guevara war. Einzelne Romane können als Kuba-Utopien gelten. Irtraud Morgners „Rumba auf einen Herbst“ (1963–65) spielt zur Zeit der Kuba-Krise und beschreibt die Insel als Ort der Gefahr und der Hoffnung auf einen neuen Sozialismus. Ungekürzt konnte das Buch erst 1992 publiziert werden. Wolf Biermanns Lied „Comandante Che Guevara“ von 1973 war bei Linken in beiden deutschen Staaten bekannt. Artikelserien in der „Jungen Welt“ und Jugendbücher betonten die Rolle von Tamara Bunke.^{f34} Bücher wie „Der Weg zum Rio Grande“ von Eberhard Panitz 1973 dienten unter anderem dazu, die Reiselust der eingemauerten DDR-Bewohner zu befriedigen, was ebenfalls in den Filmen „Wanderlust“ und „Für die Liebe noch zu mager?“ geschah. Volker Brauns „Guevara oder Der Sonnenstaat“ von 1983 diskutierte am Beispiel des Revolutionärs nochmals das Verhältnis von Utopie und Revolution.

Chile 1973: Nahe und doch ferne Genossen. Die Aufnahme von chilenischen Flüchtlingen nach dem Putsch gegen die gewählte Regierung von Salvador Allende 1973 nahm im Bewusstsein der DDR einen hohen Stellenwert ein.^{f35} Die Kunstschaaffenden kamen vor allem nach Rostock, wo sie in einer Singegruppe namens *Aparcoa* und einer Theatergruppe namens *Teatro Lautaro* zusammengefasst waren. In einem Interview berichteten chilenische Künstler von dem fatalen „Zusammenhang von Exotik und Solidarität“: „Das Publikum erwartet nun schon Ponchos, Folklore und Melancholie.“^{f36} Zu Chile bestanden auch deshalb besondere Beziehungen, weil die Tochter des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker mit einem Chilenen verheiratet war. Die chilenische Linke hat die Aufnahme in der DDR nicht vergessen: Seit 1991 lebt Margot Honecker, die ehe-

^{f34} José A. Friedl Zapata behauptet, dass sie Mitarbeiterin des MfS und des KGB gewesen sei, um Informationen über den für den Osten schwer einschätzbaren Guevara zu erhalten. Dem wurde von Seiten ihrer Mutter und von kubanischen Autoren energisch widersprochen. Vgl. José A. Friedl Zapata, Tanja. Die Frau, die Che Guevara liebte, Berlin 1997, S. 28 ff.

^{f35} Vgl. etwa Gotthold Schramm (Hrsg.), Flucht vor der Junta. Die DDR und der 11. September, Berlin 2005.

^{f36} Jutta Voigt, Chilenen in der DDR, in: Sonntag, (1975) 37, S. 7.

malige Ministerin für Volksbildung, in der Nähe ihrer Enkelkinder in Santiago de Chile. 1993 durfte Erich Honecker nach Chile ausreisen, wo er am 29. Mai 1994 starb.^{f37}

Anders als die Kubaner und die Nicaraguaner durften die Exil-Chilenen in das nicht-sozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) reisen. Dies lag daran, dass die DDR nach dem 11. September 1973 die diplomatischen Beziehungen mit Chile abgebrochen hatte. Die Exil-Chilenen waren darauf angewiesen, ihre Pässe in der Bundesrepublik zu verlängern. Auch aus diesem Grunde wurden sie vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beobachtet.^{f38} Im Unterschied zu anderen Lateinamerikanern in der DDR kamen viele der Chilenen aus der Mittelschicht und besaßen eigene Sozialismusvorstellungen. Das Verhältnis der chilenischen Linken zur DDR führte zu einer Diskussion, nachdem 1993 das Buch von Carlos Cerda „Morir en Berlín“ erschien. Der Autor, der zwölf Jahre in der DDR gewohnt hatte, zeichnete ein eher düsteres Bild des Exils. Die Exil-Chilenen mussten demnach sowohl gegenüber der eigenen Partei als auch gegenüber den Sicherheitsorganen der DDR Rechenschaft abgeben. Viele verließen die DDR noch vor dem Mauerfall. Ende 1989 lebten noch 334 Chilenen in der DDR, ferner 411 Nicaraguaner und 7999 Kubaner.^{f39}

Argentinien 1976: Diplomatische Zurückhaltung. Die DDR hielt sich mit Kritik an der argentinischen Militärdiktatur stark zurück. Sie nahm zwar einzelne Mitglieder der KP Argentiniens auf, ordnete aber ihre Außenpolitik den Interessen der Sowjetunion unter, die an reibungslosen Handelsbeziehungen und Getreideimporten interessiert war. Dies mag einer der Gründe gewesen sein, warum das sehr kleine argentinische Exil in der DDR praktisch keine Rolle spielte.

Nicaragua 1989: Kooperation der Geheimdienste und Ansätze unabhängiger Solidarität. Die DDR war das erste Land aus dem staatssozialistischen Lager, das Nicaragua anerkannt

^{f37} Vgl. Ed Stuhler, Margot Honecker. Eine Biografie, Wien 2003, S. 209 ff.

^{f38} Dazu: Nikolaus Werz, Lateinamerikaner in der DDR, in: Deutschland Archiv, 42 (2009) 5, S. 849 ff.

^{f39} Vgl. Eva-Maria Elsner/Lothar Elsner, Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR, Berlin 1992, S. 59.

te. Sie unterstützte Nicaragua mit Schulbuchmaterialien, dem prestigeträchtigen Hospital *Carlos Marx* in Managua, in Sicherheitsfragen und bei der geplanten Durchführung einer Währungsreform.^{f0} In der Endphase der DDR wurde das MfS jedoch nicht nur in der außenpolitischen und militärischen Kooperation mit dem nicaraguanischen Innenministerium aktiv. An verschiedenen Orten entstand innerhalb von kirchlichen Kreisen eine „Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua“. Spätere Bürgerbewegte sahen in Nicaragua die Chance für eine Verbindung zwischen Christentum und Sozialismus. In Jena, wo die Gruppe unter dem Eindruck eines Besuchs von Cardenal entstand, wurde ein Operativer Vorgang (OV) mit dem beziehungsreichen Titel „Ambulancia“ eingeleitet. Es gelang den kirchlichen Gruppen gleichwohl, eine eigene Delegation zur Kaffeenernte nach Mittelamerika zu entsenden.

Unterschiede – Gemeinsamkeiten

Die verschiedenen Ausgangsbedingungen von unabhängigen Solidaritätsbewegungen in der Bundesrepublik und einer von staatlicher Seite betriebenen Solidarität in der DDR sind eingangs benannt worden. Allerdings lässt sich die Trennung nicht immer aufrechterhalten, denn manche Westprojekte wurden aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (mit)finanziert oder gingen mit der Zeit in eine staatliche Förderung über. In der DDR wiederum verbanden sich zumindest in der Endphase mit der Solidaritätsarbeit Hoffnungen auf einen anderen Sozialismus.

Unabhängig davon bestanden Gemeinsamkeiten, die sich nach 1989/90 gehalten haben:

- Lateinamerika erweist sich als mythenfähiger als Asien, Afrika oder der arabische Raum. Die Solidarisierung mit Vietnam oder China gehört der Vergangenheit an. China gilt in der Presse als Konkurrent, Afrika erscheint als „Problemgebiet“, dem mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit oder aber Pop-Konzerten geholfen werden soll. Der Nahost-Konflikt wird nach dem Ende

des Kalten Krieges im vereinigten Deutschland anders beurteilt als vor 1989.

- Als Mythenträger erweisen sich einzelne Revolutionäre, die wie Che Guevara den Status von Pop-Ikonen erlangten, aber auch (politische) Kunst in Musik, Literatur und den Wandmalereien/Muralismus.
- Besonders aus der Außenperspektive sind Revolutionen nicht nur reale, sondern auch imaginierte Ereignisse. Externen Beobachtern mag dies stärker auffallen: „Kulturgeschichte einer Verblendung“ lautet der Untertitel einer in den USA verfassten Dissertation über Kuba und die Deutschen.^{f1} Die Autorin beschreibt darin eine zunehmend kulturalistische Sicht auf Kuba, die in den 1990er Jahren sogar zugenommen hat; dagegen standen bei Argentinien die Menschenrechte im Vordergrund.
- Jugendorganisationen, kirchliche bzw. christliche Gruppen wurden in der Solidaritätsarbeit besonders aktiv. Von einem „Kontinent der Hoffnung“ und einer „Option für die Armen“ war nach der lateinamerikanischen Bischofskonferenz von Medellín/Kolumbien 1968 die Rede. Exponenten der Theologie der Befreiung wie Camilo Torres, Dom Helder Camara, Oscar Romero und andere spielten eine wichtige Rolle. Sie gewannen partiell einen Märtyrerstatus, der im bundesdeutschen Kontext sonst fehlt. Aufgrund der geringeren Bedeutung von Religion in Ostdeutschland war dieser Aspekt dort schwächer ausgeprägt.
- Revolutionsmythen führten zur Aufwertung (kleinerer) Länder, die sonst in der Öffentlichkeit keine größere Wahrnehmung erlangt hätten. Kuba, Chile und Nicaragua erlangten nicht nur einen hohen Stellenwert, die politische Entwicklung dort wurde sogar auf den gesamten Halbkontinent übertragen. Brasilien, Mexiko oder Kolumbien schienen weniger wichtig zu sein.
- Revolutionsmythen sind langlebig, weil sie mit Hoffnungen von Menschen zu tun haben. Im Falle Lateinamerikas spielt auch der Anti(nord)amerikanismus eine Rolle. Pedro Henriquez Ureña hatte schon 1925 geschrieben: „Wenn die Utopien in Ame-

^{f0} Vgl. Merlin Berge/Nikolaus Werz, „Auf Tschechien ist Verlaß“. Das MfS und Nicaragua, in: ZdF, Nr. 27, (2010), S. 168–177.

^{f1} Vgl. Jennifer Ruth Hosek, *Cuba and the Germans: A Cultural History of an Infatuation*, Berkeley 2004.

rika keine Früchte tragen, wo sollten sie dann Asyl finden?“^{f2}

Von der Revolution zur Vielfalt

„Für Europäer ist Amerika ein Mann mit Schnauzbart, Gitarre und Revolver“, sagte der Arzt über seiner Zeitung lachend. „Sie verstehen uns nicht.“^{f3} Auch wenn der Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez und andere Autoren des Booms lateinamerikanischer Literatur in den 1970/80er Jahren mit dem „magischen Realismus“ möglicherweise selbst zu dieser Entwicklung beigetragen haben, enthält das Zitat einen wahren Kern. In Deutschland sind wichtige Bücher zu Lateinamerika kaum zur Kenntnis genommen worden. Carlos Rangels „Vom guten Wilden zum guten Revolutionär“ wurde von französischen Intellektuellen gelesen, das Buch des ehemaligen mexikanischen Außenministers Jorge Castañeda „Utopia Disarmed. The Latin American Left after the Cold War“ erschien in spanischer und englischer Sprache. Beide setzten sich mit dem Revolutionsmythos auseinander. Jorge Edwards „Persona non grata“ über seine kurze Zeit als chilenischer Botschafter in Havanna wurde erst 2006 auf Deutsch publiziert.

Nach 1989/90 haben die großen ideologischen Entwürfe an Bedeutung verloren. Lateinamerika durchläuft die längste Phase demokratischer Herrschaft seiner Geschichte. Die Solidaritätsgruppen engagieren sich kaum noch für Regierungen, sondern für einzelne soziale Bewegungen. Kulturelle Fragen gewinnen einen immer größeren Stellenwert, der Multikulturalismus scheint sich in den Beziehungen der Nichtregierungsorganisationen zu Lateinamerika durchzusetzen. Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit den südamerikanischen Ländern ist reduziert worden, Sachfragen stehen im Vordergrund.

Sind die Solidaritätsbewegungen damals Revolutionsmythen aufgefressen? Zumindest für Chile und Nicaragua lässt sich das nicht durchgängig bestätigen. Zum einen war auch in der Tagespresse und der wissenschaftlichen Literatur die Vorstellung von einer kommenden Re-

volution in Lateinamerika weit verbreitet. Zum anderen leitete der Kontakt mit chilenischen Flüchtlingen oder der Aufenthalt in Nicaragua Lernprozesse ein; die Geschichte der „Dritte-Welt“-Bewegung in der Bundesrepublik und deren Debatten mit der Friedensbewegung unterstreichen dies. Horst Pöttker, damals „Aktion Dritte Welt“ in Freiburg, kritisierte 1982 die Überbetonung der Gewaltfrage und beklagte, „dass unsere Sichtweise zu sehr davon geprägt ist, was unseren hier in der Bundesrepublik gewonnenen Erfahrungen und Auffassungen nach dort in der Dritten Welt sein sollte, und dass wir uns zu wenig um das kümmern, was tatsächlich dort vor sich geht (...)“.^{f4} Und der Argentinier Leopoldo Mármora erklärte bei einem Kongress der Grünen: „Menschenrechte und Demokratie, ursprünglich europäische Produkte, sind inzwischen universelles Allgemeingut aller Kontinente geworden, wo sie heute aufgegriffen und erweitert werden.“^{f5}

Der Gegensatz zwischen Lateinamerika und den USA verliert an Bedeutung. Zudem sollen im Jahr 2040 die *Latinos* die größte ethnische Gruppe in den USA stellen; schon jetzt ist ihre Zahl höher als die der Afroamerikaner.^{f6} Einer der nächsten Präsidenten der USA könnte Sánchez heißen. Vor diesem Hintergrund verliert eine mythenfördernde Gegenüberstellung von Lateinamerika und den USA an Aussagekraft. Gleichzeitig eignen sich populistische Präsidenten, die sowohl in Lateinamerika als auch in den USA wesentlich häufiger sind als in Europa, für ein Publikum in der Bundesrepublik immer weniger für Utopien. In den kommenden Jahren wird die Einsicht zunehmen, dass die Lateinamerikaner mit fast 600 Millionen Menschen die EU zahlenmäßig überrundet haben. Einzelne Länder – wie Brasilien – schicken sich an, demnächst zu den Industrienationen vorzustoßen. Der Mythos von einem Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie und von einer notwendigen Revolution in Lateinamerika könnte angesichts dieser neuen Realitäten verblassen.

^{f4} Horst Pöttker, *Blinde Flecken in unserem politischen Weltbild*, in: W. Balsen/K. Rössel (Anm. 12), S. 557.

^{f5} Leopoldo Mármora, *Für eine nationale Identität*, in: ebd., S. 571.

^{f6} Vgl. Oscar Guardiola-Rivera, *What if Latin America Ruled the World? How the South Will Take the North into the 22nd Century*, London 2010.

^{f2} Pedro Henriquez Ureña, *Patria de la justicia*, in: ders., *La utopia de América*, Caracas 1978, S. 10.

^{f3} Gabriel García Márquez, *Der Oberst hat niemand, der ihm schreibt*, Köln 1976, S. 39.

Stephan Lahrem

Faszination Che

Che lebt!“ Diese Worte prangten auf einem Plakat mit Che Guevaras Konterfei, das sich Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre bei linken Studenten

in Westdeutschland

Dr. phil., geb. 1962; Philosoph; großer Beliebtheit erfreute. „Che lebt!“, das konnte man damals als Verlagslektor in Berlin. lahrem@gmx.de

verzweifelt trotzigem Ausruf verstehen, der Idee der Weltrevolution auch nach dem Tod eines ihrer Protagonisten treu bleiben zu wollen. „Che lebt!“ – in einem strengen Wortsinne würden das heute wohl nur noch religiöse Schwärmer behaupten, die von einer christusgleichen Wiederkunft des bärtigen Revolutionärs träumen. Aber wenn schon nicht als reale Person, so scheint Ernesto „Che“ Guevara doch in den Köpfen unzähliger Menschen weiterzuleben, ihre Phantasie zu beflügeln und ihre Sehnsüchte zu befriedigen. Denn seine Tagebücher ebenso wie Biographien über ihn verkaufen sich nach wie vor ausgezeichnet, immer neue Filme über sein Leben locken Hunderttausende in die Kinos, und der *guerillero heroico*, das berühmte Porträtfoto von Alberto Korda, findet sich inzwischen millionenfach auf T-Shirts, Tassen, Bierflaschen oder Fanschals von Fußball-Freunden und wird weltweit vertrieben. Auch wenn man den Marketingstrategen der Werbeindustrie heutzutage vieles zutrauen kann, so ist der anhaltende Che-Boom doch erklärungsbedürftig.¹

Denn der Mann, dessen Attraktivität ungebrochen scheint, ist nicht nur seit mehr als vierzig Jahren tot, sondern auch die politischen Ziele, für die er eintrat – der bewaffnete Kampf für die Weltrevolution, die Erschaffung eines Neuen Menschen in einer sozialistischen Gesellschaft, die Einführung einer rigiden Planwirtschaft – sind völlig außer Kurs geraten. Das legt die Vermutung nahe, dass diejenigen, die sich heute mit Che-Accessoires ausstatten, in aller Regel keine *Guevaristas* mehr sind, keine, die mit der Waffe in der Hand gegen die Unterdrückung in der Welt kämpfen wollen. Und dennoch verspricht, sich mit ihm zu schmücken, offensichtlich noch immer einen ideellen Ge-

winn. Nun ist es durchaus verständlich, von der Popularität eines Mannes profitieren zu wollen, der schon zu Lebzeiten eine Legende war. Aber woraus speist sich die anhaltende Faszination, die von Che Guevara ausgeht, und worin besteht der Gewinn?

Die Ikone der Weltrevolution ...

Auffällig ist, dass sich die gegenwärtige Aufmerksamkeit nicht so sehr auf die politischen Zielsetzungen Che Guevaras richtet als auf seine Person, sein Leben und Wirken. Das ist angesichts der erstaunlichen Biografie dieses Mannes, der es binnen eines Jahrzehnts vom völlig unbekanntem Abenteurer zur Ikone der Weltrevolution brachte, wenig verwunderlich.

1928 im argentinischen Rosario geboren, studierte Ernesto Guevara in Buenos Aires Medizin. Während seines Studiums und danach unternahm er zwei ausgedehnte, monatelange Fahrten durch Südamerika. Auf seiner zweiten Reise landete er schließlich in Mexiko; dort lernte er Fidel Castro kennen und schloss sich Ende 1956 als Arzt der Invasionstruppe an, mit der Castro auf Kuba landen und den Diktator Fulgencio Batista stürzen wollte. Die Landung auf Kuba war ein Desaster, von 83 Mann blieben gerade einmal 17 übrig. Und dennoch: In einem zwei Jahre währenden Guerillakampf gelang es, Batista zu verjagen. Guevara, der in der Guerilla zum zweiten Mann hinter Castro aufgestiegen war, rückte am 2. Januar 1959 im Triumphzug in Havanna ein. Mit 31 Jahren wurde der promovierte Mediziner erst Präsident der Nationalbank, später Industrieminister. Er gehörte neben den beiden Castro-Brüdern Fidel und Raúl zum Triumvirat, das in den nächsten Jahren über die Insel herrschte.

Che Guevaras Bekanntheitsgrad wuchs schnell, da er rund um den Globus reiste, um um Anerkennung und Unterstützung für das neue Regime zu werben. Er wurde international zum Sprachrohr der kubanischen Revolution. Wortgewaltig und charismatisch predigte er unermüdlich seine revolutionären Ideale. Doch so erfolgreich er als Agitator war, so erfolglos blieb er als Politiker.

¹ Vgl. zum Folgenden: Stephan Lahrem, *Che Guevara: Leben – Werk – Wirkung*, Frankfurt/M. 2010⁴.

Die von ihm verantwortete Wirtschaftspolitik erwies sich als ein einziges Fiasko. Bei der Umstellung der Ökonomie auf planwirtschaftliche Vorgaben orientierte er sich als überzeugter Kommunist zunächst an der Sowjetunion. Doch allmählich rückte er von dieser ab, da sich die UdSSR seiner Meinung nach nicht genügend für den Revolutionsexport in die „Dritte Welt“ einsetzte. Damit geriet er zunehmend in Konflikt zu dem Macht- und Realpolitiker Fidel Castro, der – um das wirtschaftliche Überleben der kubanischen Revolution zu sichern – Moskau die Treue hielt.

Anfang 1965 kam es zum Eklat, als Che Guevara bei einer Rede in Algerien die UdSSR wegen mangelnder Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ attackierte. Bei seiner Rückkehr am 14. März 1965 verschwand Che Guevara nach einem 40-stündigen Gespräch mit Castro spurlos aus der Öffentlichkeit. Spekulationen, Fidel Castro habe sich eines zu mächtig gewordenen Konkurrenten entledigt, hielten sich ebenso hartnäckig wie Gerüchte, er sei von seinen Regierungssämtern zurückgetreten, um sich erneut dem Guerillakampf anzuschließen und die Revolution in andere Teile der Welt zu tragen. Im Laufe der beiden folgenden Jahre rätselte man über seinen Verbleib. Tatsächlich hatte er Kuba verlassen und zuerst im Kongo und dann in Bolivien einen Guerillakrieg geführt. Beide Male ist er kläglich gescheitert. Am 8. Oktober 1967 wurde er schließlich von bolivianischen Truppen gefangengenommen und am folgenden Tag erschossen.

Die Umstände und der Zeitpunkt seines Todes haben maßgeblich zur Verklärung Che Guevaras beigetragen. Er starb im Kampf; er hatte den bequemen Ministersessel aufgegeben, auf die Macht verzichtet und sein Leben gewagt, um den eigenen revolutionären Forderungen zu genügen. Und er starb jung, jung genug, um als ewig jugendlicher Rebell in den Köpfen präsent zu bleiben und um nicht an der Realisierung seiner Theorien und Utopien gemessen werden zu können. Was blieb, war das Bild vom rastlosen Kämpfer für die Befreiung der unterdrückten Völker. Was blieb, war das Bild vom Radikalen, der rigoros alle privaten Beziehungen und Bedürfnisse, selbst die des eigenen Körpers, der Revolution unterordnete. Was

blieb, war das Bild von Alberto Korda, das Sinnbild jugendlicher Militanz, das sich so wohltuend von jenen älteren kommunistischen Funktionären aus Ost-Berlin, Moskau oder Peking in ihren unscheinbaren Anzügen unterschied. Was blieb, war eine klare, zum Teil gewalttätige Sprache, durchsetzt mit träumerischen Wendungen – „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche“ oder „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ –, in denen das Pathos der Revolution eingefangen wurde und die eine romantische Verklärung revolutionärer Gewalt ermöglichten.

Mit all dem entsprach Che Guevara einem Zeitgeist, vielleicht genauer: einem Lebensgefühl einer Generation, die heute die 68er genannt wird. Es war die Zeit, als die Diskussionen der radikalen Linken weltweit um ein Themenfeld kreisten, das mit den Stichworten Entkolonialisierung, Internationalismus und Antiimperialismus umschrieben werden kann. Die kubanische Revolution, der algerische Unabhängigkeitskampf und der immer heftiger tobende Krieg in Vietnam hatten damals einen alten politischen Traum wiederbelebt, allerdings in neuer Gestalt: die Idee einer Weltrevolution, die aber nicht mehr von Paris oder Moskau ausgehen sollte, sondern von den Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, Afrika und Asien. Vor diesem Hintergrund konnte Che Guevara in den 1960er und beginnenden 1970er Jahren zur Symbolfigur einer revolutionären – oder sich revolutionär gebenden – Linken werden. Denn er war einer ihrer Protagonisten und wortmächtigsten Fürsprecher. Und er hatte dieser Bewegung ihren Schlachtruf gegeben: „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!“

Und noch ein anderes Moment trug dazu bei, dass Che Guevara – zumal in der westlichen Welt – zum Idol aufsteigen konnte. Der, der da ausgezogen war, um die Welt zu revolutionieren, war in gewisser Hinsicht einer von ihnen: ein junger Weißer aus gutem Hause, der es in kaum mehr als zehn Jahren vom vagabundierenden Abenteurer zur Verkörperung des Revolutionärs gebracht hatte, dem es gelungen war, mit einer Handvoll Mitstreiter einen Diktator zu stürzen, der als Autodidakt die Wirtschaft eines Landes dirigiert hatte und als Bürgerschreck vor der UNO aufgetreten war. Das

war eine Biografie, die bewies, dass nichts unmöglich war, wenn man das Schicksal in die eigenen Hände nahm, gleichsam ein „Triumph des Willens“ über alle Widrigkeiten. Da war der Tod im Dschungel noch das Ausrufezeichen hinter einem sinnerfüllten Leben.

Che Guevara hat die Studentenproteste nicht hervorgebracht, aber von einem bestimmten Zeitpunkt an maßgeblich inspiriert und radikalisiert. Das gilt für die theoretischen Diskussionen ebenso wie für den militanten Protest. Vor allem aber hat er die Phantasie der rebellischen Jugend beflügelt, indem sein Leben die akademischen Formeln der „konkreten Utopie“ (Ernst Bloch) und der „Heimat ohne Grenzstein“ (Theodor W. Adorno) für sie sinnfällig machte. Und mit dem von dem italienischen linksradikalen Verleger Giangiacomo Feltrinelli tausendfach verbreiteten Korda-Foto hatte sie ihre Ikone gefunden, das Bildnis ihres entrückten Heiligen, das sie fortan auf allen Demonstrationen mit sich führen oder als Poster in die heimische Stube hängen konnte.

... und ihre wirkmächtigen Schwundformen

Seitdem sind vier Jahrzehnte vergangen, und von einer Aufbruchstimmung wie in den 1960er Jahren oder gar einem revolutionären Zeitgeist kann nicht mehr die Rede sein. Selbst die bis vor einigen Jahren noch gepflegte Sentimentalität der Veteranen der Studentenrevolte ist einer hämischen und umfassenden Kritik an den 68ern gewichen. So konnte der „Spiegel“ im Sommer 2008 auf der Titelseite die letzten Aufrechten mit dem Spruch vorführen: „Es war ja nicht *alles* schlecht“ – Worte der Legitimation, die man in Deutschland bisher nur in Bezug auf den Nationalsozialismus kannte. Da das „Guevara-Projekt“ (Gerd Koenen), die Suche nach dem archimedischen Punkt in den Entwicklungsländern, um die Welt revolutionär aus den Angeln zu heben, längst ad acta gelegt ist, sollte man vermuten, dass auch sein Protagonist in den Strudel der Kritik geraten und die Ikone der Weltrevolution irgendwo auf den Deponien der Geschichte gelandet ist. Und doch scheint das Gegenteil der Fall. Sollte Che Guevara – um im Bild des „Spiegel“ zu bleiben – die Autobahn der Linken sein?

Nachdem Che Guevara beinahe zwanzig Jahre lang vielerorts in Vergessenheit geraten war, tauchte sein Konterfei Mitte der 1990er Jahre immer häufiger wieder in der Öffentlichkeit auf. Ein Grund war sicherlich der Aufstand der Zapatisten in Mexiko, in deren charismatischem Sprecher und militärischem Führer, dem Subcomandante Marcos, viele einen Wiedergänger Che Guevaras sehen wollten. Eine andere Ursache war die sich Ende desselben Jahrzehnts formierende Bewegung der Globalisierungskritiker. In beiden Fällen wurde das zentrale Politikfeld Guevaras, der Internationalismus, neu bestellt. Gleichwohl war – bei allen militanten Erscheinungsformen – von der Revolution, gar der Weltrevolution keine Rede mehr. Selbst bei den Radikalen hieß die Zauberformel jetzt: soziale Gerechtigkeit. Dennoch hat sich das Interesse an Che Guevara erhalten und – nimmt man das ubiquitäre Angebot an Che-Utensilien zum Maßstab – gar noch gesteigert. Man mag darin eine Kompensation für eine allgegenwärtige kapitalistische Vergesellschaftung sehen, die bei allen sich immer deutlicher abzeichnenden Defiziten so alternativlos erscheint, dass selbst eine Finanzkrise wie 2008 keine wirklichen Gegenkonzepte mehr hervorbringt. Und in der Tat scheint der „Mythos Che“ eine Projektionsfläche für unerfüllte Wünsche, Sehnsüchte und Hoffnungen zu sein, die allerdings nicht länger ausschließlich und vielleicht nicht einmal vorrangig politischer Art sein müssen.

Die anhaltende Faszination Che Guevaras hat zunächst mit der sinnlichen Attraktivität dieses Mannes zu tun, der wohl zu den am häufigsten fotografierten Menschen seiner Zeit gehörte. Das berühmte Porträt von Alberto Korda, das einen gut aussehenden jungen Mann mit schulterlangem gelocktem Haar zeigt, den Blick kühn in die Ferne gerichtet, auf dem Kopf sein Markenzeichen, die Baskenmütze mit rotem Stern, besitzt geradezu erotisch-politische Symbolkraft. In ihm verbinden sich in einzigartiger Weise Rebellion und Jugendlichkeit, Militanz und Sehnsucht, Entschlossenheit und Entrücktheit, Männlichkeit und Zärtlichkeit. Wer sich heutzutage mit dieser Ikone schmückt, kann noch die bloße Unkonventionalität mit dem Pathos der Revolution beleihen und anderen signalisieren, dass er sich nicht gänzlich den herrschen-

den Verhältnissen unterordnen will, ohne sich deshalb auch nur im Geringsten außerhalb der Gesellschaft stellen zu müssen. Diesen *radical chic* haben sich Popstars wie Robbie Williams, Models wie Giselle Bündchen und Sportidole wie Diego Maradona zu Nutze gemacht – und zum Verdross der Linken inzwischen selbst militante Neonazis, die sogenannten Autonomen Nationalisten, die Guevaras Hass auf die Weltmacht USA für ihre Zwecke vereinnahmen wollen.

Das ungebrochene Interesse an Che-Biographien, Reisetagebüchern Guevaras und Filmen über ihn lässt indes noch eine andere Vermutung zu, die sich nicht in seiner äußerlichen Attraktivität erschöpft. Denkt man an die Studentenrevolte zurück, dann hatte die Rezeption Che Guevaras neben einer politischen Radikalisierung auch zur Folge, dass sich das alltägliche Leben intensivierte. Wer nach Guevaras Maxime „Es gibt kein Leben außerhalb der Revolution“ alle Zeit und Energie einer Sache widmete, dem stellte sich in dieser leidenschaftlichen Hingabe die Frage nach dem Sinn des Lebens nicht. Eine solche Fixierung ist in Zeiten überbordender individueller Wahlmöglichkeiten, zunehmender Flexibilität und Mobilität sicher anachronistisch. Aber gerade deshalb bietet sich für alle diejenigen, die sich damit nicht zufrieden geben wollen, Che Guevaras Leben – nicht so sehr seine politischen Ideen – als Projektionsfläche an.

Das eröffnet den Blick auf einen ganzen Strauß ähnlich gelagerter Motive, die den „Mythos Che“ auch in revolutionsfernen Zeiten ständig speisen. So sind mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und dem damit verbundenen Ende des „Weltbürgerkriegs“ die globalen Verhältnisse immer unübersichtlicher geworden. Wer sich nicht blindlings einer Politik entlang der „Achse des Bösen“ verschreiben will, für den ist es immer schwerer geworden, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. Dazu haben sowohl die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte als auch die ambivalente Rolle der gestiegenen Prognosefähigkeit beigetragen. Heute lassen sich immer präziser die negativen Folgen einer mit den besten Absichten ausgestatteten Politik vorhersehen, ohne dadurch schon Maßstäbe für richtiges Handeln an die Hand zu geben – ein Dilemma,

das gerade der um Hilfe bemühten „Entwicklungspolitik“ zum Verhängnis geworden ist. Demgegenüber präsentiert sich Guevaras politischer Ideenhimmel als Relikt aus einer anderen Zeit und bietet in seinem radikalen Eintreten für die Unterdrückten und Entrechteten all jenen Halt, die der Gewissensnot zu entkommen suchen. Wer sich in diesem Sinne auf ihn beruft, kann sich auf der moralisch richtigen Seite der Geschichte wähnen, auch nach dem Untergang des „wissenschaftlichen Sozialismus“, der dasselbe stets für sich reklamiert hatte. Die trotzig Schwundformen konnte man schon vor gut einem Jahrzehnt beobachten, als einige junge Kommunisten in Berlin die Präsentation des „Schwarzbuchs des Kommunismus“ zu stören versuchten, indem sie im Chor skandierten: „Ihr werdet’s nicht vermuten, wir sind die Guten.“

Man mag das als Unbelehrbarkeit bezeichnen oder als törichte Weltfremdheit, als Donquichotterie – und läge mit Letzterem in Bezug auf das Selbstverständnis des kubanischen Revolutionärs gar nicht so falsch. Che Guevara hat sich in seinem Abschiedsbrief an seine Eltern, bevor er sich 1965 erneut in den Dschungel aufmachte, selbst als Don Quichotte bezeichnet. Allerdings war das kein – wie die Kritiker meinten – Eingeständnis seiner abwegigen Politikauffassung, mit Hilfe eines nahezu beliebigen Guerillafokus die Revolution voranzutreiben, sondern das Bekenntnis, von einem radikalen Idealismus auch und gerade in einer zunehmend entfremdeten Welt nicht lassen zu wollen. Eine Weltfremdheit also, ohne Zweifel. Aber eine, die von Guevaras Verehrern aus dem Kontext politischer Naivität herausgelöst und als Widerständigkeit gefeiert wurde, widerständig gegenüber einer Vergesellschaftungsform, in der alles zur Ware degradiert scheint, wo jegliches Tun, gleich in welchem Lebensbereich, in ökonomischen Begriffen diskutiert und nach ökonomischen Kriterien beurteilt wird. Wer sich mit dem inzwischen alternativlos gewordenen politischen Pragmatismus nicht abfinden will und in nüchterner Realpolitik nur ideenloses Weiterwursteln sieht, dem wird Guevaras Donquichotterie auch fern aller revolutionären Absichten zum Ehrentitel. Denn in diesem weltfremden Idealismus scheint noch auf, dass es – wenn schon ein wahres Leben im falschen nicht möglich ist – etwas gibt, das den ökonomischen Mate-

rialismus transzendiert, ohne in die Religion auszuweichen.

Dabei hat es eine religiöse Ausdeutung von Guevaras Wirken durchaus gegeben, die bald nach seinem Tod aufkam und spätestens seit Wolf Biermanns Lied vom „Comandante Che Guevara“ geläufig geworden ist: Che Guevara als „Christus mit der Knarre“. Bereits zu Lebzeiten war Guevara von vielen als ein außergewöhnlicher Mensch angesehen worden, von manchen aufgrund seiner asketischen und strikt egalitären Haltung, seinem Gerechtigkeitsfanatismus, seiner Verachtung des Geldes und des Todes gar als ein Heiliger verehrt worden. Die Art seines Todes steigerte diese Verehrung noch einmal und machte aus Guevara einen neuen Christus. In seiner wenige Monate zuvor im bolivianischen Dschungel verfassten „Botschaft an die Völker der Welt“ hatte Guevara sein Ende kommen gesehen, war ihm bewusst nicht ausgewichen, sondern hatte den Tod willkommen geheißen, wenn er denn – so Guevara – der „Erlösung der Menschheit“ von Unterdrückung und Ausbeutung diene. Diese anmaßende Deutung seines Selbstopfers verfehlte ihre Wirkung nicht und war Wasser auf die Mühlen derer, die in ihm einen neuen Christus sehen wollten.

Doch dieses Bild war von vornherein in einem zentralen Punkt schief. Jesus Christus hatte sich mit dem Wort, sein Reich sei nicht von dieser Welt, geweigert, die Gottesherrschaft gewaltsam durchzusetzen. Aber gerade diese offensichtliche Diskrepanz, welche die ganze Christusanalogie zum Einsturz zu bringen drohte, erhöhte die Attraktivität von Che Guevara. Nachdem mittels des Christusbildes die Reinheit der Person Che Guevaras und seiner Motive suggeriert worden war, konnte nun auch die von ihm propagierte Gewalt als reine, das heißt unbedingte, göttliche Gewalt erscheinen, die über jeden Legitimationszwang erhaben war. Die Bezeichnung „bewaffneter Christus“ war dann kein Widerspruch in sich mehr, wenn Che Guevara als Guerillero Reinheit attestiert wurde. Für seine „Jünger“ hieß das: Wer in seinem Namen Gewalt ausübte, stand unmittelbar auf der Seite der Gerechtigkeit, war selbst ein Gerechter.

Dass dies keine bloße Gedankenfigur ist, davon konnten sich im Herbst 2008 Millio-

nen von Deutschen anlässlich der Ausstrahlung des TV-Films „Mogadischu“ überzeugen: Die Entführer der im September 1977 gekaperten Lufthansa-Maschine trugen alle Che-Guevara-T-Shirts – keine Grille des Regisseurs, wie die hineingeschnittenen Originalbilder bewiesen –, womit sie sich plakativ in die Nachfolge Guevaras stellten und dessen Auffassung auch für ihr Handeln in Anspruch nahmen: Gewalt, so furchtbar sie auch erscheinen mag, ist legitim, wenn sie nicht einem persönlichen Vorteil dient, sondern der revolutionären Sache. Dazu passend nannte sich der Anführer der Terroristen „Captain Martyr Mahmud“ und signalisierte damit die Bereitschaft zum Selbstopfer im Namen der Menschheit. Auch in diesem Fall gilt: Nachdem das Revolutionsideal, das Che Guevara verkörperte, verblasst ist und Gewaltanwendung mittlerweile selbst in Kriegshandlungen beargwöhnt wird, kann er dennoch als Projektionsfläche erhalten für das Bedürfnis, das eigene Handeln in eine Perspektive einzustellen, die von vornherein über jeden Verdacht erhaben ist, irgendeinem „wohlverstandenen Eigeninteresse“ zu dienen.

Diese heute weitverbreitete Leitlinie individuellen und kollektiven Handelns gilt den Verehrern Che Guevaras als nur mäßig kaschierter Egoismus und Nationalismus, als ein allgemeines *enrichissez-vous*, das alle gesellschaftlichen Schichten ergriffen habe – vom Boni-Banker über die korrupten Potentaten bis hinunter zum gemeinen Volk, das sich frühmorgens stundenlang die Beine in den Bauch steht, um bei der Eröffnung eines neuen Megastores auf Schnäppchenjagd zu gehen. Bei dieser Diagnose ist es mit Solidarität nicht mehr getan, da hilft auf der Suche nach reinen Motiven als Weihwasser nur noch die Menschheitsperspektive, die Che Guevara – zumal in seinem politischen Testament – für sich reklamierte.

Wenn man nach weiteren Motiven für die Faszination Che Guevaras Ausschau hält, so ist schließlich das berühmte Urteil des französischen Philosophen Jean-Paul Sartre zu erwähnen, für den Guevara nicht nur ein Intellektueller, sondern der „vollkommenste Mensch unserer Zeit“ war. Das war weder anthropologisch noch pädagogisch gemeint, sondern das Wort von der Vollkommenheit bezog sich auf die Übereinstimmung von

Che Guevaras Denken und Handeln. Das Pathos der von Sartre bewunderten Einheit von Theorie und Praxis ging aber nicht von dieser selbst aus, sondern die Einheit konnte nur dann vollkommen sein, wenn die Praxis so frei und vor allem so radikal war wie das Denken des Intellektuellen. Mit der Idealisierung der Radikalität konnte sich Sartre gewiss sein, den Spuren von Guevara zu folgen. Für diesen war Mäßigung ein Begriff aus der Sprache der Kolonialherren. Von Mäßigung sprachen in seinen Augen nur diejenigen, die einen Verrat planten.

Man muss Che Guevara zugestehen, dass er sich seit den Zeiten der kubanischen Guerrilla mit großem Erfolg bemüht hat, dieser Maxime treu zu bleiben. Welche politischen Folgen die Übertragung radikaler Theorie in die Praxis haben konnte, das wusste er – oder ahnte es zumindest – und war bereit, persönlich dafür den Preis zu zahlen. Allerdings scheute er sich auch nicht, anderen diese Kosten zuzumuten, wenn man etwa an seine Haltung in der Kuba-Krise denkt, als er für die Durchsetzung seiner politischen Ideen auch den Einsatz von Atomwaffen in Kauf genommen hätte. Das Pathos der Radikalität, das einst die 68er Generation beherrschte, ist weitgehend verfliegen, geliebt ist der Wert, der sie trug: das Ideal der Übereinstimmung von Denken und Handeln, die der, der danach strebt, in Guevaras Biographie allemal finden kann. Allerdings sind heute die ungewollten Nebenfolgen des radikalen Anspruchs „alles Private ist politisch“ in den nachmittäglichen Fernsehsendungen zu bestaunen, wo im Namen des Authentischen regelmäßig und in bewusster Schamlosigkeit die Grenze zwischen Privatem und Öffentlichem eingerissen wird.

Entzauberung?

Wenn man nach den Gründen sucht, warum Che Guevara noch heute auf viele Menschen faszinierend wirkt, so lässt sich festhalten: Die hier thematisierten Sehnsüchte nach Intensität, Gerechtigkeit, Idealismus, Reinheit oder Identität – es ließen sich sicherlich noch weitere Motive diskutieren – können am Leben und Wirken Che Guevaras einen vorzüglichen Halt finden. Dass sie damit seine Person idealisieren, liegt in der Natur der Sache, denn genau solche Projek-

tionen sind es, die den „Mythos Che“ auch weiterhin auf je spezifische Weise pflegen. Solange diese Wünsche und Hoffnungen präsent sind, solange wird jeder Versuch der Che-Verehrer, mit dem Rekurs auf den „authentischen“ radikalen Che Guevara die gegenwärtigen Schwundformen und Kommerzialisierungen bekämpfen zu wollen, ebenso wenig fruchten wie jeder Versuch der Guevara-Kritiker, mit dem Verweis auf den „empirischen“ Che Guevara den „Mythos Che“ entzaubern zu wollen. Das gilt, um nur zwei Beispiele anzuführen, sowohl für den Versuch von Ches Tochter Aleida, das Porträt ihres Vaters mit juristischen Mitteln vor der kommerziellen Indienstnahme zu schützen, als auch für den vor nicht langer Zeit unternehmen Versuch des CDU-nahen Studentenverbandes RCDS, mit der Kampagne „Ciao, Guevara! Schau der Wahrheit ins Gesicht“ die Schattenseiten Guevaras aufzuzählen und so dem Che-Mythos zu Leibe zu rücken.

Wie sieht es nun mit den Vorteilen aus, von denen anfangs die Rede war und die sich mit dem *guerrillero heroico* erzielen lassen? Che Guevaras Person wird in erster Linie mit Begriffen wie Kompromisslosigkeit, Bescheidenheit, Unbestechlichkeit charakterisiert – alles Topoi aus dem Umfeld der Askese. Gerade in Guevaras radikaler Selbstlosigkeit (wobei der Tod nur den Schlusspunkt bildete) aber verbirgt sich die Tragik und das prinzipielle politische Scheitern Che Guevaras. Dadurch ist er für die meisten Zeitgenossen und noch mehr für die Späteren in eine Ferne gerückt, die es ihnen ermöglicht, Guevara zu bewundern, ohne ihm zu folgen.

Es ist das Selbstopfer im Namen der Revolution, das den Kern des „Mythos Che“ ausmacht und Verehrung wie Tatenlosigkeit gleichermaßen erzeugt. „Che“ ist zu einem Erkennungszeichen geworden, mit dem man radikale Unangepasstheit demonstriert. Und das ist ein ideeller Gewinn, der bedenkenlos einzustreichen ist, weil man sicher sein kann, dass niemand mehr irgendwelche politischen Konsequenzen erwartet.

APuZ

Nächste Ausgabe 43/2010 · 25. Oktober 2010

Europa und der Euro

Guy Kirsch

Die Euro-Krise ist (nicht nur) eine Währungskrise

Henrik Enderlein

Krise in der Euro-Zone

Kenneth Dyson

Was für eine Krise? Welche Krise? Wessen Krise?

Pascal Kauffmann · Henrik Uterwedde

Deutschland, Frankreich und die Euro-Krise

Andreas Busch

Der Euro als Vor- und Nachteil für Deutschland

Timm Beichelt · Bartek Pytlas

Mittelosteuropa und der Euro

Werner Abelshauser

Kurze Geschichte der Europäischen Währungsunion

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)

Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
1. Oktober 2010

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelder Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 34,90 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 19,00 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Vertriebsabteilung **Das Parlament**

Societäts-Verlag
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fsd.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Revolutionen in Lateinamerika *APuZ* 41–42/2010

Josef Oehrlein

3–5 **Die Vermessung der Unabhängigkeit**

Seit dem Ende der Diktaturen in den 1980er Jahren erlebt Lateinamerika die bisher längste Phase relativer demokratischer Prosperität. Die scheinbar stabilen Demokratien geraten aber schon wieder in Gefahr, ausgehöhlt zu werden.

Romeo Rey

6–11 **Die Linke in Lateinamerika**

Bisherige Versuche, auf dem Subkontinent sozialistische Politik umzusetzen, sind einerseits am Widerstand der USA, andererseits an gravierenden Fehlern und Schwächen der reformistischen und revolutionären Regime gescheitert.

Cristian Balteo Yazbeck · Melina Fernández Temes

12–18 **Venezuela: Lektüre eines geteilten Landes**

Das Phänomen Chávez ruft viele Fragen hervor. Die wichtigste bezieht sich auf die wahre Natur seines Regimes: Kann man tatsächlich noch von einer Demokratie sprechen?

Juliana Ströbele-Gregor

19–24 **Demokratische Revolution in Bolivien?**

Bolivians Gesellschaft ist polarisiert. Die Oligarchie des Tieflands bekämpft den von Evo Morales eingeleiteten demokratischen Transformationsprozess, der die indigenen Völker stärkt, in der Praxis aber Defizite aufweist.

Michael Zeuske

25–31 **Traditionen, Gegenwart und Zukunft der kubanischen Revolution**

Unter historischen und soziologischen Gesichtspunkten existiert seit etwa 1975 auf der Antilleninsel Kuba eine nachrevolutionäre Gesellschaft unter schwierigen internationalen Bedingungen, zugleich der erste Sozialstaat Lateinamerikas.

Nikolaus Werz

32–40 **Revolutionsmythen zu Lateinamerika**

Lateinamerika durchläuft die längste Phase demokratischer Herrschaft seiner Geschichte. Der Mythos vom Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie und von der notwendigen Revolution könnte weiter an Popularität verlieren.

Stephan Labrem

41–46 **Faszination Che**

Ernesto „Che“ Guevara ist Ende der 1960er Jahre zur Ikone der revolutionären Linken aufgestiegen. Annäherungsversuche an den „Mythos Che“ zeigen: Auch vierzig Jahre später scheint die von ihm ausgehende Faszination ungebrochen.